

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ...

**Anmerkungen
zum kapitalistischen Verhältnis zwischen**

Arbeit und Reichtum

GEGENSTANDPUNKT

Sonderdruck aus **GEGENSTANDPUNKT – Politische Vierteljahresschrift**
4-96, Seiten 103 - 142 und 1-97 Seiten 3 - 21
GegenStandpunkt Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München
Tel. (089) 2721604, Fax (089) 2721605, Email: gegenstandpunkt@t-online.de
Internet: www.gegenstandpunkt.com

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ... Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

Arbeit und Reichtum

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das – und befindet sich dann in bester Gesellschaft – für ein *soziales Problem* halten und sich vorstellen, ein „Bündnis für Arbeit“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit einer Streichung der Vermögenssteuer und einer Umverteilung des „knappen Guts“ Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muß man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr soviel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit, und auch noch so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Daß weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“; und jeder weiß auch was: Daß so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem *ökonomischen Problem*. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, d.h. wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend einbringt; nicht genug Ertrag nämlich, um in der Konkurrenz, der „globalen“, zu bestehen. Wenn das aber so ist; wenn Arbeit nur stattfindet, *wenn* und *solange* sie rentabel ist; dann findet sie auch nur deswegen statt, *weil* sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft: Rentabilität ist der *ökonomische Zweck*, für den sie stattfindet. Es *soll* gearbeitet werden; aus keinem anderen Grund, als weil Arbeit sich rentiert; mit keinem anderen Ziel als dem nie abschließend zu erledigenden Auftrag, rentabel zu sein und Geld einzubringen; deswegen auch je mehr, um so besser – am liebsten möchte man die ganze Welt versorgen, den Chinesen U-Bahnen bauen und die Ölscheichtümer mit Klimaanlage ausstatten, um mit der geleisteten Arbeit die Kaufkraft der Menschheit zu monopolisieren. Arbeit, weil sie Geld bringt: dieser kategorische Imperativ beherrscht die herrschenden Verhältnisse so total, daß alle Zeitgenossen ihm folgen müssen, um leben zu können, und – egal welche: – Arbeit brauchen. Und aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt; was offenbar gerade mit den Rentabilitätsfortschritten bei der Anwendung von Arbeit immer häufiger der Fall ist. Die ökonomische Zielsetzung, die in der sogenannten Marktwirtschaft total und exklusiv bestimmend ist, ist offenkundig von der Art, daß sie mit sich selbst in Widerspruch gerät: Da ist die Menschheit dem Zwang unterworfen zu arbeiten, weil Arbeit Wert schafft und Unternehmen bereichert; und kaum kommt dieser Zirkus in Schwung, kollidiert er mit seinem eigenen Kriterium: dem Zwang, immer mehr Wert zu schaffen.

Es mag ja sein, daß sich alle Welt an diese Verrücktheit gewöhnt hat und sie normal findet – immerhin, auch die kundigsten Experten und mächtigsten Verwalter

dieses „Systems“ kommen leicht ins Schleudern, wenn sie Auskunft geben sollen, ob nun eigentlich *zuwenig* gearbeitet wird, wenn 4 Millionen Arbeitslose in der Nation, 30 Millionen in der EU und zahllose Millionen auf dem Globus herumlungern, oder ob nicht doch noch *zuviel* gearbeitet wird, wenn die reine „wirtschaftliche Vernunft“ die Schließung der letzten Werften an der Nordsee und am Mittelmeer gebietet und solange die Zechen im Ruhrgebiet nur mit Milliardensubventionen weiterarbeiten. Tatsächlich scheint eben beides zugleich vorzuliegen: zuwenig, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geld geht und dafür nie genug geschehen kann; zuviel, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geldvermehrung geht und vor dieser Zwecksetzung viel Arbeit, die es gerade noch gebracht hat, versagt. Es hilft ja nichts, daß es „nun einmal“ so ist – es ist, höflich gesprochen, ein wenig widersprüchlich, dieses „System“ der rentablen Arbeit.

Keine Frage: Staat und Unternehmen können damit prächtig leben – sie organisieren die Arbeit ja so und profitieren von ihrer Rentabilität. Den systemeigenen Widerspruch, daß erstens unbedingt gearbeitet werden muß und deswegen zweitens nur sehr bedingt, für Gelderträge nämlich in der einen wie in der anderen Hinsicht, das *machen* sie zu einem Problem derer, die als ausübendes Personal erstens unbedingt Arbeit brauchen und zweitens ganz oft keine finden; und dann definieren sie die materiellen Probleme, die die Leute haben, als soziale Problemlage, die *sie mit* den bedürftigen Leuten haben.

Man sollte diese praktisch wirksame Übersetzungsleistung nicht auch noch theoretisch billigend nachvollziehen und, vom Elend gerührt, die Lüge vom sozialen Problem für die Sache nehmen – und dann womöglich noch darüber jammern und nach Schuldigen dafür suchen, daß diesem „Problem“ durch all die eifrig diskutierten, probierten und wieder aufgegebenen „Bündnisse für Arbeit“ ohnehin nie beizukommen ist. Genausowenig empfiehlt es sich, das Kriterium der Rentabilität als Inbegriff wirtschaftlicher Vernunft zu quittieren und mit den Bedenklichkeiten erst anzufangen, wenn die öffentliche Meinung sich entschließt, seine „Schattenseiten“ zur Kenntnis zu nehmen. Die Absurdität des „Systems“, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, daß Arbeit *nicht* stattfindet, *wenn sie nicht* rentabel ist, sondern daß sie *stattfindet, weil* es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, daß die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden, sondern besteht schon darin, daß sie *Arbeit brauchen*; daß sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.

Die Bedingungen, denen die Marktwirtschaft die Arbeit unterwirft, enthalten die wesentlichen Bestimmungen dieses Produktionsverhältnisses. Sie sich klarzumachen, schafft garantiert keine Arbeitsplätze. Deswegen hier ein paar Ermunterungen dazu.

I.

In der Marktwirtschaft wird gearbeitet, nicht um die Menschheit mit der benötigten Vielfalt von Gebrauchsgütern, mit materiellem Reichtum zu versorgen, sondern um Geld zu verdienen. In dieser ökonomischen Zielsetzung, Eigentum in Geldform zu erwerben, sind sich die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft über alle Standesgrenzen und Klassenschranken hinweg einig. Denn für

alle gilt unterschiedslos, daß die Befriedigung von Bedürfnissen nicht allein vom Vorhandensein nützlicher Dinge, sondern von einem ausschließenden Verfügungsrecht darüber abhängt – vom Eigentum. Als Eigentum nämlich: als dem materiellen Bedürfnis nach ihnen erst einmal entzogene Objekte einer privaten Verfügungsmacht, kommen die benötigten Arbeitsprodukte in die Welt.

Deswegen entscheidet sich für die Mitglieder dieser egalitären Gesellschaft des Geldverdienens ökonomisch alles daran, ob sie schon Geld haben oder erst welches verdienen müssen. Wer nämlich arbeiten muß, um ein Stück Eigentum zu erwerben, weil der materielle Reichtum der Gesellschaft schon anderen gehört, der braucht jemanden, der Geld hat und ihn für seine Arbeit bezahlt. Und der ist folgerichtig damit konfrontiert, daß seine Arbeit nur sehr bedingt sein Mittel ist, um an wohlverdientes eigenes Geld heranzukommen, das ihm ein bißchen Zugriff auf die Warenwelt gestattet. Um ihm diesen Dienst zu tun, muß sich seine Arbeit unbedingt als Mittel seines Geldgebers bewähren – für dessen gleichlautenden Zweck. Wer für Geld arbeitet, dient dem Eigentum also gleich doppelt: dem eigenen und einem fremden. Umgekehrt umgekehrt: Wer in der Marktwirtschaft genügend Geld hat, der ist in der Lage, ein Geldeinkommen in fremden Händen zu stiften und durch die gekauften Dienste sein Eigentum zu vergrößern.

Beide Seiten zählt die Marktwirtschaft in ihrer unverwüstlichen Gleichmacherei zu ihren „Erwerbstätigen“. Dennoch ist sich jeder im Klaren über die unterschiedlichen Leistungen der Arbeit, die die einen „geben“ und die andern „nehmen“. Sie schafft Eigentum, das dasjenige vermehrt, das es schon gibt; dem Arbeiter verschafft sie ein Geld, das ihn nie zum Eigentümer in dem Sinn werden läßt. Wo für Geld gearbeitet wird, da dient eben nicht das Geld der Arbeit als nützliches Hilfsmittel, sondern die Arbeit dem Geld als dessen Quelle. Was in der Marktwirtschaft aus der Arbeit wird, ist daher ausschließlich durch den Gebrauch bestimmt, den das als Kapital agierende Eigentum von ihr macht.

1.

Ginge es im Wirtschaftsleben der Nationen darum, daß die Menschen sich mit minimalem Aufwand optimal versorgen, dann würde die Bedarfslage ermittelt und eine für die Bereitstellung der notwendigen und wünschbaren Güter zweckmäßige Arbeitsteilung organisiert. Alle ökonomischen Probleme wären solche der Arbeitsorganisation, der passenden Technik und des reibungslosen Güterverkehrs; intelligente Menschen, die in der herrschenden Marktwirtschaft die absurdesten und kompliziertesten „Produktions-“, und „Absatzstrategien“ planen und durchführen müssen, hätten nur noch die vergleichsweise geringfügige Frage zu beantworten, *wie* ein gesellschaftlicher Reichtum menschenschonend herzustellen und allgemein verfügbar zu machen ist. Kein Mensch würde problematisieren, *ob* „das überhaupt geht“, weil der gesellschaftlich gesetzte Zweck die Antwort ist.¹⁾

1) Der Zweifel, den die Frage nach der „Machbarkeit“ von planmäßiger Wirtschaft ausdrückt, bezieht sich nämlich nie im Ernst auf die dafür notwendigen Mittel, sondern negiert das Vorhaben unter dem Vorwand, man könnte sich seine Durchführung nicht vorstellen – wie auch, wenn es den gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem ein

In der Marktwirtschaft geht es anders zu – und übrigens fragt niemand, „ob das geht“, geschweige denn, daß ein Zweifel an der geltenden gesellschaftlichen Zwecksetzung laut würde, bloß weil das, worum es allen geht, für ganz viele Leute überhaupt nicht in Erfüllung geht. Da geht es darum, Geld zu verdienen, und zwar möglichst viel. In diesem Ziel verstehen sich alle Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft bestens; „Einkommensschwache“ und „Besserverdienende“, Mittelständler und Gewerkschafter, Kapitalisten und Beamte sind sich einig und finden es das Natürlichste von der Welt, daß gearbeitet und gewirtschaftet, produziert und gedienstleistet wird, um an einen Lohn, einen Erlös, ein Honorar, ein Gehalt – kurzum: an Geld zu kommen.²⁾ An was sie dann mit ihrem Geld kommen, das ist

gescheiter Plan aufzustellen und durchzuführen ist, eine organisierte freie Beratung ohne „ökonomische Sachzwänge“, gar nicht gibt, und wenn stillschweigend die Marktwirtschaft mit ihren verdinglichten Zwecken und etablierten Verfahrensweisen, einschließlich der dazugehörigen menschlichen Charaktermasken, als die Szenerie unterstellt wird, in die die Planwirtschaft eingeführt werden sollte. Man muß das Vorhaben einer freien, vernünftigen Organisation der Bedürfnisse und ihrer Befriedigung ja nicht teilen; man sollte aber wenigstens nicht so tun, als wäre man schwer dafür, wenn die Kommunisten bloß nicht immer die praktikablen „Rezepte“ und „Modelle“ dafür schuldig blieben – die sind wirklich der leichteste Teil, wenn eine aufgeweckte Arbeiterklasse erst einmal weiß, was sie will.

Eine bittere Ironie der Geschichte sei an dieser Stelle noch erwähnt. Der große weltgeschichtliche Anlauf zu einer sozialistischen Planwirtschaft, den seine Veranstalter selbst als Fehlversuch aus dem Verkehr gezogen haben, hat eben den Fehler in die Tat umgesetzt, die kapitalistische Einrichtung der Wirtschaft vom Stundenlohn bis zum Kredit als „die ökonomische Realität“ zu unterstellen und, statt den kapitalistischen Zweck darin aufzuspüren, ein Modell zu entwickeln, wie *damit* arbeiterfreundlicher zu wirtschaften wäre. Mit staatlicher Gewalt geht da natürlich vieles; damit geht ja sogar der richtige Kapitalismus... Als wären sie selber den Zweifel nie losgeworden, ob eine grundsätzlich andersartige Ökonomie „überhaupt geht“, haben die regierenden Ostblock-Sozialisten ihrem Machwerk stolz den verräterischen Ehrentitel „*real*“ ausgestellt und einen Sozialismus praktiziert, in dem alle Sachzwänge des Kapitalismus als „ökonomische Hebel“ zur trickreichen Bedienung des volkswirtschaftlichen „Apparats“ gehandhabt wurden – im Vergleich mit dem kapitalistischen Original mit mäßigen Erfolg, jedenfalls was den der Staatsmacht verfügbaren Reichtum betrifft.

- 2) Eine fundamentale Kritik an der „Kommerzialisierung aller Lebensbereiche“ kennt die bürgerliche Gesellschaft freilich auch. Die zielt entweder auf die Gesinnung der Leute, die sich in diesem System des Geldverdienens zu bewähren haben und weithin scheitern, reklamiert nämlich Bekenntnisse zu höheren Lebensmaximen als den wirklich verbindlichen – und als „Ordnungsprinzipien“ auch durchaus anerkannten – Forderungen des geldbezogenen Materialismus. Die Ablehnung des „Mammon“ will den Kommerz um einen moralischen Gestus ergänzen, mit dem der einzelne sich bescheinigt, ihm nicht „verfallen“ zu sein – die Wechselfälle einer marktwirtschaftlichen Existenz geben ihm reichlich Gelegenheit, die Stichhaltigkeit dieser ehrbaren Haltung zu beweisen. Typischerweise richtet sich diese „Kritik am Kapitalismus“ denn auch weniger an die Reichen, die sich Demonstrationen einer auf Edleres gerichteten Gesinnung leicht leisten können, als – Stichwort „Sozialneid“ – an Leute, die ihre Nöte zur Tugend des Verzichts verklären sollen. In ihrer anderen Variante will die Rüge für die „Alleinherrschaft des Geldes“ Sphären benennen, die dem „bloßen Kommerz“ entzogen werden sollten; um ihrer höheren Ansprüche und Angebote willen. Jedes derartige Plädoyer enthält also das Eingeständnis, daß die Marktwirtschaft auch alle höheren Güter wie Gott oder Liebe, Musik oder Gerechtigkeit, Dichtkunst oder Naturschönheit längst zur käuflichen Ware gemacht bzw. den Anforderungen des Geldverdienens unterworfen hat. Wie auch nicht? Diese Güteran-

allein ihre Sache. Denn im Geld verfügen sie über ein Stück reale Freiheit: über die – freilich begrenzte – Möglichkeit aller Genüsse; über Mittel des Zugriffs auf eine unerschöpfliche Warenwelt. Das ist die gute Seite, die jeder am Gelderwerb schätzt.

Mit der Kehrseite machen die Erwerbstätigen, jedenfalls in ihrer übergroßen Mehrheit, freilich auch sehr rasch Bekanntschaft: Wenn die Geldsumme aufgebraucht ist, ist es auch mit dem freien Zugriff vorbei. Vorhanden sind die begehrten und benötigten Güter nach wie vor; nur verfügbar sind sie nicht. Die im Geld gewährte Möglichkeit der Befriedigung aller Bedürfnisse ist noch lange nicht die wirkliche auch nur eines einzigen.

Dieser Unterschied hat seinen quantitativen Aspekt und ein Prinzip. Geltend macht er sich in den Grenzen der verdienten Geldsumme, so daß alle Probleme sich praktisch in das eine auflösen: mehr zu verdienen. *Was* sich in dieser Haupt- und Generalnotwendigkeit des Daseins in der Marktwirtschaft geltend macht, ist die peinliche Eigenart dieser Wirtschaftsweise, daß alles, was der Mensch so braucht an hergestellten Gütern, zwar hergestellt, aber nicht verfügbar ist: Das Eigentum scheidet die Produkte von denen, die sie benötigen. *Dafür* werden die Produkte überhaupt bloß hergestellt: um Kaufleuten zu gehören, die sie nicht selber brauchen und verbrauchen wollen, und um denjenigen, die darauf angewiesen sind, vorenthalten zu sein. Denn nur so kommt es flächendeckend zu der ökonomischen Operation, nach der die Marktwirtschaft ihren Namen hat: Geld muß den Eigentümer wechseln, damit die Ware dahin kommt, wo einer sie braucht. Das hat sich keiner so ausgedacht, als trickreiche Methode der Warenverteilung womöglich. Es ist umgekehrt: Was produziert wird, *ist Eigentum*, also der nützliche Gegenstand bloß als Objekt einer ausschließenden Verfügungsmacht; einer Verfügungsmacht, die an ihrem Objekt gar nicht hängenbleiben will, sondern zur davon getrennten, abstrakten Zugriffsmacht werden soll: zur puren Privatmacht, die im *Geld* ihre quantitativ bemessene Realität hat. Deswegen kann das hergestellte Objekt gar nicht anders an die, die es brauchen, „verteilt“ werden als auf dem Wege des Verkaufs, der den Zweck der Produktion erst definitiv verwirklicht, obwohl das Produkt in seiner materiellen Gestalt längst fertig ist. Auf diese materielle Gestalt kommt es eben nicht an, oder nur als Mittel zum Zweck; was in dieser Gestalt eigentlich produziert wird, ist das damit zu erlösende Geld: was die Sache für ihren Besitzer *wert* ist. Deswegen ist mit der Güterproduktion die Sache nicht fertig, die Gesellschaft um einige Mittel des Produzierens und Konsumierens reicher geworden und zufrieden; sondern es ist die allgemeine Notwendigkeit etabliert, Geld zu verdienen, wie und womit auch immer, um sich die produzierten Dinge aneignen zu können: ohne Kauf keine Benutzung. Die produktive Arbeit selbst ist ganz getrennt und unabhängig von dem, was sie schafft, als eine Variante von Arbeit, als Erwerbstätigkeit eben definiert, die

gebote aus den Bereichen der moralischen Notwendigkeit und des luxuriösen Tiefsinns sind mit den Grundsätzen der Erwerbsarbeit, von denen im folgenden die Rede ist, nicht besser und nicht schlechter vereinbar, haben im dafür gezahlten Geld kein weniger angemessenes Maß als jede andere Produktion oder Dienstleistung, an deren „kommerziellem“ Zweck niemand Anstoß nimmt. Und die Handelsvertreter des Höheren, die das beklagen, wissen das nicht nur: Ihr Antrag geht eindeutig dahin, wer in Sachen Sinn unterwegs ist, sollte wenigstens selber sorgenfrei leben können.

auch erst übers verdiente Geld Zugriff auf die produzierten Güter verschafft. Grundsätzlich und radikal trennt das Eigentum zwischen der Produktion von Reichtum und der Verfügung über Gebrauchsgüter, *scheidet* zwischen *Arbeit* und Nutzen wie auch zwischen Nutzen und *Bedürfnis* und *setzt sich* als die bestimmende Größe in alle diese Gleichungen ein, die es zu Ungleichungen macht: Jede Arbeit ist auf Eigentum aus, weil jeglicher Nutzen im Eigentum liegt. – Das gilt heute als die erste Selbstverständlichkeit der ökonomischen Vernunft.

Mit der Zwangsgleichung von Nutzen und Eigentum legt sich eine eigentümliche Logik über die ökonomischen Aktivitäten der darunter subsumierten Gesellschaft. Sie betrifft zum einen die *Hierarchie der Bedürfnisse*, die sich daraus ergibt, daß der private Geldbesitz über ihre Befriedigung entscheidet: Formell kommt nichts als die private Vorliebe zum Zuge; zwar innerhalb der Grenzen des erworbenen Eigentums; doch wie sich einer das Seine einteilt, ist Privatsache.³⁾ Materiell wird jeder Bedarf zur abhängigen Variablen der privaten Kaufkraft, und es gibt, solange diese Wirtschaftsweise Bestand hat, stets von neuem in unterschiedlichen Größenordnungen das „unvermittelte Nebeneinander von Armut und Reichtum“ zu bestaunen. Entsprechendes gilt für das, was man „*gesellschaftliche Arbeitsteilung*“ nennt: Ganz ohne Zweifel wird in der Marktwirtschaft „gesellschaftlich“ produziert; die hergestellten Waren sind nicht zur Selbstversorgung, sondern zum Verkauf und insofern für den allgemeinen Bedarf bestimmt. Der notwendige Zusammenhang der verschiedenen Produktionszweige folgt aber nicht dem sachlichen Verhältnis, in dem sie als gesellschaftliche Teilarbeiten zueinander stehen, sondern resultiert aus dem negativen Verhältnis von Privateigentümern zueinander, die einander jede planmäßige Kooperation verweigern, sich als zahlende Kunden hingegen brauchen. Für den nötigen Kontext sorgt also die Privatmacht des Geldes; wenn die gründlich genug gewirkt hat, dann sieht das Ergebnis glatt wie ein sinnreiches Zusammenspiel der produktiven Marktteilnehmer aus.⁴⁾ Aus der Zweckbestimmung jeder marktwirtschaftlichen

- 3) In ihrem unverwüstlichen Zynismus hat die Wirtschaftswissenschaft unter Verweis auf diese Sorte Freiheit das Dogma aufgestellt, daß grundsätzlich ein jedes ökonomisch handelnde Subjekt mit nichts anderem als der Optimierung seines Nutzens befaßt ist, und daraus mathematische Modelle des Marktgeschehens abgeleitet, die allesamt beweisen, wie gut ein jeder auf seine Kosten kommt, weil schließlich noch die kleinste Geldsumme eine Nutzenpräferenz transportiert. Schlimmer als diese zirkulären Gedankenkonstrukte ist allerdings die Gewohnheit der „Marktteilnehmer“ selber, die Kunst, sich einzuteilen, als verwirklichte Freiheit anzusehen und sogar einen perversen Stolz zu entwickeln, wenn es mal wieder gelungen ist, mit Sparsamkeit und Schnäppchen trotz wenig Geld über die Runden zu kommen. Planwirtschaft können sich solche Helden der privaten Freiheit dann nur als das Gegenteil, nämlich als Gängelei in der Armut vorstellen. Auf dieser Täuschung basieren nicht bloß theoretische Modelle, sondern ganz reale demokratische Machtverhältnisse.
- 4) Sogar elementar Notwendiges wird nicht von selbst produziert, wenn es an Zahlungsfähigkeit dafür mangelt; sogar zerstört, wenn das dem Gelderwerb dient. Deswegen ergeben sich für die öffentliche Gewalt, die das marktwirtschaftliche System mit ihrer Eigentumsgarantie in Kraft setzt, aus dessen Wirken haufenweise Notwendigkeiten für kompensierendes Eingreifen. Daß der ganze Laden überhaupt läuft, obwohl auch die öffentliche Gewalt ihn keineswegs planend dirigiert, hat den frühen Apologeten dieses „Systems“ einige Ver- und Bewunderung abgenötigt und sie auf das sinnreiche Wirken einer „invisible hand“ „hinter dem Rücken“ der auf Gelderwerb und sonst nichts programmierten Akteure „schließen“ lassen. Die weniger fromme Wahrheit ist die, daß alles, was es in

Tätigkeit, dem Gelderwerb zu dienen, folgt schließlich drittens ein einigermaßen abartiges *Verhältnis zur Arbeit*: Die rangiert in der marktwirtschaftlichen Ökonomie gar nicht als die Mühe, die sie ist und bleibt, als Aufwand, den man sich nach Kräften erleichtert, sondern wird selber zum Zweck; denn sie schafft ja Eigentum in dem Maße, in dem sie stattfindet; ihr Nutzen bemißt sich nicht an dem Produkt, das sie zustandebringt, sondern am verdienten Geld und insofern auf allen Einkommensstufen an ihrer Menge. Mit der Schaffung wirklichen, jedermann verfügbaren Reichtums wäre eine arbeitsteilig durchorganisierte Gesellschaft irgendwann, beim längst erreichten Stand der Produktivkräfte sogar sehr rasch fertig; die Erwerbsarbeit hingegen hört im Prinzip nie auf: Das Interesse, *daß sie stattfindet*, ist *unersättlich*.⁵⁾ Der „Gesichtspunkt“, um den die Leute, die das Produzieren zu erledigen haben, praktisch gar nicht herumkommen, daß sie damit nämlich sich verschleißeln und ihre Lebenszeit opfern, spielt in der Logik des Gelderwerbs keine Rolle – ein erster Hinweis, daß diese Leute jedenfalls nicht die Nutznießer der Marktwirtschaft sind und das Eigentum nicht ihnen zu Gefallen als Zweck der Arbeit eingerichtet worden ist.

Die allgemeinverbindliche Gleichung von Nutzen und Eigentum geht folglich allgemein und verbindlich nur in dem negativen Sinn auf, daß jeder Nutzen vom erworbenen Eigentum *abhängt*. Damit sie positiv aufgeht, das erworbene Eigentum wirklichen Nutzen *garantiert*, muß die Quantität des verfügbaren Privatvermögens schon eine ganz bestimmte Qualität erreichen.

2.

Wo gearbeitet wird, um Geld zu verdienen; wo die produktiven Tätigkeiten, die den Reichtum der Gesellschaft schaffen, mit ihren Produkten gar nichts weiter zu tun haben, weil es überall nur um das eine Produkt, nämlich den Gelderwerb geht; wo diese Zwecksetzung so zur Selbstverständlichkeit verfestigt ist, daß umgekehrt jede Tätigkeit, die Geld bringt, „Arbeit“ heißt – bekanntlich gehen Minister, Künstler und Börsenmakler ebenso „zur Arbeit“ wie diejenigen, die den Beruf des „Arbeiters“ ergriffen haben – und niemand da prinzipielle Unterschiede kennen will; da kommt es auf einen einzigen Unterschied an und auf den um so mehr: ob einer *bereits Geld hat oder nicht*.

der Marktwirtschaft an materiellem gesellschaftlichem Zusammenhang gibt, die überhaupt nicht geplante Wirkung des allseitigen Bemühens um das Geld der andern ist – und ja auch dementsprechend aussieht: Es kürzt sich einfach alles heraus, was fürs Geldverdienen nichts taugt.

- 5) Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft stellt in ihren modellhaften Ableitungen des Marktgeschehens die Sache auf den Kopf und postuliert eine prinzipielle Unersättlichkeit der menschlichen Triebe, denen die kapitalistische Produktion durch sinnreiche Beschränkung das optimale, maximale und denkbar ausgewogene Maß an Befriedigung verschaffen würde. Den Menschen wird ein naturgegebener maßloser Materialismus zugeschrieben, zu dem sie bei aller historisch erworbenen Interessenvielfalt gar nicht fähig sind, um die Ökonomie des Eigentums, die den Ausschluß von allen benötigten Gütern zum Ausgangspunkt des Erwerbslebens *macht* und den so erzeugten Mangel mit der Arbeit, die sie organisiert, nie beseitigt, als einen einzigen *Kampf gegen* „die Knappheit“ zu rechtfertigen.

– Wer in einer Welt, in der alle Gebrauchsgüter jemandes Eigentum sind, kein Eigentum hat, der kann noch nicht einmal von sich aus ans Werk gehen und sich welches verschaffen; denn dazu fehlen ihm – auch die sind ja Eigentum – die nötigen Mittel. Um an der Gleichung von Nutzen und Eigentum nicht zugrunde zu gehen, braucht er einen Eigentümer, der über Produktionsmittel verfügt und ihn dafür bezahlt, daß er sich daran nützlich macht – nützlich für den Eigentümer, versteht sich; denn weshalb sollte der sonst Geld zahlen? Auch für den geht es ja darum, Geld zu erwerben, nicht zu verschenken. Dieses Interesse hat der auf Erwerbsarbeit angewiesene Mensch, dem es an Eigentum fehlt, mit zu bedienen, damit er *sich* Geld verdienen kann. Mit seiner Arbeit muß er seinem Geld- und Arbeit-, Geber‘ zusätzlich zu dem, was der schon hat, Eigentum schaffen, um selber aus dessen Vermögen etwas abzubekommen. Die rein private Zwecksetzung des Arbeiters: *sich* Geld zu verschaffen, ändert sich dadurch gar nicht; es zeigt sich nur, was es heißt, ein eigenes Geld zu verdienen, ohne schon genug zu haben. Dann wird die Arbeit nämlich zur doppelten Geldquelle: für den, der sie leistet, unter der Bedingung, daß sie die besser ausgestattete Seite, die Geld hat, reicher macht. Die beiden Leistungen der Arbeit sind also nicht ganz äquivalent: Für Leute, die ohne Eigentum in der Marktwirtschaft mittun wollen, ist Arbeiten zwar das *einzig*e Erwerbsmittel, über das sie verfügen; es ist aber genaugenommen gar *nicht ihr* Mittel, sondern wird dazu nur, soweit und solange ein Betriebseigentümer es für sich, als *sein* Erwerbsmittel zu nutzen versteht. Sie produzieren *Eigentum*, und zwar – entgegen dem Wortsinn – *fremdes*.

– Umgekehrt umgekehrt. Wer über genügend Eigentum verfügt, der kann daraus sein Erwerbsmittel machen, indem er es in ein Unternehmen steckt und Leuten, die ein Einkommen brauchen, eines gewährt – dafür, daß sie dort arbeiten und Verkäufliches herstellen; Wert, der mit dem Recht des Eigentümers ihm gehört und, verkauft, sein Geldvermögen vergrößert. Durch diesen Gebrauch ihres Eigentums verdienen die Eigentümer Geld, ohne es selber schaffen zu müssen: Sie *lassen* Eigentum produzieren, und zwar *ihr eigenes*.

So geht für unternehmungsfreudige Eigentümer die Gleichung von Eigentum und Nutzen auf: Das Eigentum bewährt sich, richtig eingesetzt, als hinreichendes Mittel, *sich* durch *fremde* Arbeit zu vergrößern, also als *Produktionsverhältnis*; es fungiert als *Kapital*.

Die Leute, die die Arbeit leisten, haben gleichfalls, was sie wollten und brauchen, nämlich ein eigenes Geld in der Hand. Nur handelt es sich bei ihrem Eigentum mangels Größe um eine wenig haltbare Angelegenheit. Kaum verdient, muß es schon wieder ausgegeben werden, um die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen – fließt also im wesentlichen an kapitalistische Unternehmer zurück, die damit den Wert ihrer Ware in Geld realisieren. Denn nichts von dem, was sie selber hergestellt haben, steht den Arbeitern zu Gebote; sogar ihre eigenen Produkte müssen sie sich erst gegen Geld aneignen, also von ihrem Lohn kaufen, wenn sie sie benutzen wollen. So bleibt das Eigentum für sie *Ausschluß* von dem Reichtum, den sie selbst produzieren; *negative* Bedingung ihres Nutzens, der sie sich beugen müssen, um leben zu können; eine *fremde Verfügungsgewalt* über ihre Arbeit, die sie mit ihrer Arbeit beständig reproduzieren und vergrößern.

Es ist – nicht unwichtig zu bemerken – ein und dieselbe marktwirtschaftliche Gleichsetzung von Geld und Bedürfnisbefriedigung, Nutzen und Eigentum, die für

zwei verschiedene Seiten in so entgegengesetztem Sinn aufgeht. Wenn für Geld – oder gar nicht! – gearbeitet wird, dann geht es eben nicht um die Versorgung aller mit wirklichem, sondern um den abstrakten Reichtum. Dann disponieren nicht die Arbeiter über die Erträge ihrer Arbeit, sondern die im Geld existierende private Macht des Eigentums kommandiert Arbeit und Arbeiter. Dann verfügen nicht die Leute ohne Geldvermögen über einen bequemen Verteilungsmechanismus, wenn sie als Ertrag ihrer Arbeit einen Lohn nach Hause tragen bzw. ein Entgelt überwiesen kriegen, sondern es wird schon gar nichts anderes produziert als Eigentum: ein Reichtum unter der verbindlichen Vorgabe, daß er denen, die ihn schaffen, erst gar nicht gehört. Worin sonst könnten denn auch die ökonomischen Leistungen von Geld und Eigentum bestehen? Daß die Produktionsmittel ausschließender privater Verfügung unterliegen, trägt zu deren Produktivkraft nichts weiter bei, als zwischen dem materiellen produktiven Gebrauch dieser Mittel, der Arbeit und denen, die sie leisten, auf der einen Seite und der Verfügungsmacht über den Produktionsprozeß mitsamt seinen Erzeugnissen auf der anderen Seite zu *scheiden*, also zu verhindern, daß Produktionsmittel wie Produkte denen, die die einen benutzen und die anderen benötigen, auch verfügbar sind. Daß verdientes Geld den Zugriff auf ein Stückchen Warenwelt gestattet, ist ein schätzenswerter Vorteil nur unter der Voraussetzung, daß von all den produzierten Gütern erst einmal gar nichts zu gebrauchen ist, eben weil es als fremdes Eigentum in die Welt gekommen ist. Daß sich mit Arbeit Geld verdienen läßt – das zudem immer gleich wieder weg ist: Wozu könnte ein solches Geschäft überhaupt gut sein, wenn nicht dazu, daß die Arbeiter grundsätzlich *nicht* kriegen, was sie herstellen; stattdessen die andern, die das Geld zahlen? Absurde Vorkehrungen wären das alles und groteske Umständlichkeiten – ginge es darum, Gebrauchswerte zu produzieren und geschickt an die Leute zu verteilen. Dann wird das aber auch nicht der tiefere Hintersinn von Geld, Eigentum und Erwerbsarbeit sein. Deren „Sinn“ wird schon in dem liegen, was sie wirklich leisten: Nutzen und Eigentum gleichzusetzen, so daß notwendigerweise die zwei gegensätzlichen komplementären Lösungen herauskommen.⁶⁾

- 6) Gewiß, es gibt auch noch andere Auflösungen. Die Marktwirtschaft kennt allerlei „Selbständige“, vom Bauern- bis zum Ärztstand, die sich mit dem für ihren Beruf nötigen Eigentum *und* eigener Erwerbsarbeit durchschlagen; in unterschiedlichen Zusammensetzungen repräsentieren sie den Gegensatz zwischen Arbeit und Eigentum in der eigenen Person, relativieren ihn also nicht übermäßig. Außerdem gibt es den Staat, der mit enteigneten Geldern die Rolle des Arbeitgebers spielt, ohne durch seine Arbeitnehmer Eigentum schaffen zu lassen; in all seiner Hoheit über die Klassen seiner Gesellschaft respektiert also auch er die Alleinherrschaft des Geldes über die Arbeit, die er einrichtet, indem er seine professionellen Dienstkräfte bezahlt; und dabei kalkuliert er das Entgelt um so genauer nach den Kriterien der privatwirtschaftlichen Lohnzahlung, je niedriger die entgeltene Tätigkeit. Man sollte überhaupt aus den diversen funktionellen Unterabteilungen der marktwirtschaftlichen Erwerbsgesellschaft kein Rätsel machen – wo doch schon die maßgeblichen staatlichen Instanzen gar kein Problem damit haben, beim Eintreiben von Steuern wie bei der Einrichtung von Sozialkassen mit auf ihre Art eindeutigen ökonomischen Klasseneinteilungen auf ihre Bürger loszugehen. Im übrigen – dies als methodischer Tip – sind die Prinzipien der politischen Ökonomie des Kapitalismus sowieso keine Schubladen, deren Wahrheitsgehalt durch ihre Brauchbarkeit fürs Einsortieren der Menschheit zu beweisen wäre und durch Zweifelsfälle fraglich würde.

Weltfremd sind daher alle Vorstellungen von der Art, die Subsumtion der Arbeit unter das Eigentum könne man dahingestellt sein lassen, weil daran ohnehin nichts zu ändern oder jede Änderung sogar kontraproduktiv sei, die so arg gegensätzlichen Folgen der Herrschaft des Geldes aber wären getrennt davon zu therapieren; am besten durch den Staat, der doch dem gleichmäßigen Wohl aller verpflichtet sei und mit seiner Gewalt übermäßige gesellschaftliche Gegensätze auszubügeln hätte. Weltfremd ist das nicht in dem Sinn, daß der bürgerlichen Welt solche Auffassungen fremd wären – das Gegenteil ist der Fall: Genau so möchte die Marktwirtschaft verstanden sein, als Volkswirtschaft mit einer raffinierten und außerdem freiheitlichen Verteilungsstrategie, von der deren schäbige Wirkungen leicht wegzudenken wären; und als Instanz, die diese Wirkungen tatsächlich ungeschehen macht, empfiehlt sich der soziale Staat. Es ist bloß nicht wahr; und wenn das Vertrauen auf die Zweieinigkeit von Marktwirtschaft & Demokratie darauf insistiert, „es *sollte* doch“ zumindest so sein, dann *ist* es eingestandenermaßen nicht so.

In der wirklichen Welt setzt die bürgerliche Staatsgewalt noch allemal, bevor sie sich irgendwelchen Folgeproblemen widmet, die systematische Unterwerfung der Arbeit unter den Gelderwerb und die Macht des Eigentums in Kraft, indem sie das Eigentum gesetzlich schützt und mit dem Recht ausstattet, für sich arbeiten zu lassen. Und das Kapital tut, was es kann: Es bemächtigt sich der Arbeit, nämlich ihrer Produktivkraft, als *seiner* Quelle (II.), benutzt sie zur Steigerung seines Überschusses im Verhältnis zu den Mitteln, die es eben dafür aufwendet, also für seine Profitrate (III.), macht sie haftbar für die Bedienung und Aufrechterhaltung eines Kredit-systems, das von seinen Voraussetzungen in der Profitproduktion, die es einerseits fördert, andererseits überhaupt nichts wissen will (IV.), verwendet sie als Waffe in der internationalen Konkurrenz, was die Staatsmacht als interessiertes Subjekt mit eigenen Erfolgsansprüchen an die Arbeit auf den Plan ruft (V.), und macht sie, auch dies mit staatlicher Unterstützung, aktuell zum Lückenbüßer seiner selbsterzeugten Krisenlage (VI.).

II.

Die Produktivkraft der Arbeit gehört dem Eigentümer der Produktionsmittel, der sie bezahlt und verrichten läßt. Durch dessen Ansprüche ist sie daher auch definiert. Sie geht nicht in dem banalen Umstand auf, daß Leute arbeitsteilig mit geeignetem Gerät leicht weit mehr nützliche Dinge herstellen, als sie für sich und für die Erleichterung ihrer Arbeit verbrauchen. Ihrer marktwirtschaftlichen Bestimmung nach besteht sie darin, daß unter dem Kommando des Kapitals, mit dessen Mitteln, also auch nach dessen Vorgaben und Kalkulationen mehr in Geld gemessenes Unternehmenseigentum geschaffen wird, als an Lohn für die Arbeit weggezahlt werden muß.

Demgemäß zählt als Arbeitsaufwand nicht die aufgewendete Arbeit, also Zeit und Mühe eines Menschen, sondern die fürs Arbeiten-Lassen aufgewandte Lohnsumme. Der Arbeitsertrag bemißt sich nicht an den befriedigten Bedürfnissen, sondern am Erlös aus dem Verkauf der produzierten Ware im Verhältnis zum Lohnaufwand. Als Arbeitsleistung gilt nicht das Verhältnis zwischen ver-ausgabter Arbeitskraft und Produkt, sondern der geschaffene Warenwert pro

ausgegebener Lohnsumme. Die Arbeitsproduktivität ist somit keine technische Größe, sondern berechnet sich nach dem Geschäftserfolg.

So eignet sich das Kapital die Produktivkraft der Arbeit als Quelle seiner Vermehrung an.

1.

Wenn Arbeiter mit ihrem Lohn regelmäßig schnell am Ende sind, so liegt das keineswegs daran, daß ihre Arbeit mehr nicht hergegeben hätte, als was sie unbedingt brauchen und gewohnheitsmäßig verbrauchen. Die „vollen Läden“, für die die Marktwirtschaft berühmt ist, bezeugen anschaulich das Gegenteil; insbesondere diejenigen, deren Angebote kaum je in den Umkreis dessen geraten, was die lohnabhängige Menschheit sich leistet; und das alles ist bloß ein Bruchteil des Überflusses an nützlichen Gütern, die die arbeitenden Mitglieder der Gesellschaft zustandebringen. Das ist auch kein Wunder. Denn wenn Menschen Verstand und Körperkraft arbeitsteilig zweckmäßig einsetzen, dann bringen sie nicht bloß ihre Lebens- und Produktionsmittel zustande, sondern auch noch einigen technischen Fortschritt; und wenn sie auf dem mittlerweile erreichten Niveau der Technik ans Werk gehen, dann wird die Herstellung auch von komplizierten Bedarfsartikeln zur Sache von Arbeitsminuten. So gesehen wäre es für Arbeiter heute kein Problem, sich und alle, die fürs Arbeiten gerade ausfallen, mit Gebrauchsgütern jedweder Art ohne große Mühe flott zu bereichern – wenn es denn darum ginge.

Wenn die Sache so zielsicher und so gründlich anders ausgeht, so liegt das an den eigentümlichen gesellschaftlichen Ansprüchen und geltenden Rechten, denen die für Lohn verrichtete Arbeit gehorcht. In der Marktwirtschaft ist es nämlich so, daß der Ertrag der geleisteten Arbeit diejenigen, die sie leisten, überhaupt nichts angeht: Er ist vollständig und ohne weitere Umstände fremdes Eigentum; den Arbeitern gehört nichts davon. Es mag zwar sein, daß der Lohn aus dem Verkaufserlös der hergestellten Ware bezahlt wird; woraus auch sonst. Aber das ist ein Geschäft zwischen dem Lohnarbeiter, der kein Eigentum an seinen Produkten hat, und dem Eigentümer, dem der gesamte Erlös gehört.

Das ist deswegen so, weil Lohnarbeiter, wenn sie überhaupt an die Arbeit gehen, schon nicht mehr für sich tätig sind. Sie könnten ja gar nicht tätig werden, wenn nicht ein Arbeitgeber sie in seinen Betrieb lassen würde; was sie dort tun, ist allein Sache des Unternehmers und geht voll auf dessen Rechnung – eben dafür zahlt er ja Lohn. Praktisch bleibt es natürlich dabei, daß die Arbeiter ihre Arbeitskraft und Lebenszeit in den Produktionsprozeß einbringen – Dinge, die von ihnen gar nicht abtrennbar sind wie ein Stück Eigentum, über das der Besitzer frei disponieren kann; was im kapitalistischen Betrieb geschieht, ist allemal *ihre Tätigkeit*, auch wenn diese noch so sehr unter dem Kommando des Unternehmers steht. Dennoch wird selbst darauf die Kategorie des Eigentums angewandt; und in dieser *eigentumsmäßigen* Hinsicht ist die Arbeit, für die sie bezahlt werden, eben damit gar nicht mehr die Ihre. Sie geben ihre Tätigkeit, die physisch natürlich ihre ist und bleibt, wie ein veräußertes Eigentum aus der Hand. Das ist deswegen wichtig, weil damit über das Eigentum entschieden ist, dessen Entstehung die Arbeit bewirkt: Weil die Arbeit schon gar nicht mehr denen gehört, die Verstand, Kraft und Zeit aufwenden, um nützliche Dinge herzubringen, deswegen ist der Wert der fabrizierten Dinge, das in

Geld quantifizierte Eigentum daran, auch nicht denen zuzurechnen, die den materiellen Aufwand geleistet haben, sondern denen, die darüber als Element ihres Produktionsprozesses verfügen.⁷⁾

Produktiv ist und bleibt die Arbeit also, weil Menschen an geeigneten Gerätschaften zweckmäßig kooperieren. Das ist auch im Kapitalismus nicht anders. Nur ist die Produktivkraft der Arbeit da einer Aufwands- und Ertragsrechnung des kapitalistischen Eigentums subsumiert. Und diese Rechnung ist das, was ökonomisch gilt.

2.

Wenn kapitalistische Unternehmen ihr Eigentum vermehren, dann nutzen sie die Produktivkraft der Arbeit aus. Allerdings eben so, daß sie nur das als produktive Leistung registrieren, was für ihr Eigentum wirksam wird. Und diese Leistung rechnen sie sich zu: dem eingesetzten Kapital – nicht so sehr ideologisch, da läßt sogar mancher management-geschulte Unternehmensführer gerne die Schaffenskraft seiner „Mitarbeiter“ hochleben, vielmehr ganz praktisch: Was die *Produktivkraft der Arbeit* hergibt, das *realisiert* sich in der *Bilanz des Kapitals*.

In dieser Bilanz findet sich unter der Rubrik ‚Aufwand‘ nichts von der Leistung wieder, die die an die Arbeit gestellten Leute bringen müssen. Aufwand im maßgeblichen marktwirtschaftlichen Sinn ist ausschließlich derjenige des Unternehmens: der Aufwand an Geld, den es sich leisten muß, damit produziert wird. Dabei handelt es sich um zwei große Ausgabeposten.

Der eine betrifft „die Arbeitsplätze“: die Ausstattung des Betriebs mit Maschinerie, außerdem die Beschaffung von Rohstoffen, Energie und was sonst noch alles gebraucht wird, damit das Produkt herzustellen und zu verkaufen ist. Was da angeschafft wird, geht seiner materiellen Beschaffenheit nach im Produktionsprozeß drauf, wird aufgezehrt, verschlissen, umgewandelt, so oder so produktiv konsumiert. Ausgerechnet die „Eigenschaft“ jedoch, mit der die Produktionsmittel in der Unternehmensrechnung zu Buche schlagen, ihr im Anschaffungspreis bezifferter Wert, geht überhaupt nicht zugrunde, sondern scheint im durchkalkulierten Preis der hergestellten Ware wieder auf. Den Preis muß der Unternehmer zwar erst Erlösen, damit er das ausgelegte Geld wieder in Händen hat; von seinem Eigentum gibt er für den Produktionsprozeß und in dessen Verlauf aber gar nichts aus der Hand.

- 7) Worauf es bei dieser wahrhaft eigentümlichen Verdoppelung der Arbeit in die produktive Tätigkeit der bezahlten Leute und den dem Unternehmen gehörenden Prozeß der Wertentstehung ankommt, das ist den Betroffenen praktisch übrigens überhaupt kein Geheimnis: Jeder Arbeiter kennt seine Arbeit als „Job“, mit dem ihn letztlich nichts weiter verbindet als die Entscheidung des Betriebs, ihm eben diesen Arbeitsplatz zuzuweisen und den so auszustatten, wie es dem Unternehmen in seine Aufwands-Ertrags-Rechnung paßt; der zukunftsweisende Management-Einfall, Arbeiter an der „Gestaltung“ „ihres“ Arbeitsplatzes zu „beteiligen“, kehrt dieses Verhältnis nicht um, sondern reagiert berechnend auf dessen nicht mißzuverstehende Einseitigkeit. Jahrelange Eingewöhnung schützt auch nicht davor, sich im Zuge einer fälligen Unternehmens-„Modernisierung“ vom Gewohnten verabschieden zu müssen. Daß es um abstrakte Arbeit für fremdes Eigentum geht, macht sich in der kapitalistisch durchgestylten Arbeitswelt höchst konkret bemerkbar – auch wenn mancher nicht wahrhaben will, was er am eigenen Leib erfährt, und zäh auf seinem Recht besteht, seine Funktion als Anhängsel des Kapitals für eine ihm zustehende Heimat zu halten.

Mit seinen anderen Betriebsunkosten, den Löhnen, stiftet er auf eigene Rechnung Eigentum in fremden Händen; und wenn er in der entsprechenden Stimmung ist, hält er das allen Ernstes für eine bedeutende Großzügigkeit seinerseits, die ihm viel zu wenig gedankt wird. Immerhin bekommt er damit die Arbeitskraft seiner Belegschaft in die Hand, so daß er über deren produktiven Einsatz frei entscheiden kann. Die Lohnzahlung selbst fungiert dabei als Kommandomittel. Gezahlt wird das Entgelt für verfügbare Arbeitskräfte nämlich sinnigerweise *als Preis der Arbeit*, für geleistete Arbeitsstunden oder, noch enger am Zweck der Zahlung orientiert, nach Maßgabe erfüllter, verfehlerter oder übererfüllter Zeitvorgaben für bestimmte Verrichtungen oder die Erledigung ganzer Produktionsschritte. Diese Art der Lohnzahlung begründet den mit viel Genuß breitgetretenen ideologischen Schein, die Arbeiter bekämen gerecht und ganz genau den „Anteil“ ausbezahlt, den ihre Arbeit zum Produkt bzw. zu dessen Wert – für die kapitalistische Kalkulation ohnehin beides dasselbe – beisteuert; *ihr Wert* würde also vergütet. Wäre das die Wahrheit, so stünde es schlecht um die kapitalistischen Bilanzen: Was bliebe für den Eigentümer noch übrig, wenn die Arbeit mit dem Eigentum bezahlt würde, das sie schafft?! Und wenn es nicht das ganze neugeschaffene Eigentum sein soll: Wie ließe sich die Leistung der Arbeit als „Anteil“ von der Tatsache, daß die Produktionsmittel dem Unternehmer gehören, als anderem „Anteil“ abgrenzen?! Auf eine schlüssige Rechnung dieser Art hat kein Kapitalist je gewartet; er hätte seinen Betrieb sonst nie in Gang gebracht.⁸⁾ Der Kunstgriff, den Lohn nach der Menge der abgelieferten Arbeit – also grundsätzlich nach der Zeit, angereichert mit Gesichtspunkten der Leistungsdichte – zu bemessen und zu zahlen, leistet tatsächlich das Gegenteil einer sauberen Aufteilung von Mühe und Ertrag zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Mit ihm wird

- 8) Tatsächlich ist der Preis der Arbeit, wie übrigens jeder weiß und in allen Tarifaueinandersetzungen wie mit jeder Forderung nach konjunkturgemäßer Lohnsenkung klargemacht kriegt, Verhandlungssache, also eine Machtfrage; auch die von Gewerkschaftern gern aufgetischten Rechnungen, wonach die Arbeit mal wieder produktiver geworden und deswegen „entsprechend“ *höher* zu vergüten wäre, ist nur soviel wert wie der tatsächliche Druck auf die Arbeitgeber, den die Arbeitnehmer zustandebringen – und der nie sehr gewaltig ausfällt, wenn solche Rechnungen ihn legitimieren sollen.

Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft hat zwar auch noch nie abgeleitet, welchen Preis die Arbeit wert wäre. Die Ideologie, mit dem Lohn würde genau das bezahlt, was die Arbeit – im Unterschied zu dem andern „Produktionsfaktor“, dem Kapital – zum Produktwert beigetragen hätte, vertritt sie aber umso unbefangener und beruft sich dafür mit der diese Wissenschaft kennzeichnenden entwaffnenden Dialektik aufs Ergebnis: Daran, was die Lohnarbeiter *vom* Gesamterlös des Unternehmens *abbekommen* und was die Unternehmer für sich behalten, *sieht man doch*, was die einen und die andern jeweils *dazu beigetragen* haben – Beweis: sonst hätten sie es ja gar nicht gekriegt...

Bemerkenswert an dieser „Theorie“ der „Faktorkosten“, nämlich in Gestalt von Lohn und Gewinn, ist übrigens die so selbstverständliche Interpretation von „Arbeit“ und „Kapital“ als „Produktionsfaktoren“. Von der Privatmacht des Geldes über die Arbeit will diese ganze Wissenschaft vom ersten bis zum letzten Wort nichts wissen; das kapitalistische Unternehmen kennt sie ausschließlich als neutrale Instanz zwischen Arbeit und Kapital, als Veranstalter von Produktion, der die beiden „Faktoren“ sinnreich kombiniert, wirken läßt und gerecht auszahlt. Aber genau so drückt sogar diese gestanzte Ideologie noch die kapitalistische Tatsache aus, daß die Arbeit dem Unternehmen als ein ihm gehöriger „Faktor“ inkorporiert, als Verfügungsmasse für produktive Zwecke subsumiert ist. So sehr diese Sicht der Dinge vom kapitalistischen Eigentum und seiner Herrschaft abstrahiert, so selbstverständlich reproduziert sie theoretisch dessen Standpunkt, wonach

die Lohnzahlung zur ständigen Nötigung des angestellten Menschen, den Ansprüchen zu genügen, die völlig einseitig und ganz nach unternehmerischem Kalkül der Betrieb an ihn stellt. Indem das Kapital mit seiner Lohnzahlung den Preis der Arbeit „entrichtet“, zwingt es den Leuten nämlich das Interesse auf, sich Stunde um Stunde und durch die verlangte Leistung diesen Preis zu verdienen. Es schaltet damit das Hindernis für die Aneignung der Arbeit aus, das in der Tatsache liegt, daß es sich allemal noch um die Tätigkeit fremder Subjekte handelt, die es sich aneignen will, und sorgt dafür, daß seine Arbeiter sich ganz von selbst *seinen* Leistungsanforderungen in Sachen Zeitdauer und Intensität der Arbeit unterwerfen; auch Flexibilität, Nacharbeit und Conti-Schicht lassen sich auf diese Weise problemlos einfordern oder auch die Hinnahme besonders gesundheitsschädlicher Arbeitsumstände. Auf diese durch und durch humane, nämlich erpresserisch auf den Willen seiner Dienstkräfte gemünzte Art und Weise bemächtigt sich das kapitalistische Unternehmen, bis in die letzte Arbeitsstunde hinein und bis zum letzten betriebsnützlichen Einsatz, der Produktivkraft der Arbeit.

Das zustandegebrachte Produkt geht unter der Rubrik ‚Ertrag‘ in die Bilanz des Unternehmens ein: als pure Wertsumme. Diese Abstraktion ist nicht unpraktisch – was sie wäre, wenn es um den geleisteten Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen arbeitsteiligen Bedarfsdeckung ginge –, sondern faßt das einzige, was an der geleisteten Arbeit zählt, schlüssig und abschließend zusammen und erlaubt den Vergleich mit der Rubrik ‚Aufwand‘, auf den alles ankommt. An dem Vergleich entscheidet sich, ob das Unternehmen „Geld gemacht“ hat – was nicht bloß ein umgangssprachlicher Ausdruck für geschäftlichen Erfolg ist, sondern die Sache genau bezeichnet: Das Produkt, um das es geht, ist der in Geld bezifferte Überschuß des Ertrags über den Aufwand. Niemand muß die Produkte eines Unternehmens kennen, um über das Unternehmen Bescheid zu wissen; alles ökonomisch Wesentliche steckt in so aufschußreichen „Produktionsziffern“ wie ‚Umsatz‘ und ‚Gewinn‘.

Die Produktivkraft der Arbeit hat damit einen genau definierten *Inhalt*; und der ist zugleich das *Kriterium* dafür, ob sie *überhaupt* produktiv war oder ungeachtet der Güter, die sie verfertigt hat, *unproduktiv* geblieben ist. Die kapitalistische Rechnung ignoriert nicht bloß den realen Arbeitsaufwand; sie stellt sich auch höchst kritisch zu dem dinglichen Resultat und läßt es nur gelten, wenn und soweit sie von der einen Zahl für ‚Aufwand‘ zu der andern für ‚Ertrag‘ einen Zuwachs nachzählen kann. Die Arbeit bewährt ihre Produktivkraft entweder als Quelle von Gewinn, oder sie ist überhaupt nichts wert.

Dabei ist es gar nicht so, daß die Arbeit mit all ihrer Produktivität das kompromiß- und bedingungslos verlangte Ergebnis überhaupt gewährleisten könnte. Sie vermag nicht mehr hinzustellen als ein Produkt, das, wäre es so geplant, per Saldo viel Nützliches zur Versorgung des Gemeinwesens beisteuern könnte. Ob das Produkt auch einen Wert hat, der das Unternehmen bereichert, ist eine völlig andere

die Arbeit, sobald sie im Betrieb verrichtet wird, diesem gehört.

Auf die wirkliche, nämlich praktisch wirksame kapitalistische Rechnung, die Arbeit und Kapital als Produktionskostenfaktoren einander gegenüberstellt und als austauschbare Größen behandelt, geht das nächste Kapitel ein.

Frage, die sich außerhalb der Arbeitswelt entscheidet: am Markt, wo es nicht um nützliche Produktion, sondern um Gelderwerb geht. Die Verwandlung der geschaffenen Ware in Geld ist von der Arbeit gar nicht zu leisten und geht sie auch gar nichts an, weil die Ware ja schon Eigentum des Unternehmens ist und dessen Realisierung in Geld ansteht. Um so härter wirkt die Entscheidung des Marktes auf die Arbeit zurück: Das kapitalistische Unternehmen tut alles, um die Produktion, über die es gebietet, zum garantiert wirksamen Mittel seines Geschäftserfolgs zu machen. Mit der Aneignung der Produktivkraft der Arbeit durchs Eigentum fängt die Karriere der Arbeit von der *Quelle* allen kapitalistischen Reichtums zu dessen *Mittel* erst an.

III.

Mit den Produkten der Arbeit, die sie verrichten lassen, müssen die kapitalistischen Unternehmer „am Markt“ bestehen, also den Konkurrenzkampf gegen ihresgleichen um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gewinnen. Darüber regelt sich die „Versorgung“ der „Konsumgesellschaft“; umgekehrt entscheidet sich am marktwirtschaftlichen Erfolg, welche Produktion gesellschaftlich überhaupt notwendig war.

Zum Mittel ihrer Konkurrenz richten sich die Unternehmer die Quelle ihres Reichtums her, indem sie die Produktivität der Arbeit steigern, um über die Lohnstückkosten ihren Produktionspreis senken, andere Anbieter unterbieten und deren Gewinne für sich einkassieren zu können. Maßstab des „technischen Fortschritts“, den sie darüber in die Arbeitswelt einführen, ist der rechnerische Vergleich zwischen „Arbeit“ und „Kapital“ als austauschbaren „Kostenfaktoren“: Der Kapitaleinsatz muß Arbeitskosten sparen; deren kostspielige Minderung sichert den Konkurrenzerfolg. Im Zeichen dieser irrationalen Rechnung, die Nicht-Arbeit als Gewinnquelle verbucht, treibt das Kapital die Produktivität der Arbeit, die es benutzt, in die Höhe, macht seine wirkliche Reichtumsquelle also *ergiebig*; es *mindert* sie zugleich, behandelt sie nämlich als Posten, an dem es zu sparen gilt, minimiert so das Maß, in dem Arbeit gesellschaftlich notwendig ist und Eigentum schafft; und es *belastet* sie erheblich, indem es sie durch steigende Investitionen „ersetzt“: Ausgerechnet durch weniger Arbeit soll sich mehr Kapital rentieren.

Diese Widersprüche seiner eigenen Wirtschaftsweise macht das Kapital zum Problem der lohnabhängigen Leute. Die partizipieren entweder als Arbeitslose ohne Einkommen am Fortschritt der Arbeitsproduktivität, oder sie schaffen als Anhängsel teurer „Arbeitsplätze“ gewaltige Überschüsse, schlagen noch größere Massen Kapital um und bleiben dabei mit der Summe ihrer Lohnstückkosten im Rahmen der für ihre Reproduktion notwendigen Arbeit befangen.

1.

Für alles, was sie mit der Arbeit und ihren Arbeitnehmern anstellen, berufen sich kapitalistische Arbeitgeber auf die Konkurrenz und deren Zwänge. Eine prinzipielle Heuchelei ist dabei im Spiel: Wie jeder, der sich in einen Wettkampf begibt, so teilen auch die Unternehmer das Anliegen, um das es in ihrem „Wettbewerb“ geht –

schließlich konkurrieren sie nicht um den ersten Preis bei der Entlastung und Bereicherung ihrer „Mitarbeiter“, geschweige denn um das beste Programm für die planmäßige Befriedigung aller Bedürfnisse. Wenn sie im Interesse ihrer „Konkurrenzfähigkeit“ ihre Belegschaften drangsaliieren, dann wird ihnen jedenfalls nichts aufgezungen, was ihnen eigentlich gegen den Strich geht oder ihrem ureigenen ökonomischen Interesse fremd wäre. Wenn sie umgekehrt ihrem eigenen Interesse wie einem Sachzwang „unterworfen“ sind, dem sie bei Strafe des Untergangs genügen müssen, dann beweist das nur, daß kein abweichender Gesichtspunkt ihre ökonomischen Zwecke relativiert: Mit der Anrufung unausweichlicher „Zwänge der Konkurrenz“ berufen sie sich auf nichts als die *Allgemein- und Alleingültigkeit ihres Interesses* in der Marktwirtschaft.

Vielleicht noch bemerkenswerter als ihre verräterische Heuchelei ist aber die Wahrheit, die die Aktivisten der Konkurrenz mit ihrer Generalentschuldigung eingestehen: Sobald sie tun, wozu ihr Eigentum sie befähigt, nämlich arbeiten lassen und ihr Vermögen vermehren, tun sie das *gegeneinander*. Wo *sie* über die Produktivkraft der Arbeit gebieten, da addieren sich deren Ergebnisse nicht zu einem schönen Haufen Reichtum; da kommt vielmehr der Geschäftserfolg des einen dem anderer Kapitalisten in die Quere. Die negative, exklusive Macht des Eigentums richtet sich nicht bloß gegen diejenigen, die keines haben und deswegen ihre Kräfte gegen ein kleines Entgelt zur Verfügung stellen müssen. Als die private Macht, seine eigene Vergrößerung zu betreiben, richtet sich das Eigentum, kapitalistisch betätigt, ausschließlich auf *die* Bedingung seines Wachstums, die alle Warenproduzenten gleichermaßen brauchen.

Diese Bedingung ist das in der Gesellschaft vorhandene *Geld*: der Reichtum in seiner gesellschaftlich gültigen abstrakten und privaten Form. Der läßt sich in der Privatsphäre des eigenen Unternehmens nämlich nicht *produzieren*; der läßt sich nur mit Hilfe der dort hergestellten Ware „am Markt“ *erwerben*. Erst mit dem geglückten Verkauf entscheidet sich, ob überhaupt und inwieweit die ganze Warenproduktion von Nutzen war, nämlich übers verdiente Geld eigentumswirksam wird. Und *dabei* stehen sich die Kapitalisten wechselseitig im Weg. Denn alle wollen und brauchen für diesen letzten, alles entscheidenden Schritt im Gang ihrer Geschäfte dasselbe: eben die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Das läuft nicht bloß da auf wechselseitigen Ausschluß hinaus, wo mehrere Unternehmen die gleiche Ware anbieten. Wo für Geld produziert wird, wo umgekehrt das Geld in quantitativ beschränktem Umfang die Möglichkeit aller Güter und Genüsse darstellt, da ist alles kommensurabel, das Unterschiedlichste wird zur Alternative, und jeder Warenproduzent macht mit seinem Angebot allen anderen gesellschaftliche Kaufkraft streitig. Sicher, die Konkurrenz belebt auch das Geschäft; der Wachstumserfolg des einen Unternehmens gibt anderen auch etwas zu verdienen; in allgemeinen „Wachstumsphasen“ kann sogar insgesamt mehr Erwerbstätigkeit zustandekommen und mehr Zahlungsfähigkeit entstehen. Die Veranstaltung mit Namen ‚Markt‘ wird aber auch dann den ausschließenden Charakter privaten Geldverdienens nicht los, im Gegenteil: Für *ihr* Unternehmenswachstum erheben die konkurrierenden Warenproduzenten immer größere Ansprüche auf das Geld der Gesellschaft, völlig unabhängig davon, was sie an Einkommen stiften und andere verdienen lassen. Auch wenn in der statistischen Endabrechnung das eine oder

andere Prozent Wirtschaftswachstum herauskommt, sind die freien Unternehmer kein Ergänzungsverhältnis zueinander eingegangen, sondern haben gegeneinander um die Ausweitung *ihres* Absatzes gekämpft; ihr Gegensatz kommt nicht erst dann in die Welt, wenn Konjunkturbeobachter einen allgemeinen Geschäftsrückgang konstatieren müssen. Mit diesem antagonistischen Interesse am gleichen „Stoff“, der gesellschaftlichen Zahlungsfähigkeit, treten die kapitalistischen Unternehmer untereinander und mit dem Rest der Menschheit, die ihre Produkte braucht, in einen *gesellschaftlichen Zusammenhang*.

Es ist dies die einzige und auch schon die ganze praktisch wirksame gesellschaftliche Beziehung zwischen den verschiedenen Produktionsabteilungen sowie zwischen Produktion und Konsum, die das Regime des Eigentums zuläßt und erzwingt. Was produziert wird und was nicht, welche Bedürfnisse bedient, welche unbeachtet gelassen, welche überhaupt erst erfunden werden, das entscheidet sich am Geld, das die Kunden hergeben und die konkurrierenden Unternehmen beanspruchen; es gibt in der Marktwirtschaft kein anderes Kriterium dafür, was in der und für die Gesellschaft notwendig ist. Das bedeutet auch – entgegen allen Ideologien über „Konsumentenmacht“ und „-souveränität“ –, daß mit der Herrschaft des Geldes nicht die gesellschaftliche Produktion den Bedürfnissen untergeordnet ist, geschweige denn einer auch nur ansatz- und versuchsweise vernünftig ermittelten Reihenfolge der Bedürfnisse nach ihrer Dringlichkeit. Vielmehr ist die gesellschaftliche Bedarfslage, nach der privaten Verfügung über Geld sortiert, als Kaufkraft dem Verkaufsinteresse konkurrierender Eigentümer subsumiert und nach dem Kriterium des zu erzielenden Geschäftserfolgs zurechtdefiniert.⁹⁾ „Der Markt“ ist die Erwerbssphäre kapitalistischer Warenproduzenten; deren Konkurrenz entscheidet, mit welchen Gebrauchswerten die Gesellschaft über die Runden kommen muß und sich austoben darf.

Umgekehrt entscheidet sie darüber, was die Warenproduktion der verschiedenen Unternehmen für den Zweck des Gelderwerbs taugt und folglich überhaupt wert ist. Mißerfolg beim Verkaufen macht die gelaufene kapitalistische Aneignung der Produktivkraft der Arbeit rückwirkend zwar nicht ungeschehen – die erzeugten Gebrauchswerte sind da und könnten das Ihre beitragen zum Reichtum der Gesellschaft –, aber vollständig nutzlos: zum Verlustgeschäft, das Reichtum in seiner gesellschaftlich gültigen Form, kapitalistisch angewandtes Eigentum nämlich, vernichtet. Es ist dieser Aberwitz, der in der Berufung auf die „Risiken des Marktes“ und die „Zwänge der Konkurrenz“ als fraglose Selbstverständlichkeit anerkannt und

9) Wenn die Sachverständigen der Marktwirtschaft den Konjunkturverlauf beobachten, dann registrieren sie die Folgen dieser schlichten Wahrheit: Es sind nicht erratische Schwankungen des Publikumsgeschmacks, geschweige denn vernünftige Entscheidungen über gesellschaftliche Prioritäten, was zu wechselnden Konditionen des allgemeinen Warenverkaufs und Geldverdienens führt, sondern eingestandenermaßen die unberechenbaren Auswirkungen der Konkurrenz um immer mehr Absatz. Daß diese Konkurrenzanstrengungen mit großer Zuverlässigkeit nach Phasen der Expansion zu allgemein bemerklichen Rückschlägen führen und umgekehrt, hat bei den weisen Männern der Wissenschaft kein Interesse am Begriff dieses Irrsinns geweckt; stattdessen beschäftigt sich ein ganzer Forschungszweig mit der Entwicklung mathematischer Modelle des Unberechenbaren, die sich allein dem Standpunkt verdanken, die Wissenschaft wäre der kapitalistischen Gesellschaft eine quantifizierende Prognose über deren eigenes freies Wirtschaften schuldig.

gebilligt sein will. Wer als Unternehmer daran scheitert, disqualifiziert sich als Versager, muß sich Mißmanagement und Schlimmeres vorwerfen lassen, gerät sogar leicht in den Verdacht wirtschaftskrimineller Verfehlungen – was nun zwar zu den behaupteten schicksalhaft wirkenden Sachzwängen „des Marktes“ schlecht paßt, um so besser hingegen zu dem parteiischen Glauben an eine Pflicht und ein unbedingtes Recht kapitalistischer Unternehmen, Erfolg zu haben. Umgekehrt adelt Erfolg den Erfolgreichen zum Könner; nach derselben Logik. Immerhin ist den Freunden der Marktwirtschaft in ihrer Parteilichkeit für geschäftlichen Erfolg also auch der Gedanke geläufig, daß die Konkurrenz, die den kapitalistischen Eigentümern das Gesetz des Handelns aufzwingt, zugleich ein gewisses Maß an Freiheit einschließt: Macht über Geschäftsmittel, die sich mehr oder weniger zweckmäßig einsetzen läßt.

Was kapitalistische Unternehmer für ihren Erfolg beim *Gelderwerb* „am Markt“ wirklich tun können, das tun sie dort, wo sie Herr des Geschehens sind: Die *Warenproduktion* müssen sie so einrichten, daß sie mit deren Resultaten den Konkurrenzkampf bestehen können. Dieser Konkurrenzkampf gibt die Maßstäbe vor, denen die im Betrieb zustandegebrachte Arbeitsproduktivität genügen muß – mit der bloßen Aneignung der Produktivkraft der Arbeit durchs Eigentum ist es noch lange nicht getan.

2.

a) Wenn kapitalistische Unternehmer ihr Produkt zu Geld machen wollen, treffen sie, als Ergebnis der bereits gelaufenen Konkurrenz, auf den *Marktpreis*, zu dem die Ware generell angeboten wird. Damit steht der *Kostpreis* auf dem Prüfstand, den sie für die Herstellung einer Wareneinheit kalkulieren. Denn aus der Differenz zwischen dem Stückpreis, den sie als Aufwand berechnen, und dem Verkaufserlös, multipliziert mit der effektiv verkauften Stückzahl, ergibt sich der Gewinn, um den es schließlich geht. Daß der steigt, wenn der Kostpreis unter dem Durchschnitt, und schwindet, wenn er darüber liegt, versteht sich.

Mit einer ordentlichen Gewinnspanne pro Stück ist das Unternehmensziel aber noch nicht erreicht: Es geht darum, möglichst viel zu verkaufen; das bringt zur Rate des Gewinns ja erst die Masse. Dieses grundsätzlich schrankenlose Bedürfnis nach Absatz stößt, insgesamt gesehen, an die Grenzen der Geldsumme, die die Kundschaft hat – und sich außerdem für ihre verschiedenartigen Bedürfnisse einteilen muß –; doch diese Grenze geht den Warenproduzenten, der soviel Produkt wie möglich zu Geld machen will, direkt gar nichts an. Unmittelbar stehen ihm die anderen Verkäufer im Weg, die ihrerseits Kaufkraft mit Beschlag belegen, ihm also – so rechnet jeder geschäftstüchtige Unternehmer – möglichen Absatz und damit verbundenen Gewinn streitig machen. Um dieses Hindernis wegzuräumen, fremde Marktanteile zu erobern, gibt es – Werbung, Bestechung und sonstige Formen der „Marktpflege“ schon eingerechnet – letztlich nur die eine Methode, die Konkurrenten zu unterbieten.¹⁰⁾ Daß das im Widerspruch zum Zweck der Gewinnsteigerung steht,

10) Die marktwirtschaftliche Lebenserfahrung, nach der die Preise hauptsächlich steigen, und zwar so allgemein, daß die einzelnen Erhöhungen sich zu einer Teuerungsrate addieren, wird hoffentlich niemand für einen Einwand halten. Daß die kapitalistischen Produzenten für ihre Waren in der Gesamttendenz immer mehr verlangen und auch gezahlt bekommen,

liegt auf der Hand. Die Rechnung kann nur aufgehen, wenn es gelingt, die Produktion im eigenen Betrieb zu verbilligen. Folglich richten sich alle Anstrengungen des kapitalistischen Warenproduzenten darauf, den Produktionspreis für die zu verkaufende Ware zu senken.

Ist das gelungen und der Kampfpreis gegen die Konkurrenz am Markt eingeführt, dann wird für alle, die noch mithalten und ihre Marktanteile behalten wollen, das neue abgesenkte Preisniveau zur verbindlichen Bezugsgröße. Ein neuer Marktpreis ist entstanden, zu dem jeder Produzent seinen Kostpreis ins Verhältnis setzen muß. Dessen Senkung wird zur Überlebensbedingung des Unternehmens. Die Gewinnspanne ist im Endeffekt dann freilich gar nicht weiter gestiegen; und ob insgesamt durch Mehrverkauf die Masse des Gewinns zugenommen hat, ist sehr die Frage. Zwischen den Konkurrenten hat sich aber wieder einmal neu entschieden, wer wieviel verkauft; und um diese Entscheidung zu den eigenen Gunsten geht es jedem Beteiligten. Die Bemühungen, den Kostpreis zu senken, hören also nie auf; jeder Erfolg ist der Auftakt zur nächsten Offensive.

b) Hierbei geraten stets alle Posten der kapitalistischen Aufwandsrechnung unter Druck. Erpresserische Preisvorgaben für Zulieferer z.B. gehören (nicht erst seit Señor Lopez) zum alltäglichen Geschäftsgebaren größerer Konzerne – die Lieferanten müssen dann zusehen, wie sie ihrerseits bei gesenkten Abnahmepreisen ihre Gewinnspanne retten, was schon wieder auf innerbetriebliche Kostensenkung hinausläuft. Besondere Beachtung und Behandlung erfährt freilich immer und überall der eine große Kostenfaktor, der *Preis der Arbeit*; und das aus gutem Grund. Er bietet nämlich zwei wesentliche Angriffsflächen.

Da sind zum einen die an die Arbeitskräfte ausgezahlten Löhne nach ihrer absoluten Höhe. Es gibt zwar Tarifverträge, die den Wettstreit der Arbeitgeber ums niedrigste Entgelt an einen allgemeinverbindlichen Rahmen binden. Doch schon die darin üblicherweise kodifizierte Vielfalt von Lohngruppen bietet die Handhabe dafür, durch geschickte Eingruppierung der Belegschaft das unternehmenseigene Lohnniveau zu senken. Die Zustimmung der Arbeitnehmervertretungen, die dafür meistens nötig ist, ist im Prinzip immer und je nach Konjunkturlage leicht zu haben; sie läßt sich nötigenfalls – wie gerade die vorbildliche deutsche „Tariflandschaft“ heute zeigt – auch für die Umgehung oder eingestandene Nicht-Achtung tariflicher Vorschriften erreichen. Das senkt den Lohnkostenanteil am Kostpreis der Ware, die *Lohnstückkosten*, wirkt also wie eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und ist es ja auch: Das Ergebnis hat einen geringeren Aufwand für Arbeit gekostet.

Der technische „Aspekt“ der Arbeitsproduktivität: der materielle Wirkungsgrad der eingesetzten Arbeitsmenge, ist der andere und bei weitem ergiebigerer Ansatzpunkt im Kampf des Kapitals gegen seine Lohnkosten. Denn mit jedem Fortschritt hier sinkt der Lohnanteil am Herstellungspreis der Ware, die Lohnstückkost, erst

hat seinen Grund in der unproduktiven Aufblähung der gesellschaftlichen Zahlungsfähigkeit durch staatliche Geldschöpfung auf dem (Um-)Weg der Verschuldung und wird daher auch von niemandem mit einer Vergrößerung des Werts der angebotenen Dinge verwechselt, sondern als Wertverlust der gesetzlichen Zahlungsmittel durchschaut. Solange Inflation zum marktwirtschaftlichen Alltag gehört, mag sich der Preiskampf der Unternehmer also weithin als Konkurrenz um den geringeren Preisanstieg abspielen.

recht – als wäre die Belegschaft billiger geworden. Und tatsächlich ist sie das auch, nach der Kalkulation nämlich, die das Unternehmen hier anstellt und in die Tat umsetzt: Die Effektivierung der Arbeit rechnet es sich sofort um in die Überflüssigkeit bislang bezahlter Arbeitskräfte, also in eine Senkung der betrieblichen Lohnkosten, beurteilt die Produktionsmittel nach dem Ergebnis dieser Rechnung und richtet sich bei seinen Investitionen danach.

Die ökonomische Logik dieser Kalkulation ist bemerkenswert. Vom technischen Fortschritt im materiellen Sinn, den ausgeklügelten Methoden zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, den Meisterleistungen der Ingenieurskunst bei der Automatisierung der Produktion usw., geht sie aus, unterstellt deren produktionstechnische Zweckmäßigkeit, um *davon zu abstrahieren* und sich ausschließlich mit *zwei Zahlen* zu befassen: Sie beziffert die Investitionskosten, die die Effektivierung der Arbeit durch neue Produktionsmittel bereitet, und zwar über die mutmaßliche Funktionsdauer der anzuschaffenden Gerätschaften umgerechnet auf die einzelne Ware, damit dieser Aufwand vergleichbar wird mit der anderen Ziffer: den Lohnkosten, die die Investition erspart, indem sie Arbeitskräfte entbehrlich macht, ausgedrückt als abgesenkte Lohnstückkosten. Ist die zweite Ziffer größer als die erste, dann gebietet die ökonomische Vernunft eine Effektivierung der Arbeit: Es wird – wie es deswegen heißt – „rationalisiert“. Das Augenmerk gilt also gar nicht der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit als solcher, sondern der Ersparnis von Lohnkosten; *die* ist der Dienst, den das Kapital vom technischen Fortschritt haben will; so definiert es überhaupt, was „Verbesserung der Produktionsmittel“ ist.

Der kapitalistische Unternehmer zieht damit eine sehr eigene Konsequenz aus seinem Eigentümerstandpunkt, wonach die Arbeit, die er bezahlt, vollständig und erschöpfend durch den Preis definiert ist, den er dafür zahlt. Er rechnet mit ihr als Kostenfaktor, der sich nicht bloß mit allen übrigen Kosten des Betriebs zusammenzählen und mit einzelnen Posten wunderbar vergleichen läßt, sondern der gegen bestimmte andere Aufwandsposten, die für Investitionen nämlich, mathematisch aufzurechnen und, wenn die Mathematik es so will, auch ohne weiteres *praktisch auszutauschen* ist. Sicher, was hinter dem Rechenposten für Investitionskosten pro Stück usw. steckt, mindestens *daß* damit produktivitätssteigernde Technik eingekauft wird, das muß er schon wissen; insoweit wird ihm also auch klar sein, daß die menschliche Tätigkeit, die Produkte schafft und dadurch Eigentum erzeugt, nicht schon deswegen dasselbe ist wie die benutzte Maschinerie, weil er beides bezahlt. Das vorausgesetzt, unterscheidet er aber weder zwischen der Arbeit und ihrem Preis noch zwischen der Technik und seinem Eigentum daran. Er zählt nichts weiter als die einzusparenden Lohnkosten nach und hat im Vergleich mit dem Aufwand an Investitionskosten zwar nicht mehr den sachlichen Grund vor Augen, warum und inwiefern Maschinen und Automaten den menschlichen Arbeitsaufwand reduzieren, dafür aber seinen maßgeblichen ökonomischen Grund, solche Gerätschaften verwenden zu lassen. Er rechnet allen Ernstes so, als profitierte sein Geschäft gar nicht von der Arbeit, die er *anwendet*, sondern von der, die er *einspart*; so als wäre die Produktionstätigkeit, die er noch bezahlen muß, gar nicht sein Erfolgsmittel, sondern eine pure Belastung seiner Bilanz: ein noch unbereinigter Restposten, ein noch nicht wegrationalisierter Restbestand an Lohnstückkosten, die im Vergleich zu den gewaltigen Auslagen für produktivitätssteigernde Maschinerie zu hoch ausfallen.

Die Verrücktheit dieser Rechnung kann das Kapital sich leisten, weil sein Interesse darin unübertrefflich auf den Punkt gebracht ist. Es braucht sich ja wirklich nicht dafür zu interessieren, aus welcher Quelle es selber und seine Vermehrung stammt. Für seine Vermehrungs- und Konkurrenzbedürfnisse langt es vollständig, wenn es die Gesichtspunkte in die Tat umsetzt, unter denen seine Produktionskosten sinken. Denn genau so, mit seinem bornierten Kampf gegen den Kostenfaktor Lohn, bringt es zwar nie wirklich das Kunststück fertig, aus *nicht* gezahlten Löhnen und *ingesparter* Arbeit *mehr Gewinn* zu machen. Die Arbeit jedoch, *die es anwendet*, macht es sich auf genau diese Weise zum Mittel seines Konkurrenzkampfes zurecht. Was freilich nicht ganz dasselbe ist wie ein ungebrochen steigender Gewinn. Die Sache hat nämlich einen gewissen Haken.

c) Sämtliche „arbeitsparenden“ Investitionen sparen deswegen Lohn, weil sie die angewandte Arbeit produktiver machen: Immer weniger Arbeit steckt im einzelnen Produkt; pro Lohnzahlung steigt die verkäufliche Warenmenge. Das steigert den Gewinn pro Stück, solange das Unternehmen den zuvor bestehenden Marktpreis kassiert. Doch davon bleibt nicht mehr viel übrig, wenn der Preisvorteil benutzt wird, um die Konkurrenz zu unterbieten; und eine höhere Gewinnspanne stellt sich gar nicht erst ein, wenn das Unternehmen mit seiner Produktionskostensenkung einem sinkenden Marktpreis hinterherläuft, den andere durch dieselben Maßnahmen herbeigeführt haben. Mit dem bezahlten Arbeitsaufwand reduzieren die Kapitalisten eben auch den Verkaufspreis der Ware – und damit die Gewinnsteigerung, um die es ihnen doch geht. So recht auf seine Kosten kommt nur, wem es gelingt, Konkurrenten aus dem Markt zu werfen und deren Absatz zu übernehmen; der macht wirklich mehr Gewinn – auf Kosten des Verlierers. Denn insgesamt und für alle wächst die Möglichkeit des Gewinnemachens nicht, wenn durch Lohneinsparung der Stückpreis sinkt: Der Erfolg des einen beschränkt die Erfolgsmöglichkeit anderer. Die autonomen Anstrengungen aller Anbieter, *sich* in immer größerem Maß zu bereichern, steigern in ihrer Stoßrichtung gegeneinander nicht die Macht ihres produktiv angelegten Eigentums insgesamt, Überschüsse hervorzubringen. So läßt ausgerechnet der ausschließende Charakter ihres Gewinnstrebens die Unternehmer ihre Zusammengehörigkeit spüren, die in der *Identität ihrer Erwerbsquelle* liegt: Als selbständige, unternehmungsfreudige Privateigentümer schließen sie einander von *dem Gewinn* aus, der sich durch den Einsatz von Kapital jeweils *überhaupt* machen läßt; *als Konkurrenten* verfügen sie in *ihrem* Unternehmen über *Teile des* gewinnträchtig eingesetzten kapitalistischen Reichtums. So *existiert* die Abstraktion: *das Kapital* - als Erwerbsquelle, an der alle kapitalistischen Unternehmer teilhaben und deren eigentümliche Paradoxien sie in ihrer Konkurrenz praktizieren: Hier eben die: Mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit sinkt der Erlös pro Ware, deren realisierbarer Wert.

Dieses Paradox ist die notwendige Folge des Kampfes, den die kapitalistischen Arbeitgeber um ihrer Konkurrenzfähigkeit willen gegen die Lohnkosten führen. Keine Frage, ihre Ausbeute aus der bezahlten Arbeit steigt: Wenn bei geringeren Lohnstückkosten die Differenz zwischen Stückkosten und Marktpreis, also der Gewinn pro Ware auch nur annähernd gleichbleibt, dann schafft eben ein kleinerer Lohnaufwand ihnen den gleichen, eine gegebene Lohnsumme einen größeren Überschuß. Nur haben sie eben damit auch einiges von der Arbeit eingespart, die ihnen

so schöne Überschüsse beschert – pro Ware, was sich an deren verringertem Verkaufswert zeigt, wie auch insgesamt, bezogen auf das absetzbare Gesamtprodukt, mit dem alle Konkurrenten zusammen weniger Geld Erlösen als zuvor. Wenn sie ihren Reichtum so tatkräftig aus der Lohnersparnis herleiten, dann können Kapitalisten eben auch nicht beides zugleich haben: *mehr* Ertrag *aus* der Arbeit *und mehr* oder auch nur gleichviel *Arbeit*, die Ertrag bringt.

Damit nicht an dieser Stelle noch Mißverständnisse auftreten: Den Unternehmern, die seit Menschengedenken rationalisieren wie die Teufel, wird hier keine falsche Strategie vorgeworfen – sie tun schon das Ihre. Sie tun es so konsequent, daß gerade der Fortschritt, den sie zustandebringen, schon wieder und ziemlich grell das gespannte Verhältnis zwischen der Produktivkraft der Arbeit, derer sie sich bedienen, und dem Erwerbszweck, für den sie sie einsetzen, beleuchtet. Produktivere Arbeit heißt ein für allemal und eben auch im Kapitalismus, daß fürs einzelne Produkt – und für die Erhaltung der Gesellschaft insgesamt gilt dasselbe – *weniger Arbeit notwendig* ist; *daran* ändert auch das kapitalistische Eigentum nichts, das nur auf die *bezahlte* Arbeit starrt und nichts als sinkende Lohnkosten will. Dieser Effekt, der unter Gebrauchswertgesichtspunkten, also in der Planwirtschaft uneingeschränkt gut und richtig und gerade so gewollt wäre, *kollidiert* jedoch mit dem marktwirtschaftlichen Interesse des Kapitals, *möglichst viel* zu verkaufen, also dauernd immer mehr Zeug herstellen zu lassen und vom „Markt“ per Bezahlung bescheinigt zu kriegen, daß die vorhandene Kaufkraft darauf gerade noch gewartet hat; denn dieses Interesse fordert gebieterisch, *immer mehr Arbeit* einzuspannen. Freilich: eigentumswirksam; also bedarfsgerecht für die *Konkurrenz um Gewinn*. Und weil Kapitalisten hier in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber allesamt zielstrebig die Lohnkosten als die am leichtesten und am effektivsten komprimierbare Größe entdecken, beschränken sie mit ihrem antagonistischen Gewinnstreben eben die notwendige Arbeit, von der sie gar nicht genug unter ihr Kommando kriegen können.¹¹⁾

11) Was an Arbeit notwendig ist, um die Leute zu erhalten, die die Arbeit tun und dafür einen Lohn kriegen müssen, kann für Kämpfer gegen den Kostenfaktor Lohn gar nicht geringfügig genug sein. Das schließt ein, daß die Arbeiter mit ihrem Lohn auch auf das für ihre Erhaltung Notwendige beschränkt bleiben: Sinkende Lohnstückkosten bieten die Gewähr, daß die Arbeit, die zur Produktion des Gegenwerts ihres Lebensunterhalts nötig ist, mit steigender Arbeitsproduktivität gegen Null geht. Das ist die Kehrseite der Gewinnsteigerung pro Lohneinheit, von der schon die Rede war; und von ein paar Konsequenzen für die Lohnarbeiter wird in Punkt 3. dieses Kapitels noch die Rede sein. Eine andere Konsequenz deutet sich hier aber auch schon an: Die zur Erhaltung der Arbeiter ‚notwendige Arbeit‘ ist nicht ganz ohne Bezug zur marktwirtschaftlich ‚notwendigen Arbeit‘ in dem andern Sinn: daß der Verkauf eines Produkts die Arbeit, die auf seine Herstellung verwendet worden ist, als „gesellschaftlich notwendig“ erweist; dadurch nämlich, daß der Erlös den Gewinn realisiert, ohne den die Arbeit eben umsonst, also gesellschaftlich überflüssig war. Kein Zweifel, der Kapitalismus trennt beide Bedeutungen von ‚notwendig‘ so gründlich, wie es nur geht: Was zum Unterhalt der Arbeiter nötig ist, soll mit den Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Lebens, die die Kapitalisten mit ihren Waren bedienen wollen, denkbar wenig zu tun haben. Aber daß die Kapitalisten flott immer mehr verkaufen, während sie gleichzeitig die Masse ihrer Gesellschaft auf einen mit den Lohnstückkosten sinkenden Bruchteil des gesellschaftlichen Reichtums, nämlich des verfügbaren Geldes beschränken, das ist nicht bloß für die Produzenten von „Massenware“ ein Problem, sondern steht zum Bemühen der Unternehmer insgesamt um immer mehr Verkauf in einem

So setzen sie einen unheilbaren Widerspruch in ihre verkehrte Welt, in der der Reichtum nicht in den produzierten Gütern besteht, sondern im geldwerten Eigentum daran, und in der folglich die Schaffung von Reichtum nicht im materiellen Nutzen der geleisteten Arbeit ihr Maß hat, sondern in deren purer Menge abzüglich des Arbeitsquantums, das für die Produktion des Gegenwerts der gezahlten Löhne nötig ist: Für die Vergrößerung dieser alles entscheidenden Differenz gibt es kein wirksameres Mittel als ausgerechnet die Minderung der Arbeitsmenge, die zur Herstellung einer Ware im besonderen und von verkäuflicher Ware überhaupt im allgemeinen benötigt wird. Oder umgekehrt: Die Verminderung des materiellen Arbeitsaufwands für die Warenproduktion wird von allen kapitalistischen Arbeitgebern als *das* probate Mittel zur Vermehrung ihres Eigentums eingesetzt, welches selber doch gar keine besonderen Produkte zum Inhalt hat, sondern in der Aneignung von Arbeit überhaupt besteht. In ihrem Drang, die Lohnkosten zu senken, um ihr Eigentum flotter zu vergrößern, machen die Helden der Marktwirtschaft die Arbeit in ein und derselben Operation ertragreicher und sparen sie ein; indem sie bezahlte Arbeit wegrationalisieren, stacheln sie die Quelle ihres Reichtums zu größerer *Ergiebigkeit* an und *reduzieren* sie zugleich.

d) Es ist für die Arbeitgeber ein Glück, daß sie anders rechnen. Sie bringen es in ihrer Kalkulation mit den gewinnsteigernden Wirkungen einer Lohnstückkostensenkung ohne jede Schwierigkeit fertig, Gewinn *pro Lohnkost* zu veranschlagen, ohne auch nur von der Ahnung gestreift zu werden, daß der Gewinn dann vielleicht auch *aus* der *Lohnarbeit* resultiert – irgendwie... Stattdessen sind sie so frei, ihre Überschüsse zu jedem beliebigen Posten ihrer Aufwandsrechnung in Beziehung zu setzen; das ist ja überhaupt der Ausgangspunkt ihrer Kalkulation mit der gewinnsteigernden „Ersetzung“ von Lohnkosten durch Kapitalinvestitionen sowie Motiv und Gesichtspunkt ihres nie erlahmenden Rationalisierungseifers. Den Endpunkt markiert die unternehmerische Gewinnrechnung, die den erwirtschafteten Überschuß an den Gesamtauslagen des Unternehmens mißt und daraus das bindende Erfolgskriterium verfertigt: Im Verhältnis zu den Kosten des gesamten Betriebs muß der Gewinn eine „konkurrenzfähige“ prozentuale Höhe erreichen; sonst hat die ganze Veranstaltung sich nicht bewährt, und der Konkurrenzkampf um Profit ist verlorengegangen.

Was diese „Aufwands- und Ertrags-Rechnung“ auf der Kostenseite alles zusammenzählt, enthält zwei in der Sache reichlich inkommensurable Posten: Zu den Kosten für weniger Arbeit, die mit ihrer technisch weiterentwickelten Produktivkraft mehr Gewinn hergegeben hat – festgehalten in den abgesenkten Lohnstückkosten –, addiert sie den dafür getätigten Investitionsaufwand, an dem sich die gestiegene

gewissen Widerspruch.

Dieser Widerspruch beginnt damit, daß die Reduzierung der zur Reproduktion des Arbeitslohns ‚notwendigen Arbeit‘ für die Kapitalisten ein Kampfmittel in der Preiskonkurrenz ist und deswegen mit der Reduzierung der im Marktpreis zu realisierenden ‚notwendigen Arbeit‘ einhergeht; woran sich zeigt, daß fürs Kapital Mobilisierung und Einsparung seiner eigenen Quelle identisch ist. Daß das nicht gutgehen kann, liegt offen zutage: Den Lohnabhängigen bekommt dieser Widerspruch überhaupt nicht.

Ausbeute aus der effektivierten Arbeit kräftig relativiert. In der Summe, die als Gesamtnenner des Betriebserfolgs zur Ermittlung der Profitrate des Unternehmens¹²⁾ führt, präsentiert diese Rechnung das – einigermaßen paradoxe – Ergebnis, zu dem die unermüdliche Anstrengung, „teure“ Lohnkosten durch „billigeres“ Kapital zu „ersetzen“, folgerichtig geführt hat: *Immer mehr Auslagen* sind nötig, um *immer weniger Arbeit immer ergiebiger* zu machen resp. *an der immer ergiebigeren Arbeit zu sparen*. Statt hemmungslos mehr Überschuß abzuwerfen, führen die ertragssteigernden Investitionen dazu, daß die *Konkurrenz um Gewinn immer kostspieliger* wird, so daß die Größe, auf die doch alles ankommen soll: die *Unternehmensrendite*, durch die aufwendigen Methoden zu ihrer *Steigerung beschränkt* wird.¹³⁾

Kapitalistische Arbeitgeber ziehen aus diesem Paradox die einzig systemgemäße Folgerung. Voller Selbstlob für die Großzügigkeit, mit der sie ihren Leuten nur das Beste zukommen lassen, und mit einem unüberhörbaren Unterton von Beschwerde über deren Undankbarkeit geben sie bekannt, daß *konkurrenzfähige Arbeitsplätze*

- 12) Mit „Profitrate“ ist hier nicht die notwendige Beziehung zwischen Wertgrößen – das Verhältnis zwischen Mehrwert und gesamtem angewandtem Kapital – gemeint, die Marx im Begriff der Profitrate bestimmt, sondern bloß das Ergebnis der unternehmerischen Bruchstrich-Rechnung, die den ausgewiesenen Unternehmensgewinn am Aufwand mißt – oft wird auch lieber der Umsatz als Bezugsgröße hergenommen, um mit der winzigen Prozentzahl, die dann herauskommt, über zu hohe Löhne Beschwerde zu führen. Allerdings sind die Überschußverhältnisse, die die kapitalistischen Produzenten in ihrer Konkurrenz gegeneinander hinkriegen, genauso wenig beliebig wie die Marktpreise, zu denen sie, ein jeder nur für sich, verkaufen: In ihrem Durchschnitt und dessen Bewegung macht sich der Kapitalismus-eigene Widerspruch zwischen der Produktivkraft der Arbeit und dem Aufwand für deren Steigerung als Regulativ bemerkbar.
- 13) Mit dem Realen Sozialismus ist es zwar vorbei; aber wer sich posthum für dessen Fehler interessiert, in dem sich wesentliche Verrücktheiten der Marktwirtschaft „widerspiegeln“, dem wird an dieser Stelle ein einschlägiges Dogma der realsozialistischen Planungswissenschaft einfallen. Der Widerspruch, von dem hier die Rede ist, liegt demnach in der Natur der Sache, nicht des Kapitalismus; weil nämlich die technische Effektivierung der Arbeit allemal einen Aufwand bedeute, welcher stets aus den Erträgen der geleisteten Arbeit zu bestreiten sei, folglich einen Abzug von deren Ertrag darstelle und somit in einem Widerspruch zum beabsichtigten Effekt stehe, was den Planern und Leitern viel zu tüfteln gab... Tatsächlich haben die Realen Sozialisten sich mit ihrem Kernsatz vom widersprüchlichen Charakter der „wissenschaftlich-technischen Revolution“, die es zu „bemeistern“ gelte, zu einer Absurdität bekannt, die im Kapitalismus ganz ohne Theorie und Dogma Praxis ist: Dort, *unter dem Regime des Eigentums*, gerät das denkbar schlichte Verhältnis von Zweck und Mittel, von technischem Aufwand und Größe des Ertrags, zum Widerspruch. Die technische Seite der Angelegenheit für sich genommen, also wirklich planwirtschaftlich gesehen, ist es völlig unsinnig, die Herstellung von Werkzeugen, Maschinen oder Automaten als Abzug vom und Gegensatz zum damit erreichten Ergebnis der Arbeitserleichterung aufzufassen – es sei denn, man macht den Unsinn und konstruiert mit großem Aufwand unzweckmäßige Arbeitsmittel. Im Kapitalismus *sind* Investitionskosten eine *Schranke* des Überschusses und müssen sich durch dessen *Erhöhung* rechtfertigen. Tritt dieser Effekt nicht in ausreichendem Maße ein, dann geraten schon wieder alle Bestandteile des Kostpreises in die unternehmerische Kritik – und der probate Ausweg steht auch schon fest: Die Einsparung von Arbeitskosten hat immer noch nicht gelangt. So treibt der Gegensatz, den die kapitalistische Kalkulation mit dem „technischen Fortschritt“ aufmacht, sich selbst voran. – Und darin wollten die Realen Sozialisten den Kapitalismus „ein- und überholen“.

immer teurer werden.¹⁴⁾ Und machen so gleich klar, wen sie für ihren Widerspruch haftbar machen: Die Arbeit wird unter die Bedingung gestellt, nur noch dann ihren Lohn wert zu sein, wenn sie mit ihren Lohnstückkosten den gesamten Unternehmensaufwand rentabel macht. Für Unternehmer eine völlig logische Sache: Den ganzen Aufwand haben sie nur betrieben, um Arbeitskosten zu sparen; also muß sich an den verbliebenen Arbeitskosten auch erweisen, daß dieser Aufwand sich gelohnt hat: Durch einen in einer hübschen Prozentzahl zusammengerechneten Überschuß über den Gesamtvorschuß einschließlich des Investitionsaufwands muß die noch benötigte Arbeit ihre Bezahlung rechtfertigen. In einer griffigen Formel zusammengefaßt: *Arbeit muß rentabel sein* – sonst findet sie nicht statt.

So machen kapitalistische Arbeitgeber die selbstgeschaffenen Drangsale ihres Kapitalwachstums zu Bedingungen der Lohnarbeit. Entsprechend sieht dieser Produktions- und Kostenfaktor aus.

3.

Eins steht von vornherein fest: Von dem technischen Fortschritt, den das Kapital in die Arbeitswelt einführt, kommt denen, die für Lohn die Arbeit tun, nichts zugute. Wie auch. Schließlich ist Kostenentlastung der Zweck und das Kriterium aller Maßnahmen, mit denen die Unternehmer die Ergiebigkeit der Arbeit steigern. Und das heißt, bloß anders ausgedrückt: Weniger vom geschaffenen Wert, der im Marktpreis der Ware sein Maß hat, geht als Lohnstückkosten an die Arbeiter. Es ist keine zusätzliche Gemeinheit, sondern das Prinzip dieses Fortschritts, daß die Steigerung des „Output“ die bezahlten Kräfte nicht erreicht. Die bleiben mit der Arbeit, die für den Unternehmensgewinn notwendig ist, und der Vergütung dafür, die sich nach derselben Notwendigkeit richtet, von einem immer gewaltigeren Eigentum ausgeschlossen; der Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie mit ihren zusammengezählten Lohnstückkosten verfügen, sinkt mit dem Produktivitätswachstum. Sie müssen schon massiv Druck machen und außerdem von der allzuständigen Aufsichtsbehörde, dem Staat, in dem einen oder anderen ihrer Belange Recht bekommen, um mit den neuen gesellschaftlichen Lebensbedingungen auch neue eigene Lebensnotwendigkeiten anerkannt und vergütet zu kriegen. So gehen dann im Laufe der Zeit immer mehr und andere Artikel in den durchschnittlichen Volkswohlstand ein,¹⁵⁾ ohne daß den Lohnarbeitern damit jemals mehr gesichert wäre als ihre Reproduktion: die Chance, den anspruchsvollen Vorgaben eines modernen Arbeitsplatzes nachzukommen und sich dabei noch als staatlich beanspruchter Volkskörper intakt zu halten. Das „Reich der Freiheit“, nämlich des die Reproduktionsnotwendigkeiten überschreitenden Reichtums, das sich mit jeder Produktivitätssteigerung für die gesamte Gesellschaft erweitern könnte, gehört tatsächlich dem kapitalistischen Eigentum und wird von dessen widersprüchlichen Wachstumsnotwendigkeiten regiert.

14) Da wissen die Unternehmer mit all ihrem arbeitssparenden Fortschritt auf einmal genau, daß sie ihre Überschüsse eben doch nicht der Arbeit verdanken, die sie nicht mehr stattfinden lassen.

15) Unter der Patronage von Gewerkschaften und Sozialstaat hat es die Arbeiterklasse in den arbeiterfreundlichsten Nationen glatt vom Schrebergärtner zum VW-Besitzer gebracht – soviel zur Illustration des hier dargelegten Prinzips.

Deswegen ist den Leuten mit der abhängigen Erwerbsarbeit nicht einmal ihre Reproduktion sicher. Die Rechnung mit den ersparten Lohnkosten hat nämlich, nur noch ein wenig anders betont, auch die Bedeutung: Für den Warenwert, den ein Arbeitgeber zustandebringen läßt und verkaufen kann, benötigt er weniger bezahlte Arbeit; Entlassungen sind die Folge. Die unterlegenen Konkurrenten haben für bezahlte Arbeit gleich gar keine Verwendung mehr; also gibt es noch mehr Entlassene – die damit freilich überhaupt nicht aus dem Zwang der Erwerbsarbeit entlassen sind, der Nötigung nämlich, irgendeine Arbeit zu „finden“. Das Ergebnis ist die absurde ökonomische Figur des *Arbeitslosen*. Absurd deshalb, weil die Tatsache, daß so viele Leute nicht gebraucht werden, eine Folge der Errungenschaft ist, daß für immer mehr Güterproduktion immer weniger Arbeitsmühe und Arbeitszeit erforderlich sind, diese Errungenschaft aber für die „Freigesetzten“ gar keine ist. Deren ganze Freiheit besteht in der Notwendigkeit, wieder von einem Arbeitgeber gebraucht zu *werden*, was nicht bloß grammatikalisch eine passive Haltung ist und gar nicht in ihrer Macht liegt; und das auch noch gegen den Trend, der sie gerade ihre Erwerbsquelle gekostet hat. Sie unterliegen einer Nötigung, ohne ihr entsprechen zu können – außer mit dem trostlosen Bemühen, zu dem sie freilich von allen Seiten ermuntert werden und in der Tat auch angehalten werden müssen: sich zum freibleibenden Angebot für allfälligen Kräftebedarf herzurichten.

Wer das Glück hat, eine Arbeit zu finden oder zu behalten, der wenigstens spürt an seinem kostenaufwendigen Arbeitsplatz hautnah etwas vom technischen Fortschritt. Allerdings nicht in der Form, daß die Arbeit bequemer würde und gelassener angegangen werden könnte. Herausgekürzt aus dem industriellen Alltag hat sich allenfalls der rohe Kraftaufwand – mangels Rentabilität. Dafür stehen teure Maschinen da, die ganz eigene ökonomische Anforderungen an die Leute richten, die sie bedienen. Die dafür investierten Summen belasten die Profitrechnung des Unternehmens nämlich umso mehr, je länger sie in Gestalt noch nicht abgeschriebener Produktionsanlagen festliegen, also noch nicht über den Verkauf der damit herzustellen den Waren wieder als Geldsumme verfügbar geworden sind. Solange droht ihnen sogar eine ganz heimtückische Art der Entwertung: durch Konkurrenten, die mit besseren Verfahren schon wieder eine lohnende Senkung der Lohnstückkosten fertiggebracht haben; denn dann genügt die an den vorhandenen Anlagen verrichtete Arbeit nicht mehr den geltenden Rentabilitätsvorgaben, und die Produktionsmittel selber büßen mit ihrer Tauglichkeit für den Unternehmenszweck jeden Wert ein. Rascher Umschlag des investierten Kapitals ist daher eine gebieterische betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, der die Arbeiter erstens durch die Erfüllung höchster Vorgaben beim *Arbeitstempo* zu genügen haben; wie von selbst paßt dann sogar mehr Arbeit in die bezahlte Arbeitsstunde hinein, und das Unternehmen kann sich, außer über beschleunigten Umschlag, schon wieder über eine Lohnkostenentlastung freuen. Die andere komplexe Arbeitstugend, die fortschrittliche Arbeitgeber ihren Leuten zum Sachzwang machen, weil sie selber dem Sachzwang des kostenmindernden Kapitalumschlags unterliegen, heißt nach der gängigen Sprachmode *Flexibilität*. Sie betrifft zum einen den Inhalt der Arbeit. Mit der Festigkeit einstiger „Berufsbilder“ hat das Arbeiten schon längst nichts mehr zu tun; ganz zu schweigen von einem Zusammenhang zwischen erlernten Fertigkeiten und verlangten Tätigkeiten, den die sogenannte Berufsausbildung fingiert. Im dauernd umgemodelten „Job“

ist die Abstraktheit der wertschaffenden Arbeit konkreter Arbeitsalltag. Gleiches gilt für die Arbeitszeit: Deren Länge, die Aufteilung auf Tag, Woche und Jahr, der Wechsel zwischen Freizeit, Dienst und Arbeitsbereitschaft, das alles ergibt sich aus den Maschinenlaufzeiten, die erstens keine arbeitnehmerbedingten Unterbrechungen erleiden dürfen und zweitens immer genau dann unterbrochen werden müssen, wenn es für so bedeutende Rechenposten wie die Auftragslage, die Verkaufskonjunktur, die Lagerhaltung usw. nützlich erscheint.

Der Anpassungszwang, den die Manager der zeitgenössischen Arbeitswelt arrangieren, trifft auf extrem viel Anpassungsbereitschaft. Nicht, weil postmoderne Arbeitnehmer sich schon immer ein Dasein als Anhängsel der Maschinen gewünscht hätten, sondern weil sie seit jeher dieselbe Rechnung anstellen; nicht aufgrund einer fürstlichen Entlohnung, sondern aus dem entgegengesetzten Grund: Das Geld langt nie. Das kapitalistische Hauptgebot der Lohnstückkostensenkung hinterläßt seine Spuren am individuell verdienten Lohn, der außerdem dauernd auf dem Spiel steht. Die erworbene Summe schrumpft unter dem Zugriff des Staates; umso mehr, je geringer die gesamtgesellschaftlich zusammengezählte Lohnsumme ausfällt, aus der der Fiskus sich bedient und die Sozialpolitik – bis auf weiteres – ein gewisses Existenzminimum für immer mehr Arbeitslose finanziert. Private Finanznöte gehören also zum Lebensstandard und nötigen die Betroffenen praktisch zum dauernden Versuch, ihrer Erwerbsquelle eine Extravergütung abzurufen – oder wenigstens, auch um den Preis weiteren Verzichts, ein Stückchen „Arbeitsplatzsicherheit“. So stabilisiert die Untauglichkeit des Lohnsystems als Lebensmittel der Entlohnten deren Bereitschaft, den eigenen Aufwand an Zeit und Kraft und Gesundheit – immerhin die Bedingungen des Gebrauchswerts, den das eigene Leben für den Menschen selber hat – gleich von vornherein gar nicht als Aufwand, sondern als belastbares eigenes Erwerbsmittel zu taxieren.

Zum wirklich tauglichen Gebrauchswert wird die Arbeitskraft damit für den Arbeitgeber, der sie bezahlt. In dessen Konkurrenzkampf ist sie eingespannt, so als läge es an den Lohnarbeitern, am Ende an ihrem Verzicht auf Überstundenzuschläge und ihrer Bereitschaft zu Sonntagsschichten, ob dieser Kampf, der natürlich immer „um Arbeitsplätze“ geht, gewonnen oder verloren wird; dabei haben sie außer ihrer *benutzbaren Arbeitskraft* überhaupt nichts einzubringen, geschweige denn zu entscheiden. Alle Freiheit, die Lohnarbeit, Quelle jeglichen Eigentums, zum Konkurrenzmittel herzurichten, liegt bei den Unternehmern. Deren einschlägige Ansprüche wachsen mit den eingesetzten Mitteln.

Und die sind interessanterweise noch weit größer als alles, was kapitalistische Warenproduzenten aus ihren Belegschaften herausholen.

IV.

Zur Effektivierung ihres Konkurrenzmittels, der Arbeit, setzen die Arbeitgeber nicht bloß eigene Geschäftserlöse ein, sondern Schulden. Mit geliehenem Geld und akzeptierten Zahlungsverprechen verschaffen sie sich die Freiheit, über das Maß ihres Vermögens und der jeweils erwirtschafteten Überschüsse hinaus ihre Produktion kontinuierlich fortzuführen, sie auszuweiten und ihre Rentabilität zu steigern. Zum eigenen Geschäftszweig verselbständigt, befähigt

der Kredit die Unternehmer dazu, für ihre Konkurrenz um Marktanteile gewaltige Investitionen zu tätigen und alle Schranken zu ignorieren, auf die sie dabei stoßen. Der Zugriff auf Leihkapital wird damit freilich zur notwendigen Geschäftsbedingung, somit der Gewinn zum Mittel, um an fremdes Eigentum heranzukommen, und Kreditwürdigkeit zum Kriterium, also zum Zweck des Geschäfts.

Den Geldbesitzern, die ihr Eigentum in fremde Geschäfte stecken, steht dafür ein Anteil am Unternehmensgewinn zu, und zwar in vorab festgelegtem Verhältnis nicht zum tatsächlichen Ertrag, sondern zur hergeliehenen Geldsumme. Indem sie das Geschäft ihrer Schuldner fördern, machen die Gläubiger es zum Mittel der Vermehrung ihres Geldes. Das ist die Ausgangsbasis eines eigenständigen kapitalistischen Geschäftszweigs, der professionell Geld verleiht und dabei im Hinblick auf die Bedienung seiner Ansprüche an den Gewinn der verschuldeten Unternehmerschaft bemerkenswert frei mit dem verliehenen Geld kalkuliert: Ihre Forderungen an ihre Schuldner rechnen sich die Finanzkapitalisten als verfügbares zinstragendes Vermögen, die versprochene Zahlung als verwendbares Eigentum an. Auf diese Weise „schöpfen“ sie den Kredit, mit dem sie die Unternehmer ausstatten und zu Geschäften befähigen, die nun allerdings auch dieser spekulativen Vorgabe entsprechen müssen: Sie haben den vorweggenommenen Ertrag zu erwirtschaften und dadurch die Gleichsetzung von Gewinnerwartung und kapitalistischem Vermögen, auf der die enorme Leistungsfähigkeit des Kreditgewerbes beruht, wahrzumachen.

Die Arbeit, die das wirkliche Eigentum schafft, wird damit für geschäftliche Zwecke in Anspruch genommen, die noch jenseits des widersprüchlichen Kriteriums einer die Rentabilität des Unternehmens verbürgenden Produktivität liegen: Ihre Erträge müssen dem Unternehmen seine Kreditwürdigkeit, dem Kreditgeber die Einlösung seiner geldschöpferischen Spekulation sichern. Der Leistung, die der Arbeit damit abverlangt wird, widerspricht allerdings die überaus beschränkte Zahlungsfähigkeit, die die der verlangten Leistung entsprechende Bezahlung der Arbeit in der Gesellschaft entstehen läßt. Der Anspruch der Kapitalisten, immer mehr Kredit in rentabel eingesetztes Kapital zu verwandeln, scheitert periodisch an der Unmöglichkeit, die dazu nötigen Gewinne zu realisieren. Auf dem Wege verschärfter Konkurrenz, zwischen den Warenanbietern wie zwischen gewerblichen Unternehmern und Kreditgebern, setzt sich dann eine Entwertung des kreditfinanzierten Kapitalvorschusses der Kapitalistenklasse insgesamt durch; angesammeltes Eigentum findet fürs Erste keine lohnende Anlage mehr. Für diesen Schaden haftet, systemgemäß, die andere Klasse: Der letzte zweckdienliche Gebrauch des „Faktors Arbeit“ besteht in seiner Stilllegung. So ergibt sich stets von neuem das bekannte Krisenszenario eines „unvermittelten Nebeneinander“ von ganz viel überschüssigem Geldvermögen und einem gewaltigen Überschuß an lohnabhängiger Erdbevölkerung.

1.

Ein Geschäftsleben findet, wie jeder weiß, nicht bloß an den Märkten statt, auf denen unternehmungsfreudige Arbeitgeber die Ware, die sie haben produzieren lassen, profitbringend zu Geld machen. Die eindrucksvollsten Abteilungen kapitalisti-

scher Erwerbstätigkeit sind in den Börsensälen zu Hause, wo das Fernsehpublikum den Brokern bei der Produktion von Zickzack-Kurven zusehen darf, oder spielt sich gleich elektronisch in jenen sagenhaften Computern ab, die in Sekundenschnelle Multimilliardenbeträge rund um den Globus verschieben. Das schnellste Geld jedenfalls und die größten Vermögen werden in Sphären gemacht, wo die Geldbesitzer bzw. deren Agenten ganz unter sich sind, und mit Papieren, auf denen nichts als höchst spekulative Erfolgsversprechen notiert sind.

Das alles ist, wie abgehoben auch immer von jeder schlichten Warenproduktion und -zirkulation, dennoch nicht ohne Bezug auf die Abteilungen der kapitalistischen Ökonomie, die im Kontrast dazu „Realwirtschaft“ heißen. Wenn eine Bank wegen Fehlspekulationen zusammenbricht oder umgekehrt ein Aktienkurs in ungeahnte Höhen steigt, dann rechnet jeder mit materiellen Auswirkungen auf Industrie und Handel, auch wenn gar nicht klar ist, mit welchen. Umgekehrt kann „Vollbeschäftigung“, worunter man mittlerweile alle einstelligen Arbeitslosenquoten versteht, einen ganzen nationalen Aktienindex herunterdrücken, weil z.B. wegen der Vollbeschäftigung höhere Löhne, wegen der Löhne mehr Inflation, wegen der Inflation höhere Zinsen und wegen der Zinsen sinkende Aktienkurse befürchtet werden – ganz gleich, wie verkehrt jedes dieser vier „wegen“ in der Sache ist; eine Massenentlassung wiederum kann Kurssprünge nach oben auslösen, weil ein Börsenmakler darin ein Signal für mehr Rücksichtslosigkeit beim Profite-Steigern erblickt und zwischen der Maßnahme und ihrem Erfolg nicht unterscheiden mag; usw.

*Daß die verselbständigte Welt der Spekulation auf zinstragende Schuldscheine und ähnliches Zeug etwas mit der Arbeitswelt zu tun hat, wird also allgemein angenommen. Gemeingut ist auch die Erkenntnis, daß diese Beziehung von seltsamer Natur, undurchschaubar und nicht selten von einem überraschend offenen Zynismus geprägt ist. Weniger geläufig dürfte sein, *inwiefern* sich mit dem Kredit das kapitalistische Regime des Eigentums über die Arbeit der Gesellschaft vollendet.*

2.

Jeder Unternehmer gerät in seiner Geschäftstätigkeit an seine Grenzen: Beim Einsatz verfügbarer Gelder für seinen Konkurrenzkampf erweist sich sein Vermögen allemal als zu klein. Es hilft nichts, daß es wächst: Wenn es investiert ist, liegt es erst einmal fest und steht für eine „flexible Reaktion“ auf die Konkurrenzlage nicht zu Gebote; es fehlt für womöglich unabdingbare, weil von der Konkurrenz diktierte Rationalisierungen; und Investitionen, die durchschlagenden Erfolg versprechen, kosten ohnehin regelmäßig weit mehr, als sich vom einlaufenden Ertrag abzweigen läßt. Es ist also nicht bloß so, daß kapitalistische Unternehmer allemal gerne mehr verdienen und dafür mehr „unternehmen“ würden; ihr Eigentum ist wegen seiner begrenzten, im Vergleich zu den Konkurrenten sehr relativen Größe auch nie die optimale Konkurrenzbedingung, die es sein soll.

Der Kredit: die Anerkennung zukünftiger Geschäftserträge als gegenwärtige Zahlungsfähigkeit durch andere Kapitalisten, hilft über diese Schranke hinweg. So machen die in Produktion und Handel engagierten Kaufleute einander „Liquidität“ verfügbar, die sie noch gar nicht verdient haben, indem sie terminierte Zahlungsverprechen gegen ein kleines Entgelt in Zahlung nehmen, verschaffen sich also eine

gewisse Unabhängigkeit von den zeitraubenden Mühseligkeiten des Verkaufens. Und zur Finanzierung von Investitionen stehen, gleichfalls für eine gewisse Gage, Geldbesitzer mit Leihkapital bereit: Das Vertrauen anderer auf zukünftige Konkurrenzenerfolge mobilisiert aktuell einsetzbare Mittel für den Kampf um entsprechende Erfolge. So steigert der Kredit die Potenz kapitalistischer Arbeitgeber, rentabel arbeiten zu lassen, indem er sie aus der Abhängigkeit von bereits errungenen Konkurrenzenerfolgen und verdienten Überschüssen befreit. Und weil das zu Konkurrenz-zwecken geschieht, kommt kein Unternehmen um den Gebrauch der Dienste des Kredits herum: Er ist in der Geschäftswelt allgegenwärtig.

Damit steigen natürlich auch die Ansprüche an den Gewinn, den die mit fremdem Eigentum flottgemachten Warenproduzenten am Markt erwirtschaften müssen. Auch der Zahlungsaufschub will ja entgolten sein, das geliehene Kapital vermehrt werden; in der im Zinssatz festgelegten Proportion. Die kapitalistische Rechenart, nach der es gar nicht weiter darauf ankommt, daß die Arbeit neues Eigentum schafft, sondern nach der das *Kapital sich* vermehrt, wird hier zum Inhalt des Geschäfts. Daß die Unternehmer den gemachten Gewinn am Gesamtvorschuß messen, wird umgekehrt zum Anspruch und verbrieften Anrecht des Kreditgebers auf eine vorweg festgelegte Zuwachsrate seines hergeliehenen Geldes, die aus dem Gewinn bestritten werden muß, ganz gleich, in welcher Höhe und Rate und ob er überhaupt zustandegewonnen ist. Der Erfolg, den das Unternehmen mit Zahlungsaufschub bzw. geliehenem Geld sichern, fördern und vergrößern will, wird zum rechtlich abgesicherten „Sachzwang“ für das kreditierte Geschäft – und der Streit zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer um die *Höhe des Zinses* zur Daueraufgabe im Geschäftsleben.

Auch zwischen Gläubiger und Schuldner herrscht also kein sinnreiches Ergänzungsverhältnis, wenn sie ihr jeweiliges Eigentum kombinieren und sich mit dessen gewinnbringendem Einsatz voneinander abhängig machen. Der Kredit *ergänzt* die Konkurrenz der kapitalistischen Produzenten um ein *neues Konkurrenzverhältnis*, das nicht bloß die Teilung des Profits betrifft:

– Der Kreditnehmer richtet sein Geschäft auf das Ziel aus, durch pünktliche Schuldenbedienung den Erfolg seines Unternehmens zu beweisen, also *kreditwürdig* zu bleiben, um weiterhin, leichter und sicherer womöglich, an *fremdes* Eigentum als Mittel *seines* Profits heranzukommen. Das Unternehmen wird zum Instrument dafür, es mit dem Geld anderer Kapitalisten zum eigenen Vorteil zu betreiben.

– Der Kreditgeber vermehrt umgekehrt sein Eigentum vermittels fremder Geschäftstätigkeit. Von deren Erfolg macht er sich abhängig und besteht deswegen mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit drauf, daß der Ertrag der kreditierten Geschäfte vor allem andern seine Ansprüche bedient. Er verlangt die Unterordnung der unternehmerischen Berechnungen des Schuldners unter dessen Zins- und Tilgungspflichten und verlangt zugleich Sicherheiten für einen dauerhaft gewinnbringenden Geschäftsgang; sonst bleibt ihm nämlich am Ende bloß noch das Restvermögen des ruinierten Schuldners zur Schadensminderung.

Am kapitalistischen Sinn und Zweck der Warenproduktion – darin eingesetztes Geld zu vermehren – ändert sich dadurch eine entscheidende Kleinigkeit: Die Vermehrung des Eigentums ist nicht mehr bloß das Ziel, für das der kapitalistische Arbeitgeber seine Produktionsfaktoren ihr Bestes geben läßt. Im Kredit wird der Erfolg dieses Bemühens praktisch vorweggenommen. Und das nicht bloß ideell im

Sinne der Bedingung, daß Geschäfte nur bei guten Erfolgsaussichten finanziert werden, sondern in der materiellen Form, daß die erst noch zu machenden Gewinne als verfügbares Eigentum behandelt werden. Zahlungsversprechen werden zu Zahlungsmitteln: Der Kreditnehmer hat Geschäftsmittel in der Hand, die sein damit veranstaltetes Geschäft erst schaffen soll; der Kreditgeber verfügt über Forderungen, die er sich als wachsendes Geldvermögen anrechnet. Daß die an kreditfinanzierte Arbeitsplätze gestellten Arbeitskräfte gewinnbringend verkäufliche Ware schaffen und daß deren Verkauf auch gelingt, so daß das eingesetzte Kapital sich rentiert und die Zinsansprüche des Gläubigers sicher bedient werden: das ist wie eine feststehende Tatsache unterstellt, als selbstverständliche Voraussetzung des *eigentlichen* Geschäfts. Das spielt sich zwischen Kreditnehmer und Kreditgeber ab und besteht darin, daß die beiden Seiten *untereinander* die Vermehrung ihres Geldes zuwege bringen: der eine dadurch, daß er sein Geld einem anderen überläßt; der andere dadurch, daß er fremdes Geld benutzen darf. Der Arbeit bleibt die ehrenvolle Aufgabe, das einzulösen, was die Partner des Kreditgeschäfts als bereits fertige Tatsache untereinander ausgemacht haben.

Mit dem Kredit tritt also nicht bloß das Geldkapital in seiner selbständigen Form als geschäftlicher Akteur in Erscheinung; auch die produktive Geschäftstätigkeit verselbständigt sich gegen ihre eigene materielle Seite. Der Gewinnanspruch, den die Geldkapitalisten in ihren Zinsforderungen gegen die warenproduzierenden Unternehmer geltend machen, konkurriert mit deren Profitinteresse, weil *beide* Seiten *dasselbe* Interesse am Geschäftsertrag haben: Für beide geht es bei der Warenproduktion um die Einlösung der gemeinsamen Erwartung eines guten Geschäfts, die sie sich bereits als Bestandteil ihres kapitalistischen Vermögens gutgeschrieben haben. Scheitert das Geschäft, so stehen genau die Eigentumsansprüche gegeneinander, die das Kreditgeschäft gestiftet hat.¹⁶⁾

Das Geschäft zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer stiftet also die Mittel, die die kapitalistischen Arbeitgeber zu immer größeren Konkurrenzanstrengungen befähigen. Deren Maß ist nicht durch die in der Vergangenheit akkumulierten Gewinne begrenzt, sondern so groß wie die Bereitschaft der Geldkapitalisten, auf künftige

16) Daß in diesem Verhältnis einige Interessengegensätze enthalten sind, über den Antagonismus der konkurrierenden Warenanbieter hinaus, steht außer Zweifel. Es handelt sich jedoch um entgegengesetzte, konkurrierende Interessen an der Verwendung des Gewinns, also um einen weiteren Antagonismus *innerhalb* der Kapitalistenklasse. Die Inanspruchnahme der Warenproduktion für die Bedienung des Kredits, seine erfolgreiche Verwandlung in Kapital, hat daher nichts mit der Unterwerfung der Arbeit unter die Belange des Eigentums zu tun. Zwischen beiden Verhältnissen besteht auch nicht die Analogie, die nicht bloß Faschisten entdeckt haben wollen und zum Argument für eine ortsfest-patriotische Einheitsfront der „Schaffenden“ gegen das bloß „raffende Kapital“ machen. Das Kreditgeschäft verselbständigt nichts anderes als den Produktionszweck aller „schaffenden“ Arbeitgeber; dies zwar so drastisch, daß es sich damit auch gegen das kreditierte Geschäft richten kann; aber nur deswegen macht es der produktiven Profitmacherei Mittel verfügbar, die daraus noch gar nicht erwirtschaftet worden sind.

Diese grundsätzliche Interessenidentität der einen und der anderen Sorte Geldbesitzer ist, nebenbei, der sachliche Grund für die weitgehende Personalidentität von Unternehmensleitungen der gewerblichen Wirtschaft und Bankmanagern. Bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist diese Übereinstimmung deutlich seltener anzutreffen.

Erträge zu setzen. Die *Befähigung* zu kapitalistischen Großtaten in der Konkurrenz um die Warenmärkte ist deswegen jedoch zugleich ein *zwingender Antrieb* dazu. Denn gerade weil sich die Bereitstellung benötigter Geschäftsmittel vom tatsächlichen Geschäftserfolg trennt, hängt der verfügbar gemachte Reichtum selber von ausreichenden Erträgen ab; und die Konkurrenzanstrengungen der warenproduzierenden Unternehmer haben ihr verbindliches Maß in den zu bedienenden Verbindlichkeiten gegenüber der Finanzwelt.

Das hat Folgen.

3.

Die Schranken der gesellschaftlichen Zahlungsfähigkeit insgesamt gehen den einzelnen Unternehmer nichts an; die Schranken, mit denen er sich praktisch auseinandersetzen hat, sind diejenigen, die in der relativen Größe seines Vermögens liegen und die im Vergleich dazu seine Konkurrenten ihm setzen. Sicher, das Geld, das er „am Markt“ verdient, muß seine Kundschaft auch erst verdient haben. Und nachdem das kapitalistische Erwerbsleben das Kommando über die Arbeit der Gesellschaft monopolisiert hat, ist es auch keine Geheimnis, wo und wie das geschieht: Reichtum wird produziert, um sich im Verkauf als abstrakte Größe: als in Geldeinheiten quantifizierte ausschließende Verfügungsmacht, in den Händen von Eigentümern zu realisieren; diese stiften mit der Bezahlung notwendiger Arbeit aus dem Verkaufserlös Geldeinkommen in der Hand ihrer Arbeitnehmer; dagegen und untereinander verwandeln sie geschaffene Werte in erworbenes Geld. Alle möglichen funktionellen Dienste kommen hinzu, die den Unternehmern Teile ihrer Einnahmen, also des im Wert der Waren enthaltenen, im Verkauf realisierten Gewinns wert sind und dadurch weitere Geldeinkommen begründen; der Staat verstaatlicht das Seine und schafft damit Beamtengehälter sowie eine eigene Nachfrage, an der Unternehmer wieder verdienen können; alles auf Basis der *Gleichung zwischen geschaffenem Warenwert und erworbenem Geld*. Denn nichts und niemand anders als die von den kapitalistischen Produzenten kommandierte Arbeit bringt das Eigentum zustande, das im Geld seine ökonomisch schlagkräftige Gestalt hat. Insofern wirkt jeder Unternehmer mit an der Schaffung der Kaufkraft, um die er beim Verkauf seiner Waren konkurriert, und niemand außer Leuten wie ihm stiftet sie. Der Dienst, den er damit für alle seine Kollegen leistet, ist ihm allerdings genauso gleichgültig wie die allgemeine Schranke, die damit für den Warenverkauf insgesamt gesetzt ist.

In dieses prinzipielle Verhältnis zwischen kapitalistischer Produktion und gesellschaftlicher Zahlungsfähigkeit greift die zum eigenständigen Geschäftszweig verfestigte Gepflogenheit des Zahlungsaufschubs und des Geldverleihens höchst wirkungsvoll ein. Immerzu, an tausend Ecken und Enden, hebt der Kredit die *Abhängigkeit* der Warenverkäufer vom Geld der Gesellschaft, der Zahlungsfähigkeit der vorhandenen Bedürfnisse, auf – und macht sie deswegen periodisch als *Beschränkung* jeglicher Geschäftstätigkeit geltend.

a) Die Finanzkapitalisten¹⁷⁾ machen praktisch ernst mit dem kapitalistischen Wahn, das Eigentum besäße rein aus sich selbst heraus die Fähigkeit zu wachsen – ohne den „Umweg“ über die Stofflichkeit von Gebrauchsgütern und materieller Arbeit, die ja schon in der kapitalistischen Warenproduktion zu bloßen Zwischen-

schritten der Geldvermehrung herabgesetzt sind. Mit dem Recht auf Verzinsung ihres hergeliehenen Geldes im Rücken, setzen sie sich über die Abhängigkeit ihres Geschäfts vom Gewinn, den ihre Schuldner tatsächlich erwirtschaften, rücksichtslos hinweg und nehmen sich die Freiheit, die entgegengenommenen Zahlungsverprechen und Schuldscheine *selbst* als werthaltige Vermögensbestandteile zu betrachten und zu behandeln. Für sie handelt es sich da nicht um bloße Forderungen, auf zurückzuzahlendes Geld nämlich samt zusätzlichen Zinszahlungen, für die Geld weggegeben worden ist, sondern um eine in anderer Form durchaus verfügbare Finanzmasse mit eingebautem Wachstum, jederzeit in Geld zu verwandeln und deswegen selber so gut wie Geld. Und nicht nur das: Weil die Spekulation auf die Ertragskraft des kreditierten Warengeschäfts sich von dessen tatsächlichem Gang und Erfolg emanzipiert hat, kann der Ertrag des Kredits seinerseits zum Gegenstand eines Kreditgeschäfts werden, das der einen Seite zusätzliches Geld, der anderen ein neues quasi geldgleiches Wertpapier verschafft... usw. Insgesamt entstehen so lauter Anrechtstitel, die einen innerhalb des Kreditgewerbes jederzeit realisierbaren Geldwert *haben*, obwohl sie in der Sache bloß ein Anrecht auf anderswo wirklich zustandegebrachten Reichtum verbriefen, also nichts als offene Forderungen oder – umgekehrt – Schulden *sind*. Auf Basis noch nicht erwirtschafteter Gewinne wird auf diese Weise nicht (mehr) vorhandenes Geld und der Anspruch auf dessen Vermehrung als verfügbarer Reichtum behandelt.

Natürlich kann nicht jedermann einen solchen Umschlag von versprochener Zahlung in reguläres Eigentum bewerkstelligen; dazu braucht es schon Finanzkapitalisten, die das Geld der Gesellschaft im Griff haben und deswegen für die Einlösung der Forderungen, die sie als werthaltig anerkennen, auch jederzeit praktisch einstehen können. Diese Sorte Kapitalisten bringt dann aber tatsächlich das Kunststück fertig, ohne Arbeit Geld zu „schöpfen“, nämlich allein dadurch entstehen zu lassen, daß sie mit der Macht ihres Geldes Geldforderungen als handelbares Vermögen anerkennen. Diese bleiben zwar letztlich offene Rechnungen, die noch beglichen werden müssen und sich auf einen Reichtum beziehen, der durch wirkliche Arbeit geschaffen werden muß – auch Finanzmakler dürften sich schwertun, von den Ziffern zu leben, in denen sie ihre Zins- und sonstigen von ihnen selber so genannten „Phantasien“ notieren; auch in ihrer Welt bleibt es dabei, daß das Privateigentum keine Spielerei ist, sondern die exklusive, gesellschaftlich verbindliche Gestalt des dafür und dementsprechend hergestellten Reichtums. *Als* gültige, von den maßgeblichen, nämlich den Geldkapitalisten anerkannte Ansprüche *auf* wirklichen Reichtum werden Forderungen und Schulden jedoch zu geldgleichen Wertpapieren, die im Prinzip nicht zu unterscheiden sind von der Verfügungsmacht, die ein im Warenhandel verdientes Eigentum verleiht. Wie auch: Das Eigentum, das dort geschaffen wird, hat seine eigentliche Bestimmung, abstrakte Verfügungsmacht über alle möglichen Güter zu gewähren, ja auch erst dann realisiert, wenn es sich von seinem durch Arbeit zustandegebrachten Gegenstand, der Ware, *ablöst*. Der ganze Unter-

- 17) Die vielfältigen Spielarten des Kreditgeschäfts – vom Handelswechsel bis zur Unternehmensbeteiligung und von der Aktienspekulation bis zum Handel mit Derivaten – werden hier über einen Kamm geschoren, weil es bloß um das prinzipielle Verhältnis zwischen der Geldschöpfung im Kreditsektor und der Schaffung von Eigentum durch Warenproduktion geht.

schied ist der, daß diese Abstraktion beim Warenverkauf wirklich passiert, während die „Geldschöpfung“ per Kredit diese Abstraktion als selbstverständliche Geschäftsbedingung voraussetzt.

b) Dieser Unterschied ist auch im und fürs Kreditgewerbe keineswegs nichtig. Niemand achtet sorgfältiger auf die Solidität der verbrieften Zahlungsverprechen, die Stichhaltigkeit der in Aussicht gestellten Gewinne, als die Geldbesitzer, die untereinander solche „Produkte“ kaufen und verkaufen. Niemand weiß praktisch besser Bescheid darüber, daß und inwiefern die Geldforderung und ihre Einlösung zwei verschiedene Sachen sind, zwischen denen sogar noch so etwas wie ein „Geschäftsrisiko“, gar noch von unterschiedlicher Größe, liegen soll. Das alles in Rechnung gestellt, beharren die Finanzkapitalisten aber mit der ganzen Macht ihres Geldes auf der Fiktion, daß beide Seiten *identisch* wären – anerkannte Zahlungsverprechen so gut wie gezahltes Geld und jedes Geld ein Rechtsanspruch auf seine Vermehrung. Unerbittlich gehen sie davon aus, daß das, worauf sie spekulieren, schon gegenwärtiger Reichtum *ist* und alle kreditfinanzierte Geschäftstätigkeit für nichts anderes gut ist als dazu, diesen längst fertigen, zu Geld gewordenen, wie Geldkapital verwendeten Anspruch wahrzumachen. Sie hantieren mit ihrer Geldforderung wie mit einem fertigen Ergebnis, zu dem sich die nötigen Bedingungen selbstverständlich und ganz von selbst einzustellen haben.

Damit täuschen sie sich nicht etwa, sondern setzen den denkbar härtesten Anspruch in die Welt. Dessen Einlösung ist allerdings nicht ganz frei von gewissen Widersprüchen.

c) Der Kredit, den die Finanzkapitalisten schaffen, stiftet echte Zahlungsfähigkeit; für die Belange der Banken wie in den Händen von Unternehmern, die, damit ausgestattet, Investitionen tätigen, also Lieferanten bezahlen, nicht wegrationalisierte Arbeitskräfte entlohnen und so ihre Konkurrenz um Marktanteile ohne jede Rücksicht auf den wirklichen Rückfluß vorgeschossener Gelder vorantreiben. Auf diese Weise steigern alle ihre Produktion nicht bloß, wie stets, ohne jeden Respekt vor den Grenzen des zahlungsfähigen Bedürfnisses, das sie bedienen, sondern mit großem Schwung über diese Grenzen hinaus. Denn Maß nehmen sie allein an den Marktanteilen, die ihnen noch zu erobern bleiben, sowie an den Vorschüssen und Verzinsungsansprüchen ihrer Gläubiger; und die sind schon allein deshalb ziemlich maßlos, weil sie ja gerade die Befreiung des Kapitaleinsatzes von den Schranken des erarbeiteten Reichtums zum Inhalt haben. Deswegen stört es die vom Kredit beflügelten Unternehmer auch überhaupt nicht, daß sie mit ihren entsprechend groß dimensionierten Konkurrenzanstrengungen die Grenzen der gesellschaftlichen Kaufkraft an einer nicht unwesentlichen Stelle immer enger ziehen: Den „arbeitsparenden Fortschritt“ bringen sie enorm voran und damit die Minderung der Einkommen, die sie in der Hand der Arbeitnehmer schaffen. Sie vollenden damit die Trennung der Produktion vom gesellschaftlichen Bedarf, die sowieso ihre Geschäftsgrundlage ist: Nachdem sie alle Bedürfnisse dem Kriterium der lohnend ausnutzbaren Kaufkraft unterworfen haben, emanzipieren sie sich auch noch vom Kriterium der vorhandenen Zahlungsfähigkeit.

d) Die *zahlungsfähigen Bedürfnisse* in der Gesellschaft nehmen nämlich keineswegs dadurch zu, daß der Kredit für Zahlungsfähigkeit sorgt, wann immer *kredit-*

würdige Geschäftsleute welche brauchen. Was sich an geldwerten Forderungen in den Büchern der Banken anhäuft, ist gar nicht dazu da, kapitalistischen Anbietern eine Ware abzukaufen. Es mag sein, daß Kreditmanager, die durch Schuldengeschäfte reich werden, schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit der Zahlungsverprechen, die sie repräsentieren, deutlich mehr und edlere Konsumgüter benötigen als der Durchschnitt; mit Spekulationserträgen lassen sich auch durchaus reale Bankpaläste bauen, doch darum geht es nicht. Die ökonomische Zweckbestimmung der Geldforderungen, die das Kreditgewerbe verwaltet und vermehrt, liegt nicht in der *Realisierung* des Warenwerts der massenhaft rentabel produzierten Güter, sondern darin, am *realisierten* Wert zu *partizipieren*. Die sich aus sich selbst vermehrenden Schulden vergrößern nicht die Zahlungsfähigkeit, um deren lohnende Ausnutzung die kapitalistischen Warenproduzenten konkurrieren, sondern die *Ansprüche an deren Gewinn*.

Und das nicht bloß in der schlichten Form, daß Kredite mit Zinsen bedient sein wollen. Beim Aktienhandel z.B. tritt an die Stelle des direkten Tributs ein über Dividendenzahlungen vermitteltes generelles Verhältnis zwischen dem Schicksal des Unternehmens und dem Wert des Papiers. Darauf bauen Kreditoperationen auf, die die Wertentwicklung der Aktien eines Unternehmens selbst, oder sogar einer gewichteten Sammlung verschiedener Aktien, zum Gegenstand von Ertragsversprechen machen, die ihrerseits zu handelbaren Wertpapieren werden; auch auf den Durchschnitt einer nationalen Geschäftsentwicklung wird in dieser Weise spekuliert; usw. Für das alles müssen die Unternehmen mit ihren wirklich realisierten und rentabel investierten Gewinnen einstehen: Sie müssen die spekulativ vorweggenommene Geschäftsentwicklung aufweisen, weil die diesbezüglichen „Wertpapiere“ – von der Aktie bis zu den genialsten Derivaten – schon zu geldgleich verwendetem Eigentum geworden sind. So nehmen die Finanzkapitalisten die gesamte bei ihnen verschuldete Geschäftswelt in die Pflicht für die Geltung der Fiktion, auf der ihr Kreditgeschäft beruht: Schulden und Reichtum, Geld und Kredit, Zahlungsverprechen und Eigentum wären dasselbe. Das kommt zwar einem Eingeständnis gleich: Aus eigener Kraft können die Wertpapierhändler eben doch nur für die Vermehrung ihrer Papiere sorgen und nicht wirklich für deren Geldwert einstehen. Eben deswegen bestehen die Finanzkapitalisten aber so kompromißlos auf der Funktionalität aller Geschäfte für die Qualität ihrer Geldforderungen. Sie setzen sich selbst mit ihren Eigentumstiteln in die Rolle der ökonomischen Basis ein und erheben die Produktion von Waren mitsamt der Realisierung ihres Werts in den Rang eines Beweismittels für die Werthaltigkeit ihrer Schulden. „Reale“ Geschäfte finden statt, *damit* die Finanzkapitalisten die Erfolgsgarantien bekommen, die sie für ihr spekulatives Eigentum für nötig erachten.

e) Indem sie dem Schuldengewerbe diesen Dienst tun, geraten die kapitalistischen Arbeitgeber dann doch an „Grenzen des Wachstums“, die ihnen bislang weder durch ihre Arbeitnehmer gesetzt werden noch jemals durch die Natur mit ihren „Ressourcen“. Mit ihren Konkurrenzanstrengungen müssen sie Gewinne in einer Rate und Masse erwirtschaften, deren Maßstab durch die Ansprüche der Kreditgeber und der davon ausgehenden Kreditspirale definiert ist. Dieser Maßstab nötigt sie dazu, bei der Ausweitung ihrer Produktion allein an ihren Schulden Maß zu nehmen. Und das läßt sie unweigerlich mit den Schranken der gesellschaftlichen Zahlungsfähigkeit

überhaupt – die sie mit ihren Rationalisierungen immer neu zurechtstutzen – kollidieren: Ganz allgemein läuft der Absatz nicht mehr; die Märkte sind überfüllt. Natürlich registrieren die Unternehmer auch dieses Ergebnis ihrer Konkurrenz jeweils für sich als drohende Niederlage im Kampf um Marktanteile. Folgerichtig brauchen sie dringlicher als sonst Leihkapital; zuallererst um mit der fälligen Schuldenbedienung klarzukommen. Die Herren des Finanzkapitals kommen jedoch nicht umhin zu bemerken, daß die Konkurrenznöte ihrer Kreditnehmer periodisch ein epidemisches Ausmaß annehmen. Sie sehen ihre Kredite in zunehmendem Maß „notleidend“ werden; daß sie mit der Macht ihrer Finanzen das Anrecht auf zu erwirtschaftende Erträge zu aktuell verwendbarem geldwertem Eigentum „ernannt“ haben, droht immer häufiger gegen sie auszuschielen. So registriert das Kreditgewerbe an *seinen* Nöten, daß nicht bloß der eine oder andere Unternehmer von der Konkurrenz in Schwierigkeiten gebracht worden ist, sondern die Profite insgesamt zu wünschen übrig lassen: Sie verbürgen den Wert der auf ihnen lastenden Zins- und Ertragsentwicklungsansprüche nicht mehr.

Die Fachleute des Finanzkapitals geben deswegen ihr Geschäft nicht auf, sondern nehmen eine Rück-Übersetzung der insgesamt zunehmend kritischen Geschäftslage in lauter besondere Konkurrenzaffären vor. Wenn sie es mit immer mehr Konkurskandidaten zu tun bekommen, müssen sie um so härter scheiden: zwischen schlechten Schuldnern, die sie durch Kreditentzug ruinieren, auch wenn dabei einiges an eigenen Forderungen annulliert werden muß – am übrigbleibenden Vermögen halten sie sich schadlos, so gut es geht –; und den andern Kandidaten, auf die sie als Krisengewinner setzen und die sie dementsprechend großzügig mit Kredit ausstatten. Dadurch *verallgemeinern* sie allerdings die Krisenlage erst so richtig: Jedes durch Kreditentzug ruinierte Geschäft zieht Zahlungsunfähigkeit an anderer Stelle nach sich; andererseits ruinieren immer weiter prolongierte und aufgestockte Kredite am Ende die Bank selbst, was deren sämtliche Gläubiger und Schuldner mit schädigt.

So kommt gerade durch die krisenhaft verschärfte Konkurrenz praktisch heraus, daß Warenproduzenten und Finanzkapitalisten voneinander abhängen und als *eine Klasse* von dem Reichtum zehren, an Waren nämlich, soweit das zahlende Publikum diese zu Geld macht, und zwar zu mehr Geld, als ihre Produktion gekostet hat. Wieder einmal hat dann die *ganze* Geschäftswelt mehr in ihre Konkurrenzkämpfe investiert, als sich *insgesamt* hat rentieren können. Nun tobt die Konkurrenz um die Verteilung der damit unausweichlich gewordenen „Gesundschumpfung“ von Kapital und Kredit.

4.

Mit der Arbeit hat das alles zunächst einmal nur soviel zu tun, daß von ihren notwendigen Diensten am kapitalistischen Eigentum souverän abstrahiert wird: Nachdem die warenproduzierenden Kapitalisten Arbeit wegrationalisieren und sich ihre Überschüsse aus den Lohnkosten herleiten, die sie nicht mehr zu zahlen brauchen, führt sich im Kreditgewerbe das Kapital gleich als seine eigene Quelle auf.¹⁸⁾

18) Die einen wollen von der Arbeit als Quelle ihres Reichtums nichts wissen, weil Automaten ihnen denselben Dienst billiger tätigen; die andern halten nichts von ihr, weil sie sich ihr Geld selber schöpfen. Schulden und Automaten sollten sich zusammentun!

Diese Fiktion wird von manchen Arbeiterfreunden so ernst genommen, daß sie den Finanzkapitalisten den Vorwurf machen, ungeachtet der enormen Geldsummen, die sie täglich bewegten, blieben sie jeden Beitrag zur „Beschäftigung“ schuldig; sie vermehrten ihr Geld bloß spekulativ, statt mit den dafür eingesetzten Summen „Arbeitsplätze zu schaffen“. Solche Beschwerden haben etwas Perverses an sich, weil sie im Namen der Arbeiter von dem erpresserischen Charakter der „Lebenslage“, in der „Beschäftigung“, im Klartext also: Arbeit gemäß kapitalistischen Ansprüchen, zum notwendigen Bedarf der Arbeiter wird, total absehen. Sie liegen außerdem schon deswegen daneben, weil „Beschäftigung“ auch sonst nie ein kapitalistisches Anliegen ist; auch für redliche Warenproduzenten, die vielen Leuten Arbeit geben, sind beschäftigte Arbeitnehmer allemal Mittel für einen Zweck, den sie mit sämtlichen Spekulanten teilen und dessen Verwirklichung Entlassungen ebenso einschließt wie Arbeit in dermaßen verdichteter Form – und zwar nur solche –, daß sich wirklich niemand ohne Not eine solche „Beschäftigung“ wünschen kann.

Die Anklage ist außerdem aber ungerecht. Denn was immer kapitalistische Arbeitgeber an Arbeitsplätzen schaffen, das schaffen sie nur mit den unerschöpflichen Mitteln jenes Gewerbes, das aus erhofften Gewinnen eine verfügbare Finanzmasse zur Beschaffung der erforderlichen „Produktionsfaktoren“ verfertigt. Mit Leihkapital führen die Warenproduzenten ihren anspruchsvollen Konkurrenzkampf um die geringsten Lohnstückkosten – was zwar nur die „Arbeitsplätze sichert“, die jeweils noch nötig sind, und auch das nur solange, wie sie das Unternehmen samt Kreditverpflichtungen rentabel machen; aber andere Arbeitsplätze sind von kapitalistischen Arbeitgebern sowieso nicht zu haben. Was die Unternehmer an Marktchancen auf tun, an Gelegenheiten also für die Betätigung ihres prinzipiell unersättlichen Interesses, von solcherart rationalisierter und komprimierter Arbeit soviel wie nur möglich unter eigenem Kommando verrichten zu lassen – auf Kosten der Konkurrenz, versteht sich, was die Gesamtzahl der „Beschäftigten“ auch wieder nicht unbedingt steigert... –, das verdanken sie gleichfalls der Finanzindustrie, die sie mit der Freiheit versorgt, unabhängig vom Marktgeschehen agieren zu können, so daß sie den Markt überhaupt erst richtig zu ihrem Kampfplatz herrichten können.

Das Kreditgewerbe leistet sogar noch mehr: Es macht den Warenproduzenten nicht bloß freibleibende Angebote zur forcierten Steigerung ihrer Profitproduktion, die keiner ablehnen kann, der im Geschäft bleiben will; es nötigt ihnen den immer ausgiebigeren Gebrauch von immer sparsamer, also produktiver eingesetzter Arbeit als Bedingung ihrer Kreditwürdigkeit auf. Denn es kümmert sich zwar nicht um den Unterschied zwischen dem wirklichen Reichtum der Gesellschaft und dem Eigentum daran, geschweige denn um den Zusammenhang zwischen der eigentumschaffenden Arbeit und dem Geld, das sie kostet und bringt. Aber daß sein selbstvermehrtes Vermögen in Anrechten besteht, deren Erfüllung die restliche Unternehmenswelt ihm deswegen schuldet und nur um den Preis ihres eigenen Ruins schuldig bleiben kann, das macht das Geldkapital seinen Schuldnern klar genug. Lohnarbeit, und zwar in ihrer jeweils gewinnträchtigsten Ausgabe, ertragskräftig und zugleich massenhaft genug, um das Unternehmen und mit ihm einen Berg von Krediten, von Wertpapieren, die auf die Unternehmensentwicklung spekulieren, oder auch auf das Wachstum mehrerer Firmen, oder auf die Wertentwicklung eines Index für die Ent-

wicklung ausgewählter Firmen... – um das alles rentabel zu machen: das setzen die Kreditmanager in der denkbar wirksamsten Form durch. Sie setzen es nämlich einfach voraus und lassen jedes Unternehmen an Kreditmangel zugrundegehen, das vor ihren Maßstäben versagt.

Insofern ist die im Namen der Arbeiter erhobene Anklage, die Finanzkapitalisten ließen es an beschäftigungswirksamem Engagement fehlen, schließlich auch noch reichlich verharmlosend. Denn immerhin bringen die Geldinstitute mit ihren Krediten vor allem den Widerspruch voran, daß immer weniger Arbeit immer mehr Kapital nach immer anspruchsvolleren Kriterien rentabel machen muß. Sie fördern die Konkurrenz Anliegen der warenproduzierenden Kapitalisten in beliebigem Umfang und fordern Erfolge; und mit den *Mitteln* zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit setzen sie auch den *Maßstab* für die zu erzielende Rentabilität in die Welt. Damit diktieren sie sowohl den Standard, dem die Arbeit genügen muß, um ihren Lohn noch wert zu sein, als auch das Maß der fälligen Nicht-Verwendung von Arbeitern. Denn ihre Ansprüche sind schon allein um der Sicherheit ihrer Spekulationsgeschäfte willen so hoch, daß immer weniger Arbeit ihnen genügt – in zweifachem Sinn:

Rentabel genug kann Arbeit nur sein, wenn der Lohnanteil am geschaffenen Warenwert gegen Null geht – mit all den im vorigen Kapitel erwähnten und sowieso bekannten Folgen: für die Bequemlichkeit des Arbeitens; für das Verhältnis zwischen geschaffenen Reichtum und den im Lohn abgegoltenen Lebensnotwendigkeiten von Arbeitern; außerdem für die Zahl derer, die mitten im „Reich der Notwendigkeit“, sich durch Arbeit für andere einen Lebensunterhalt zu verschaffen, von der Gelegenheit dazu „freigesetzt“ sind. Die Leistungen des Kredits fügen noch eine weitere Folge hinzu: Er finanziert nicht bloß den „technischen Fortschritt“, der für die Einsparung von Arbeitsplätzen samt Inhabern sorgt, sondern auch den ausgiebigen Gebrauch der Arbeit an den neugeschaffenen Plätzen – bis sich herausstellt, daß diese als Mittel der Konkurrenz ziemlich allgemein versagen, weil insgesamt viel zuviel Arbeit geleistet wird im Verhältnis zu dem, was sich lohnend verkaufen läßt. Die Agentur, die diese praktische Einsicht herbeiführt, ist wiederum das Kreditgewerbe; das trifft seine Entscheidungen über die Kreditwürdigkeit der konkurrierenden Unternehmen und zwingt ihnen den jeweils entsprechenden „Beschäftigungsabbau“ oder den Ruin auf – offenbart also, daß sämtliche Arbeitsplätze auf nichts als seine Spekulation gegründet sind und daß diese Spekulation zeit- und phasenweise gar nicht mehr recht aufgehen will. Das Ergebnis ist die schubweise Vergrößerung der Arbeitslosenquote, die erst recht auf die kapitalistisch verwendbare Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft durchschlägt, womit sich noch mehr von der bislang geleisteten Arbeit als überflüssig herausstellt; deswegen haben „Rezessionen“ die bekannte unangenehme Eigenart, „sich“ zu „vertiefen“. Der irgendwann unausweichliche Aufschwung findet dann auf der Basis eines „gesundgeschrumpften“ Geschäftslebens statt und selbstverständlich auf Basis der effektivsten Produktionstechniken, so daß die Unternehmen endlich wieder wachsen und kreditwürdige Gewinne machen, das angesammelte Arbeitslosenheer aber nur zögerlich abnimmt, wenn überhaupt. Denn daß weniger Arbeit gebraucht wird, um soviel Kapital rentabel zu machen, wie überhaupt rentabel zu machen ist: das Ergebnis bleibt von der jeweils letzten Geschäftskrise erhalten.

So wächst mit den Potenzen des Kapitals, sich in Gestalt antizipierter Geschäftserfolge selbst zu vermehren und die kapitalistisch kommandierte Arbeit für die Glaubwürdigkeit seiner Selbstvermehrung zu funktionalisieren, auf der anderen Seite das der Marktwirtschaft eigentümliche „Phänomen“ einer „Reservearmee“ von Arbeitskräften, für die sich kein Einsatzbedarf absehen läßt.¹⁹⁾ Dem periodisch revidierten Überschuß an kreditfinanzierter Geschäftstätigkeit entspricht eine Überbevölkerung, deren Überzähligkeit sich allein aus dem fehlenden Nutzen so vieler Leute für eine Arbeit nach den Maßstäben hinreichender Rentabilität ergibt – sonst nämlich gäbe es kein Hindernis dafür, daß sie sich ein anständiges Leben verschaffen; sogar die Produktionsmittel wären noch da, stillgelegt während der jeweils letzten Geschäftskrise.

Denen, die zur Mannschaft der Überzähligen dazugehören, und allen andern, denen klar genug ist, daß sie jederzeit dazugehören können, wird damit die *Sorge um Arbeit* aufgenötigt; eine extrem widerwärtige Sorge, weil denjenigen, die sie haben müssen, gar keine zweckmäßigen Mittel zu Gebote stehen, um sie zu bewältigen. So recht hoffnungslos wird die Sache dann, wenn sich Anwälte der Arbeitersache dieser Lage bemächtigen, die die von den Kapitalisten geschaffene, von ihnen also auch ganz bestimmt nicht abzuschaffende *Notwendigkeit* zur *Forderung* machen und nach „Arbeit“ rufen. Die üble Erfahrung, daß der kapitalistische Geschäftsgang im Zuge der Ausbeutung der Produktivkraft der Arbeit auch deren massenhafte Lahmlegung einschließt, wird in Anspruch genommen, um den Leuten diesen Geschäftsgang – nein, eben nicht als erwiesenermaßen untaugliche Lebensbedingung madig zu machen, sondern als ihr ureigenes Interesse aufzudrängen. Daß kapitalistischer Gebrauch von Arbeit sein soll, wird da verlangt – nur und ausgerechnet deswegen, weil die Kapitalisten, die nichts lieber als genau das wollen, zugleich um des ökonomischen Effekts willen die alleranspruchsvollsten Bedingungen genau dafür aufstellen.²⁰⁾ Davon, daß Arbeiter ihrerseits einige Bedingungen für

19) Dieser kapitalistische Normalfall ist auch in der BRD längst eingetreten; heute weiß jeder, daß die Zeiten der „Vollbeschäftigung“ die historische Ausnahme waren und nie wieder zum scheinbaren Normalfall werden. Es mußte schon enorm viel kaputtgehen, ein ganzer Weltkrieg verlorengehen, hinterher mit viel auswärtigem Kredit ein kapitalistischer Neubeginn in Gang kommen, der nicht auf die einheimische Armut als Sphäre des Geldverdienens angewiesen war, dem vielmehr die Zahlungsfähigkeit der ganzen kapitalistischen Welt als Feld der Konkurrenz um profitträchtigen Warenabsatz offenstand, damit das kapitalistische Wachstum in der „Wirtschaftswunderzeit“ der BRD deutlich mehr Arbeitskräfte absorbierte als überflüssig machte. Heute ist die Nation nicht mehr in der Lage, daß sie sich fehlenden kapitalistischen Reichtum durch ganz viel Lohnarbeit und die Realisierung der geschaffenen Waren im Export erst beschaffen müßte. Sie verfügt über einen weltweit engagierten finanzkapitalistischen Reichtum, der sich weit mehr produktive Arbeit subsumiert hat als bloß die „Beschäftigung“ im eigenen Land. Mit seinem Wachstum setzt dieser Reichtum die im Land anfallende „Beschäftigung“ unter einen höchst anspruchsvollen Maßstab – und findet nicht etwa umgekehrt an der Masse der im Land verrichteten Arbeit sein Maß.

20) Deswegen paßt die Forderung nach „Beschäftigung“, so unterwürfig sie ist, sachlich noch nicht einmal zum System der Lohnarbeit; denn eben weil Arbeit zuallererst Interesse und Anspruch der Kapitalisten ist – und nur deswegen Lebensbedingung aller anderen –, liegt es ganz bei ihnen, die Kriterien zu definieren, unter denen sie sie brauchen können. Systemwidrig ist daher erst recht die Forderung nach einem womöglich irgendwie einlagbaren „Recht auf Arbeit“ – allerdings, wie gesagt, nur der Sache nach; das System,

ihren Gebrauch zu fremdem Nutzen zu stellen hätten, ist in dem Ruf nach Arbeit nicht einmal mehr eine Erinnerung enthalten – oder nur noch als Absage: „Um der Arbeitsplätze willen“ sind Forderungen solcher Art schlichtweg obsolet.

das sich den Widerspruch geleistet hat, dieses Recht von Staats wegen wahr zu machen und den Kapitalisten dafür tatsächlich die freie Verfügung über die gesellschaftliche Arbeit aus der Hand zu schlagen, ohne damit jedoch die eigentumschaffende Arbeit als Maß des gesellschaftlichen Reichtums so recht außer Kraft zu setzen, vielmehr um ihre Erträge exklusiv für ein staatlich verordnetes Gemeinwohl verfügbar zu machen – mit dem System ist es bekanntlich vorbei. Ansonsten, als Forderung und Beitrag zur Interessenlage der Lohnarbeiter genommen, drückt der Wunsch nach einem „Recht auf Arbeit“ nichts als Unterwürfigkeit und Opferbereitschaft aus; deswegen war er auch für die Faschisten so passend, die für solche Arbeitertugenden ja noch ganz andere Verwendung hatten als die Kapitalisten. In der milderen Form des Gejammers um Arbeit, das überhaupt keinen Anklang mehr an die Idee enthält, man könnte oder sollte freie Kapitalisten aufs Arbeitgeben festnageln, ist der Antrag auf „Beschäftigung“ allerdings sämtlichen Politikern willkommen: Sie diktieren gerne, zusätzlich zu den Entscheidungen ihrer Kapitalisten, *ihre* Konditionen.

V.

Die Unternehmer führen ihren Konkurrenzkampf um Gewinn weltweit. Sie erwerben im Ausland Geschäftsartikel aller Art, wenn sie ihrer Kalkulation zuträglich sind; sie verkaufen ihre Produkte und nehmen auswärtige Zahlungsfähigkeit für ihren Umsatz in Anspruch. Durch die Internationalisierung des Handels hängt die Rentabilität eines Betriebs davon ab, ob seine Produkte den Vergleich mit Waren aus aller Herren Ländern und auf deren Märkten bestehen. Die Rentabilität, die der Arbeit abverlangt wird, ergibt sich aus dem täglich erneuerten Befund, den Kapitalisten dem internationalen Angebot an preiswerten Waren entnehmen. An denen läßt sich ablesen, was eine Arbeitskraft nach Kosten und Produktivität zu leisten hat, will sie die von ihr verursachten Lohnstückkosten rechtfertigen. Wo Unternehmen über die Freiheit verfügen, ihre Investitionen an einem Ort ihrer Wahl in der ganzen Welt zu tätigen, unterwerfen sie ihre Lohnarbeiter – darin sehr vorurteilslos in der „Ausländerfrage“ – ausdrücklich dieser globalen Konkurrenz um den Preis der Arbeit. Ob und in welchem Maß deren „Beschäftigung“ *notwendig* ist, entscheidet sich über einen *universellen* Vergleich, dem die Herren über die Arbeit sie aussetzen.

Die Freiheit zum grenzüberschreitenden Geldverdienen erhalten Kapitalisten durch die Übereinkunft zwischen nationalen Staatsgewalten, welche die *Territorialisierung* des Geschäfts, das sie betreuen, für eine *Beschränkung* halten. Staaten, die ihre Gesellschaft auf die Vermehrung von Kapital verpflichten, gründen nämlich umgekehrt ihren ökonomischen Bestand darauf, daß sie sich ihre Finanzmittel aus den Umsätzen und Einkommen ihrer Bürger beschaffen. Das Interesse an möglichst viel „Erwerbstätigkeit“ im Land entspricht dem Bedarf der Geschäftsleute, Produktion und Handel durch die Verwendung *auswärtigen* Reichtums zu erweitern.

Die Internationalisierung seiner Quellen macht den Reichtum der Nationen, *ihr* Geld, zum Gegenstand *ihrer* Konkurrenz. Mit dem für den auswärtigen Handel fälligen Beschluß zur Konvertibilität ihrer nationalen Gelder gestehen die Staaten diesen einerseits ganz grundsätzlich die Qualität von Weltgeld zu; andererseits relativieren sie die Gleichung zwischen ihrem lokalen Zahlungsmittel und universellem Geld. An Wechselkursen und an ihren *Bilanzen* stellen sie fest, wieviel Weltgeld ihnen die Konkurrenz der Kapitalisten eingebracht hat; und in der bleibenden Sorge um die *Stabilität* ihres höchsten nationalen Gutes, die sie durch sämtliche Arten kapitalistischer Brauchbarkeit definieren, fassen sie den Erfolg zusammen, den sie sich gegen andere sichern wollen.

Der Patriotismus des Geldes ist erstens immer im Programm, weil er das kapitalistische Staatsprogramm ist. Zweitens macht er bisweilen viel Aufhebens von sich, wenn die Rechnungen und Leistungen der Kapitalisten einfach nicht (mehr) den Dienst erfüllen, für den der Staat sie fördert. Dann ergänzt die nationale Führung die umfängliche Betreuung des welt-marktwirtschaftlichen Geschäftslebens um die Abteilung *Standortpolitik*. Die einschlägigen Maßnahmen gelten als *nationale Reaktion* auf „die *Globalisierung*“; sie zielen darauf ab, das eigene Land in seiner Eigenschaft als Geschäftsbedingung (wieder) attraktiv zu machen.

Das bekommt „der Arbeit“ nicht gut, weil es ausdrücklich um sie – selbstredend als rentable – geht. Der ausgeprägte Wille zur „Veränderung“ richtet sich zwar unverhohlen gegen das Ausland, macht sich aber an den inneren „sozialen Verhältnissen“ zu schaffen. Wenn Politiker standortpolitisch Schaden von ihrem Volk abwenden, akzeptieren sie nämlich das Urteil, das die internationale Geschäftswelt über ihr Arbeitsvolk gefällt hat. Die Lohnabhängigen haben sich nach Preis und Leistung im globalen Maßstab zu bewähren – und in seiner Macht über das *nationale Lohnniveau* hat der soziale Rechtsstaat seinen Hebel zur Herbeiführung dieser Bedingung. Er vollstreckt das globale Rentabilitätsgebot an der arbeitenden Klasse, weil nun einmal der Reichtum der Nation auf rentabler Arbeit beruht.

Als Staatsbürger sind die Betroffenen aufgefordert, sich die nationale Standortpolitik nicht bloß gefallen zu lassen: Die polemische Stoßrichtung gegen den Rest der Welt sollen sie sich bei ihren Opfern schon auch zu eigen machen.

1.

a) Die Leute mit dem produktiven Eigentum, die dem weniger begüterten Rest der Gesellschaft in der Rolle des Arbeitgebers gegenüberreten, behandeln ihren lohnabhängigen Produktionsfaktor – ganz sachgesetzlich, ohne extra böse Absicht – wahrhaftig schon schäbig genug. Gegen ein Entgelt, das gerade mal die notwendigen Unkosten zur Reproduktion der benötigten Arbeitskraft deckt, eignen sie sich deren Produktivkraft an. Für ihren Konkurrenzkampf um Marktanteile senken sie die Lohnstückkosten, organisieren sich also für weniger Lohn mehr geldmäßig nachzählbare Leistung. Die für solchen „arbeitsparenden Fortschritt“ aufgewandten Investitionen muß die nicht eingesparte Arbeit auch noch in gehöriger Proportion rentabel machen; sonst findet sie gleich gar nicht mehr statt. An den Überschüssen, die sie zustandebringt, bedienen sich außerdem Heerscharen von Finanzkapitalisten, die mit ihren warenproduzierenden Kollegen sowie ganz freihändig untereinander Geschäfte zur wechselseitigen Bereicherung abschließen, so als käme es auf die einzige Quelle des Reichtums, um den es ihnen geht, ihres Eigentums nämlich, schon gar nicht mehr an. Dafür eintreten muß die Lohnarbeit natürlich dennoch, und zwar erfolgreich und zur allseitigen Zufriedenheit des Kreditgewerbes, um ihre weitere Verwendung und Bezahlung zu rechtfertigen. Viele Lohnarbeiter werden darüber überflüssig, die andern im Verhältnis zu dem Reichtum, der aus ihnen herausgeholt wird, gleichfalls immer ärmer. Und wenn der Geschäftsgang insgesamt darüber in eine Krise gerutscht ist, dann saniert er sich schon wieder auf Kosten seiner so verächtlich behandelten Quelle.

Armselig genug also, ein Dasein als „Faktor Arbeit“, zu dem die „Erwerbsgesellschaft“ die Masse ihrer Mitglieder zwingt – und trotzdem! Als wäre das alles noch gar nichts, was das Kapital in seinem ganz normalen Geschäftsgang mitsamt den dazugehörigen Konjunkturen mit der lohnabhängigen Mannschaft sowieso anstellt; als ginge es den ihren Arbeitgebern überlassenen Massen immer noch viel zu gut; als brächten sie mit ihrer ausschweifenden Wohlfahrt das marktwirtschaftliche Gemeinwesen beständig in Gefahr: Gerade so engagiert sich auch noch die *demokratische Staatsmacht*, die Hüterin des Gemeinwohls und einer allseits gedeihlichen gesellschaftlichen Entwicklung, mit allem Nachdruck in der Lohnfrage – *gegen den Lohn*. Als würden die „abhängig Beschäftigten“ den gesellschaftlichen Reichtum, der dann als Eigentum ihrer unabhängigen Arbeitgeber existiert, nicht schaffen, sondern umgekehrt auf Kosten ihrer Arbeitgeber leben und deren Eigentum aufzehren, wenn sie nicht genügend aufpaßt, nimmt die überparteiliche Instanz der Klassengesellschaft Partei gegen das Interesse der Lohnarbeiter, sich ein Auskommen zu sichern. Gegen jeden einzelnen Lohnbestandteil, gegen die exorbitanten Lohnkosten insgesamt und gegen einen insgesamt katastrophalen Mangel an ausnutzbarer Leistungsbereitschaft der Dienstkräfte – in den paar Jahren zwischen „Studienabschluß“ und „Frühverrentung“ – wird von Staats wegen dermaßen polemisiert, daß sich noch die härtesten praktischen Einschnitte halbherzig ausnehmen. So hört die staatliche Polemik gegen „die Wohlfahrtsgesellschaft“ nicht auf, und die Politik gegen den „übertriebenen Lebensstandard“ des Proletariats wird genausowenig jemals fertig. So daß ein unvoreingenommener Betrachter sich schon fragen könnte, was denn nun eigentlich auch noch die Staatsgewalt daran stört, daß die Lohnarbeit einen Anfang, ein Ende, ein begrenztes Leistungsvermögen und ganz nebenbei auch noch einen Preis hat.

b) Der einschlägige Bescheid wird derzeit unter dem wirtschaftspolitischen Codewort „Globalisierung“ erteilt. Sie – „die Globalisierung der Märkte“ oder auch „des Wettbewerbs“ – verbietet es mit der Majestät eines kosmischen Sachzwangs, „so weiterzumachen wie bisher“, mit den hohen Lohnkosten nämlich und vor allem den luxuriösen Lohnnebenkosten, die den Faktor Arbeit unbezahlbar machen – der geschulte Blick erkennt das gleich an den vielen Arbeitslosen, deren Zahl so gar nicht abnehmen will. Eine medizinische Betreuung und eine Lohnfortzahlung, bis die kranken Leute wieder funktionieren; eine Arbeitslosenunterstützung, bis die spärlichen Chancen einer Wiederbeschäftigung ausgereizt sind; ein Altersruhegeld nach 40 Jahren durchschnittlicher Lohnarbeit über dem Sozialhilfeniveau: Alles das und vieles mehr „geht nicht mehr“, seit die Kapitalisten mit ihren Waren weltweit konkurrieren und bei ihren Investitionsentscheidungen die Geschäftsbedingungen in allen Weltgegenden und Nationen kritisch vergleichen und nur die besten Gelegenheiten ausnutzen. Sogar eine zunehmende Ohnmacht der nationalen Souveräne wird beschworen, ihre Entmachtung durch die freie Kalkulation der Unternehmer – nur um so unwidersprechlich wie nur möglich zu begründen, daß eben dieser souveräne Staat die Ausnutzung und Verarmung seiner lohnabhängigen Massen auf keinen Fall den kalkulierenden Arbeitgebern allein überlassen darf; daß er vielmehr, um die wirtschafts- und sozialpolitische Initiative zurückzugewinnen, die Konkurrenzbedürfnisse der Unternehmer gegen den Lebensunterhalt der Arbeitskräfte voraussehlend erfüllen muß – *dazu* ist seine Macht dann allemal noch groß genug.²¹⁾

21) In ihrer Diagnose, die den Internationalismus des Kapitals mit einer sachzwanghaften Entmachtung des Nationalstaats gleichsetzt, entspricht die „Globalisierungs“-Ideologie spiegelverkehrt, nämlich mit entgegengesetzten wertenden Vorzeichen, bemerkenswert genau der faschistischen Sicht der Dinge: Wo Faschisten ihr höchstes Gut, die Nation, durch international agierende Kapitalisten ausgeplündert, geschwächt und – falls die Vorsehung nicht rechtzeitig einen Führer schickt – in den Untergang getrieben sehen und ihren patriotischen Katastrophenbefund mit dem Elend bebildern, in das nicht etwa der Kapitalismus, sondern dessen Internationalismus die treuen Volksmassen stürzt, da registrieren die Verehrer der globalen Marktwirtschaft das wohlverdiente Ende nationaler „Absonderung“, wozu sie insbesondere – als wollten sie der faschistischen Gleichsetzung von Nationalismus und „Sozialismus“ ausdrücklich Recht geben – die durch nationalen Protektionismus abgesicherten „hohen Löhne“ und sozialstaatlichen „Wohlfahrts“-Veranstaltungen der Vergangenheit zählen. Dabei denken sie kein bißchen weniger nationalistisch und imperialistisch als ihre faschistischen Antipoden: Auch sie wollen, freilich auf dem zivilen Schlachtfeld der kapitalistischen Konkurrenz, die eigene Nation auf die Höhe der unerbittlich geltenden nationalen Erfolgsbedingungen bringen, so daß *sie* sich im global gewordenen „Wirtschaftskrieg“ behaupten und durchsetzen kann; dazu gleich mehr.

Ausgesprochen peinlich ist es, daß sich ausgerechnet linke Theoretiker, die sich dafür sogar noch auf Karl Marx berufen, durch den Siegeszug der „Globalisierungs“-Ideologie herausgefordert sehen, dem bisherigen Wirken des Nationalstaats rückblickend ein im Ganzen positives Zeugnis auszustellen. Das fängt damit an, daß etwa ein bekennender Staatskritiker wie Oskar Negt – sein Aufsatz über „Staat und Kapital“ für die FAZ vom 15.1.97 soll als Beispiel dienen – von einem „Souveränitäts- und Funktionsverlust des Nationalstaats“ redet, wo er nichts als den derzeit geforderten und praktizierten Gebrauch staatlicher Macht registriert: Weil *der ihm* nicht paßt, soll gleich die ganze Politik zum wahren Wesen nationaler Souveränität in Widerspruch stehen. Der linke Staatstheoretiker kommt einfach nicht los von seinem traditionsreichen Fehler, gegen jede noch so unmißverständliche Praxis des demokratischen Klassenstaats dessen „eigentliche“ Grundsätze als Versprechen einer besseren, zumindest der Tendenz nach antikapitalistischen Perspektive hochzuhalten. Dabei will er mit seinem verkehrten Gedanken hier noch nicht einmal Hoffnungen auf eine schönere Zukunft wecken, sondern einen Rückblick auf eine angeblich bessere Vergangenheit halten, der alle jemals geübte Kritik an der Realität des Klassenstaats auf den Konzessivsatz reduziert:

„...wie repressiv und mit handfesten Klasseninteressen dieser bürgerliche Staat und das in ihm verkörperte Gewaltmonopol immer geprägt gewesen sein mögen...“, um zu der entscheidenden Mitteilung zu kommen:

„...er war stets zugleich auch ein Hebel gesellschaftlicher Regulierung.“

Damit erst gar niemand auf die Idee verfallen kann, *die* „gesellschaftliche Regulierung“, die der bürgerliche Staat vermittelt seines Gewaltmonopols bewerkstelligt hat, wäre vielleicht die „repressive“ im Sinne „handfester Klasseninteressen“ gewesen, wird der moralisch hochstehende „linke“ Gehalt dieser großartigen staatlichen Leistung, „gesellschaftlich“ zu „regulieren“, gleich näher erläutert:

„Die Geschichte des Kapitalismus ist von den Anstrengungen einer durch den Staat vermittelten Domestizierung der freien Wirksamkeit der Markt- und Kapitallogik nicht abzutrennen.“

Es bleibt offen, ob der Autor die „durch den Staat vermittelte“ *Durchsetzung* des Privateigentums und der Sachzwänge der „Markt- und Kapitallogik“ mehr zu den „domestizierenden“ Leistungen des Gewaltmonopols zählt oder für eine vom Himmel gefallene Naturgegebenheit hält, *an der* sich die Staatsmacht seit jeher besänftigend und zähmend zu schaffen gemacht hätte. Klar ist jedenfalls: Er rechnet es dem bürgerlichen Staat hoch an, daß dieser *bei* der Unterwerfung der Gesellschaft unter die „freie Wirksamkeit der Markt- und Kapitallogik“ immer auch seine eigenen Gesichtspunkte gehabt und zur Geltung gebracht hat – *welche*, und ob es sich da nicht vor allem um Belange seiner herr-

schaftlichen Gewalt gehandelt haben dürfte, spielt da schon gar keine Rolle:

„Was sich als *bürgerliche* Gesellschaft verstand, war immer ein Mehr und anderes als die pure Ökonomie, die sich um die Kapitalakkumulation organisierte.“

Kein Zweifel: Nationalbewußt z.B., auf Volk und Vaterland bedacht, entsprechend kulturbeflissen, dem Heil der Staatsmacht ergeben... – das war die bürgerliche Gesellschaft immer. Sollte das das beschworene „Mehr als pure Ökonomie“ sein? Ihre schöne Citoyen-Seele hat die Bourgeoisie stets gepflegt, ohne deswegen von ihrem Monopol über den Gebrauch der gesellschaftlichen Arbeitskraft die geringsten Abstriche zu machen. Und was das zur „puren Ökonomie“ gehörige Elend betrifft, so hat sich der nationale Sozialstaat nie dem Auftrag verweigert, auch noch die letzten menschlichen Abfallprodukte der „Marktlogik“ unter seine Kontrolle zu nehmen, damit „die Kapitalakkumulation“ immer über eine wohlgeordnete funktionelle Armut verfügen konnte. Doch auch diese Leistung sieht der Verfasser nostalgisch verklärt:

„Was der herkömmliche Staat an Daseinsvorsorge unter paternalistischen Herrschaftsgesichtspunkten begonnen hatte,“

mag ein Linker ihm schon allein deswegen nicht zum Vorwurf machen, weil die Arbeiterbewegung sich dadurch auf den Weg der nationalen Staatstreue hat führen und zum braven Wählerstamm hat erziehen lassen: das

„ging auch in der Arbeiterbewegung nicht verloren; Bürger- und Menschenrechte wurden zu Teilhaberrechten der lebendigen Arbeitskraft.“

Daß „Bürger- und Menschenrechte“ ebenso wie „Teilhaberrechte“ in der Demokratie nichts anderes sind als die notwendige politische „Seite“ der kapitalistischen Ökonomie, nämlich deren vom Gewaltmonopolisten als Freiheiten gewährte Zwangsordnung, hat der Marx-Kenner entweder vergessen oder dem Obrigkeitsstaat allein deswegen verziehen, weil der noch zwischen Markt und Macht zu unterscheiden wußte:

„Auch die Bismarcksche Sozialpolitik, politisch gegen die Sozialdemokratie gemünzt, teilt“ – mit wem wohl?! – „die Zweifel an der menschlichen Regulierungsfunktion des Kapitals.“

Soviel Zweifel langt dem linken Globalisierungskritiker schon, um unter den christlichen und liberalen Anwälten der kapitalistischen Klassengesellschaft lauter Verbündete zu entdecken: außer Bismarck

„das, was einmal Volkswirtschaft, ‚Ökonomie des ganzen Hauses‘, Bilanz gesellschaftlicher Kosten war“; die „klassische(.) politische(.) Ökonomie von Adam Smith bis hin zu Keynes“; „die Idee der sozialen Marktwirtschaft“; „die Ordo-Liberalen wie Walter Eucken und Ludwig Erhard“ – die wären nämlich „nie auf den Gedanken gekommen, daß das Gemeinwohl lediglich aus der Summe betriebswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnung besteht“, und werden deswegen in Negts ideelle Anti-Globalisierungs-Volksfront eingereiht.

Den Ordnungsideologien des guten alten nationalen Klassenstaats stellt der Autor ein „Absterben des Staates ohne Emanzipation der Gesellschaft“ gegenüber:

„Das kennzeichnet ... die heutige Situation. Die Wirkungen dieser Erosion des Staates werden immer spürbarer“ –

für den Professor aus Hannover vor allem darin, daß „der Elektroriese Siemens“ im Vergleich zu seinen Gewinnen immer weniger Steuern bezahlt. Denn damit steht der folgende dialektische Befund fest:

„Praktisch wird der Steuerstaat ausgehebelt. So liegt es nahe, daß der ohnmächtige Steuerstaat die Löhne und Gehälter zu plündern beginnt“ –

dafür scheint seine Ohnmacht also allenfalls noch auszureichen, daß er die verschiedenartigen Revenuequellen seiner Bürger nach seinem Ermessen und per Gesetz zur Finanzierung seiner Bedürfnisse heranzieht. Vom staatlichen Finanzbedarf will der Autor aber auch nichts weiter wissen, vielmehr den Verdacht äußern, erstmals in seiner langen Geschichte der gutgemeinten „gesellschaftlichen Regulierung“ würde der entmachtete Fiskus selber ausgeplündert:

Dabei ist es noch nicht einmal so, daß die „Globalisierungs“-Theoretiker in ihrem Bemühen, die Zielsetzungen nationalstaatlicher Lohnpolitik als Reaktion auf unabweisbare übergeordnete Sachzwänge zu rechtfertigen, auf ihre These von der Machtlosigkeit des einzelnen Staates und den Schein eines Widerspruchs zwischen besten sozialpolitischen Absichten und unüberwindlichen widrigen Umständen besonderen Wert legen würden. Sicher, manche wollen durchaus so verstanden werden, daß der Rest der Welt ihre eigentlich zutiefst arbeiterfreundlichen Vorhaben vereitelt – gerade so, als wäre dem Staat, der in seiner Gesellschaft für ordentliche Eigentums- und Lohnarbeitsverhältnisse sorgt, jemals an einer guten und sicheren Versorgung der arbeitenden Klasse gelegen; als ließe sich die Staatsgewalt jemals durch äußere Umstände von Vorhaben abbringen, die ihr wirklich lebenswichtig sind, und zu einer Politik nötigen, die ihrem Daseinszweck widerspricht; und als wäre der globale Sachzwang unternehmerischer Konkurrenzfreiheit überhaupt in Kraft, ohne daß die Staatsgewalt selbst ihn zur Lebensbedingung ihrer Gesellschaft macht. Die meisten Entdecker der „globalisierten“ Konkurrenz der Kapitalisten und ihrer zwingenden Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Nationen schenken sich aber solche Heuchelei und lassen keinen Zweifel daran, daß sie den als übermächtig beschworenen „Anpassungsdruck“ überhaupt nicht bedauern, sondern vorbehaltlos befürworten. Was ihrer Theorie zufolge „die Globalisierung“ den Regierungen aufnötigt, proklamieren sie als das wirtschaftspolitisch ohnehin allein Vernünftige; was sie unmöglich macht, hat nie etwas getaugt. Die Unterstellung, bislang, ohne die Zwänge des globalen Wettbewerbs, hätten die Staaten ein immer bequemerer Leben ihrer lohnabhängigen Bürger organisiert, kommt gleich als Kritik an einem staatlichen Fehlverhalten daher, das schon längst abgestellt gehört hätte und nun ganz zu Recht nicht mehr durchzuhalten sei. Wozu die Nationen jetzt angeblich genötigt werden, ist demnach nichts anderes als das recht verstandene *Gemeinwohl*, dem die

„Da heute jeder auf Schlankheitsideale versessene Einzelbetrieb Kosten einspart, indem er die anderen und am Ende das Gemeinwesen belastet, entsteht eine verdrehte Welt.“

Als hätten er und seinesgleichen nicht schon seit Jahrzehnten die marxistische Kritik am Kapitalismus auf die alberne Formel „Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Kosten“ heruntergebracht, sagt der Herr Professor der „Globalisierung“ nach, erst mit ihr, und zwar ausgerechnet wegen der „Erosion“ des Nationalstaats, geriete die Welt aus den Fugen und würde allmählich ihrem linken Spiegelbild ähnlich:

„Es gehört doch zur Ironie der Geschichte, ..., daß genau in dem Augenblick, da der siegreiche Kapitalismus über den Marxismus Triumphgesänge anstimmt, das Kapital zum ersten Mal (!) in seiner historischen Entwicklung so funktioniert, wie Marx es in seinem ‚Kapital‘ beschrieben (?) hat: ‚Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombinationen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.‘“

Der praktischen Schlußfolgerung, die Marx aus seinem Urteil über die Notwendigkeiten der kapitalistischen Produktion gezogen hat, mag der moderne Linke sich dennoch nicht anschließen: Das Revolutionärste, was er sich vorstellen kann, ist der auf moralische Autoritäten wie Bismarck und Eucken abgestützte Einspruch gegen die „von allen kulturellen, politischen und moralischen ‚Beißhemmungen‘ freigesetzte(..) Kapital- und Marktlogik“: „Notwendig ist ein kulturelles Umdenken, das die Ökonomie wiederum in menschliche Zwecksetzungen einbezieht.“

Ja wenn dem Proletariat im Zeitalter der „globalisierten Märkte“ sonst nichts fehlt...

Staatsgewalt im Grunde sowieso verpflichtet ist und sich endlich entschiedener und vor allem erfolgreicher als bisher zu widmen hat.

Denn daß sie aus lauter Respekt vor dem freien Wettbewerb einfach alles geschehen lassen sollte oder aus wirklicher Ohnmacht seinen Gang gehen lassen müßte, was die Kapitalisten anstellen: das ist durchaus nicht die politische Botschaft der „Globalisierungs“-Ideologie. Das dogmatische Bekenntnis zur weltweit freigesetzten Konkurrenz der Unternehmer enthält den politischen Auftrag an die Staatsmacht, die national zu Buche schlagenden *Ergebnisse* dieser Konkurrenz zu *korrigieren* – allerdings ohne Verstoß gegen die Prinzipien, nach denen sie zustande gekommen sind; vielmehr soll sie mit ihrer *politischen* Gewalt die Interessen der konkurrierenden Kapitalisten so wirksam durchsetzen, daß diese gar nicht anders können, als die staatliche Vorgabe mit erfolgreicher Geschäftstätigkeit auszufüllen. Das Dogma von der globalisierten Konkurrenz definiert das Heil der Nation weltwirtschaftlich, nämlich durch den Zuspruch, den das Land als Geschäftsstandort bei den international disponierenden Unternehmen findet, und verlangt von den Machthabern eine dieser Definition praktisch genügende *Standort-Politik*. Mit der soll die Nation *ihren* Wettbewerb gegen andere Nationen gewinnen: Diesen *imperialistischen Imperativ* machen die neuen Staatsreformer geltend, wenn sie gegen „das Nationale“ polemisieren, das im Zeitalter der „Globalisierung“ ausgedient hätte.²²⁾ Das „globalisierte“ Marktgeschehen soll der Kampfplatz sein, auf dem die Nationen ihre alles entscheidende Bewährungsprobe zu bestehen haben; in diesem Sinn ist es „unser Schicksal“.

Für diesen imperialistischen Schicksalsgedanken nehmen die Theoretiker und Praktiker einer modernen Standort-Politik Partei – und verkünden ohne Bedauern, vielmehr als selbstverständliche Forderung national-ökonomischer Vernunft die Notwendigkeit, von Staats wegen gegen Lohninteressen vorzugehen. Daß die Kapitalisten schon ganz von allein weltweit wachsende Arbeitslosenheere schaffen und den proletarischen Lebensunterhalt immer armseliger geraten lassen, ist der Beweis, daß das noch lange nicht genügt: Um *seines* Konkurrenzserfolges willen muß der standortpolitisch herausgeforderte Staat die Kapitalisten der Welt im Kampf gegen das „gute Leben“ seiner lohnabhängigen Bürger überbieten und überholen, damit die Unternehmer sich bei ihm besser aufgehoben fühlen als anderswo.

Zu diesem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die Lebensbedürfnisse der gesellschaftlichen Arbeitskraft bekennen sich derzeit sämtliche Nationen, die erfolgreichen Aktivisten des Imperialismus ebenso wie diejenigen, die im Reich der marktwirtschaftlichen Freiheit erst noch etwas werden wollen. Dann wird es also wohl

22) Die These von der „Ohnmacht des Nationalstaats“ meint also ganz banal die – möglichst freiwillige Selbst- – *Entmachtung anderer* Staaten.

Es ist nicht ohne Ironie, vielleicht aber auch bloß entlarvend, daß die besagte These ausgerechnet bei ökologisch und friedenspolitisch wohlmeinenden Bürgern Anklang findet, die entdeckt haben wollen, daß „die wirklichen Probleme“ schon längst nicht mehr „an den nationalen Grenzen haltmachen“. Eine Kritik an Staatsgrenzen ohne Kritik der staatlichen Gewalt, die sowohl für Ab- und Ausgrenzung sorgt, wo sie es braucht, als auch die Probleme schafft, die dann mit ihren grenzüberschreitenden Auswirkungen auch noch lauter Anspruchstitel auf unbefangenes Hineinregieren in fremde Zuständigkeiten stiften, läuft allemal unweigerlich auf die Volk und Führung einende Einsicht in die Notwendigkeit hinaus, daß die eigene Nation sich in der Konkurrenz der nationalen Mächte durchsetzt, um auswärtigen Souveränen wirksam Vorschriften machen zu können.

auch so sein, daß das Gemeinwohl des zeitgenössischen Nationalstaats seine ganz eigenen, politischen Konkurrenzgründe dafür enthält, den Faktor Arbeit schlecht zu behandeln.

Es sind die folgenden.

2.

a) *Der Staat bezieht die notwendigen Mittel seiner Macht aus der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeit.*

Er existiert von dem Geld, das seine Bürger verdienen. Der abstrakte Reichtum, den sie sich erwerben, ist der Fundus, aus dem er sich bedient. Für seine sämtlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten steht ihm darin das notwendige und hinreichende materielle Mittel zu Gebote: Reichtum in dinglich greifbarer und dabei abstrakter, universell verwendbarer Gestalt. Die *private* und *abstrakte* Natur des als Eigentum existierenden gesellschaftlichen Reichtums macht seine unmittelbar *politische* Brauchbarkeit aus.

Und dieser Reichtum vermehrt sich quasi von selbst, wenn die Staatsmacht ihre Bürger alternativlos auf das private Eigentum als Bedingung und allgemeine Möglichkeit, auf den Gelderwerb als exklusives Mittel jeglichen Nutzens festgelegt hat. Indem die Mitglieder der Gesellschaft sich darum bemühen, sich folglich gemäß ihren jeweiligen Mitteln klassenmäßig scheiden und als Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Eigentum dienen, betätigen sie sich als gesellschaftliche Maschinerie zur Gelderzeugung und damit als automatische Quelle wie des kapitalistischen, so auch des staatlichen Reichtums. Die kapitalistische Natur der gesellschaftlichen Produktion und ihre Nützlichkeit für die politische Macht fallen zusammen.

Der Staat ist also der Nutznießer seiner eigenen Leistung, seine Bürger dem Eigentum zu unterwerfen und das Geld zum „realen Gemeinwesen“ zu machen: zur selbsttätig wirkenden Kommandogewalt über die gesellschaftliche Arbeit und zu deren eigentlichem Produkt. Indem er seine Leute in die Freiheit des Geldverdienens entläßt, subsumiert er sie unter ein System ihrer Nutzbarmachung für seine Macht. Daß er alles tut, um dieses System der kapitalistisch kommandierten Erwerbsarbeit und das Wachstum seiner Erträge zu fördern, liegt auf der Hand – und ebenso, daß er sich der systemeigenen Techniken der Mittelbeschaffung frei und ausgiebig bedient.

b) *Der Staat trägt maßgeblich und massiv zur Steigerung der Ansprüche auf Erträge der kapitalistisch angewandten Arbeit bei, die sich im Kreditwesen akkumulieren.*

Er finanziert sich nämlich auch mit Geld, das er sich gegen Zinsen von der Geschäftswelt leiht. Das fällt ihm leicht, weil er seinen Gläubigern die denkbar beste Garantie bietet: Als ‚Bank der Banken‘ kreditiert er mit seiner allerhöchsten Autorität die Schulden, mit denen die Kapitalisten ihre sämtlichen Unternehmungen einleiten, gewährleistet die Verwandlung seriöser Zahlungsverprechungen in echte, nämlich gesetzliche Zahlungsmittel und steht in diesem Sinne auch für seine eigenen Schuldverschreibungen ein. So sichert er die Kreditschöpfung durchs Finanzkapital

ab, läßt es an seinem Geldbedarf verdienen und partizipiert an dessen Geschäftserfolgen.

Bei dieser Art der Selbstfinanzierung durch selbstgeschaffenen und -garantierten Kredit geht die Staatsgewalt davon aus, daß sie nicht einfach bloß die Masse der im Kreditgewerbe zirkulierenden Schuldscheine vermehrt, sondern durch fortwährend verbesserte Geschäftsbedingungen auch mehr kapitalistisches Wachstum einleitet; so daß aus dem Kredit, den sie den Finanzkapitalisten gibt und sich nimmt, wirklicher, in verdientem Geld nachzählbarer abstrakter Reichtum entsteht. Den kapitalistischen Unternehmen verlangt der Staat die Leistung ab, aus seinen Schulden eine konkurrenzfähige Produktion, also sich verwertendes Kapital und insgesamt ein „Wirtschaftswachstum“ zu machen. Er stellt diese Forderung in der Gestalt eines selbstgeschaffenen Sachzwangs: Er stattet die privaten Geldbesitzer mit einer steigenden Masse zinstragender Papiere aus, mit Geldforderungen an seinen Haushalt, die genauso wie jedes andere Kreditpapier einen Anspruch auf zu schaffenden, als Privateigentum verfügbaren Reichtum gewähren. Gemeinsam mit sämtlichen Finanzspekulanten der Nation verfügt der Staat damit vorweg über die Erträge kapitalistischer Ausbeutung der Arbeit, noch bevor die Arbeit praktisch auf die Probe gestellt worden ist, ob ihre technisch perfektionierte Produktivkraft den längst verteilten Überschuß überhaupt hergibt.

Weil und soweit sie das *nicht* schafft, entwerten die staatlichen Schulden – die ja nicht einfach als Fehlinvestition abgeschrieben und aus dem finanzkapitalistischen Vermögensbestand gestrichen werden, sondern bis zum Extremfall einer Währungsreform gültig bleiben – die vom Staat kreditierten Kreditpapiere der Geschäftswelt insgesamt und damit das gesetzliche Zahlungsmittel selbst, das den Wert des nationalen Schuldenbestandes repräsentiert. Den Schaden wälzen die Unternehmer mit ihrer freien Preisgestaltung auf den Teil der Gesellschaft ab, der mit seinem verdienten Geld nicht wieder Geld verdient, sondern die Preise für seinen Lebensunterhalt bezahlen muß. Mit der unter den Stichworten „Inflation“, „Geldentwertung“ oder – schon näher an der Sache – „Teuerung“ bekannten automatisch wirkenden Tendenz zur Verarmung läßt der Staat seine lohnabhängigen Massen für die Freiheit bezahlen, mit der er sich mit Finanzmitteln und die Finanzwelt mit Geschäftsmitteln ausstattet.

Und dieses gesamte Geschäftsgebaren beschränkt die nationale Staatsgewalt keineswegs auf ihren eigenen Hoheitsbereich.

c) Der Staat vergrößert seinen Fundus an Finanzmitteln durch das Geld, das seine Kapitalisten mit ihren grenzüberschreitenden Geschäften im Ausland verdienen. Er betätigt sich daher als interessierter Betreuer einer Konkurrenz, die eine Benützung und Bezahlung des Faktors Arbeit nur zu Bedingungen zuläßt, unter denen sich die produzierte Ware als weltweit lohnender Geschäftsartikel bewährt.

Die kapitalistischen Unternehmer betreiben ihre Geschäfte international. Sie verdienen mit Waren aus dem eigenen Stammland auswärts Geld, konfrontieren also Produzenten anderswo mit ihren Produktionskosten, führen mit ihren Lohnstückkosten einen weltweiten Konkurrenzkampf um Marktanteile und senken darüber global die Marktpreise. Sie machen sich umgekehrt die Produkte rentabler Arbeit anderswo zunutze, verbilligen dadurch ihre Produktionskosten und zwingen

ihren Lieferanten die entsprechenden Rentabilitätsbedingungen auf. Was sie mit ihrer Konkurrenz über alle nationalen Grenzen hinweg bewirken, das machen sie zum Gegenstand eigener Kalkulationen: Ausdrücklich vergleichen sie die durchschnittlichen Löhne und Leistungsstandards der Arbeit in den verschiedenen kapitalistischen Ländern und treffen danach ihre Investitionsentscheidungen. Mit allen diesen Maßnahmen sorgen die Unternehmer dafür, daß Arbeit sich weltweit nur noch lohnt, also nur stattfindet, wenn sie den weltweit höchsten Rentabilitätsansprüchen genügt. Die Errungenschaften in einer Nation machen sie zum Sachzwang gegen Lohnzahlungen anderswo, verbilligen global den Faktor Arbeit und globalisieren zugleich die kapitalistische Überbevölkerung.

Diese Internationalisierung der kapitalistischen Reichtumsquelle beruht auf dem zielstrebigem Einsatz nationalstaatlicher Macht. Der Staat, der im System des privaten Gelderwerbs das passende Lebensmittel seiner Macht besitzt und mit allen Mitteln das Wachstum des kapitalistischen Reichtums betreibt, toleriert weder innere noch äußere Beschränkungen dieses Wachstums. Er steht polemisch zu den geographischen Grenzen, die die Nachbarschaft fremder Souveräne seiner Nationalökonomie setzt, und verlangt deren funktionelle Aufhebung – in der apriorischen Gewißheit, daß bei ausgedehnter Geschäftstätigkeit der Zuwachs an ihm verfügbarem Geld gar nicht ausbleiben kann.²³⁾ Solche Kleinigkeiten wie die weltweite Systemfrage, daß nämlich alle Nationen ihre Gesellschaft dem Eigentum und allen Prinzipien seiner kapitalistischen Mehrung zu unterwerfen, also die Freiheit des Geldverdienens bei sich einzuführen haben, versteht sich als elementare Geschäftsbedingung am Rande und genügt bei weitem nicht: Für die Kapitalisten, die von seinem Boden aus wirtschaften, fordert der Staat von auswärtigen Mächten die besten Erfolgsbedingungen; ganz gleich, was das für den Lebensunterhalt der Leute bedeutet, die dort fortan entweder im Dienst der erfolgreichsten Unternehmer oder gar nichts mehr zu arbeiten haben. Dieselbe Rücksichtslosigkeit legt er seiner eigenen Bevölkerung gegenüber an den Tag: Er weiß und wird von seinen Partnern darauf gestoßen, daß grenzüberschreitende Konkurrenz „keine Einbahnstraße“ ist und gerade dann seine hoheitliche Betreuung braucht, wenn sie eine Menge nationaler Arbeit unrentabel macht.

23) Das ist auch dort der einzig maßgebliche Grund für die aktive Beteiligung einer kapitalistischen Nation am Welthandel, wo die Bevölkerung von Kindesbeinen an mit der Klage über die „Rohstoffarmut“ des Landes und dem Kompliment vertraut gemacht wird, sein „Fleiß“ sei die wichtigste nationale „Ressource“: Gerade dort muß das Volk sich nicht für einen so bescheidenen Zweck anstrengen lassen wie den, die nationale Erdöl- und Bananenrechnung zu bezahlen; die ist umgekehrt nicht mehr als ein Posten in der Summe der Unkosten, die bei der zweckmäßigen Herrichtung des Landes zur „Exportnation“ anfallen. Mit dem grenzüberschreitenden Rohstoffhandel verhält es sich überhaupt so, daß weder die importierende Nation darüber verarmt noch das exportierende Land dadurch reich wird: Das eigentliche Geschäft findet allemal dort statt, wo die „Gaben der Natur“ als Geschäftsmittel produktiv, nämlich für die Herstellung wachsenden Eigentums verwendet werden. *Dort* mag es immerhin von Vorteil sein, wenn die wichtigsten Rohstoffquellen im eigenen Land liegen: nicht, weil das Importrechnungen erspart, sondern weil eine solche Laune der Natur die Freiheit des Handelskapitals vergrößert, Kosten zu vergleichen und Unterschiede auszunutzen.

Der Staat schaut dem grenzüberschreitenden Geschäftsleben also keineswegs tatenlos zu. Er *betreibt* die Internationalisierung des kapitalistischen Geschäftslebens mit Blick *auf sich*: auf seinen Zugewinn an national verfügbarem abstraktem Reichtum. Dafür, daß diese Rechnung aufgeht, stellt *er* an die Arbeit, nämlich an ihre kapitalistische Benutzung weitreichende Ansprüche: Er macht ihre Benutzung und Bezahlung von *nationalen* Erfolgen abhängen, deren Kriterien noch etwas komplexer sind als diejenigen des unternehmerischen Geschäftserfolgs. Daß deren Erfüllung endgültig außerhalb der Zuständigkeiten dieses armseligen Geschäftsmittels liegt, ist ihm dabei überhaupt kein Problem.

d) Der Staat unterwirft die Arbeit dem außenwirtschaftlichen Erfolgsmaßstab eines stabilen Geldes.

Wenn er die Internationalisierung der kapitalistischen Konkurrenz betreibt, verfolgt der Staat ein ganz eigenes Konkurrenzinteresse: Von dem Geld, das in der kapitalistischen Welt geschaffen wird, soll möglichst viel bei ihm verdient werden. Er führt in diesem Sinn Bilanzen über „herein-“ und „hinaus“fließende Gelder, die zwar auf den Erfolgsbilanzen der in seinem Hoheitsgebiet tätigen Firmen beruhen, sich damit aber keineswegs decken. Er macht darin zusätzliche Gesichtspunkte geltend.

So zuerst und vor allem das Interesse, daß Überschüsse im Außenhandel den Bestand an Devisen auf eine befriedigende Größe bringen, den seine Zentralbank als „Reserve“ und Garantie für internationale Zahlungsfähigkeit, als Staatsschatz hortet und verwaltet. Der Staat benötigt und beansprucht ein solches Ergebnis, um dem Zahlungsmittel, das er in seinem Hoheitsbereich als exklusiv geltendes Geldzeichen umlaufen läßt und als Finanzierungsmittel für seine Bedürfnisse benutzt, die internationale Anerkennung und Wertschätzung als wirklicher, weltweit gültiger abstrakter Reichtum: als *Weltgeld* zu sichern. Das ist nämlich mit dem Beschluß der Welthandelspartner, ihre jeweiligen lokalen Gelder überhaupt als Repräsentanten des kapitalistisch produzierten Werts und als Stoff für inter-nationale Bereicherung gelten zu lassen und im Austausch praktisch gleichzusetzen, noch keineswegs erledigt. Die vereinbarte Konvertibilität der Währungen ist vielmehr darauf berechnet, daß sich das jeweilige nationale Geld in der Praxis des internationalen kapitalistischen Geschäfts auch bewährt – als *Geschäftsmittel* und als gültiges *Geschäftsergebnis*, nämlich als solide „Verkörperung“ des abstrakten Reichtums, um den es Kapitalisten wie Staaten schließlich geht. Ihrer ökonomischen Natur nach *ist* eine nationale Währung ja nichts weiter als der zum Zahlungsmittel erhobene nationale Kredit, mit dem erfolgreich gewirtschaftet und Geld verdient werden *soll*; seine erfolgreiche Verwendung und Verwandlung in Kapital, und zwar in nationalem Maßstab, ist also verlangt, um der Währung den Wert wirklich zu verschaffen, als welcher sie gelten und genommen werden will; und dieser Erfolg muß im internationalen Geschäftsleben erzielt werden, um international Bestand zu haben. Das vom Staat als Finanzierungsmittel gestiftete und verwendete Nationalgeld bedarf der Bestätigung im Welt-handel; Geschäfte, die die Bilanz der Nation insgesamt positiv gestalten, ihr nämlich Reichtum aus aller Welt einbringen, müssen rechtfertigen, was der Staat sich an Kredit nimmt und der Geschäftswelt garantiert und per Gesetz zum Zahlungsmittel macht. Die Tauglichkeit seines nationalen Geldes, als Weltgeld und damit auch als

wirkungsvolles staatliches Finanzierungsinstrument – und umgekehrt –, hängt vom national zusammengezählten Geschäftserfolg der international tätigen Firmenwelt ab.²⁴⁾

Tatsächlich werden die Nationen heutzutage zwar nicht geschäftsunfähig, wenn ihre Bilanzen, auch über eine längere Periode, schlecht ausfallen und ihr Geld an Wert verliert, sich also als fragwürdiger Repräsentant des globalen kapitalistischen Reichtums erweist. Indem die Staaten in ihrer Gier nach auswärts zu erwerbendem Geld ihr eigenes und fremdes Geld für austauschbar, also in bestimmter Relation identisch erklären und so auch gebrauchen lassen, räumen sie einander *auf ihre Währungen Kredit* ein, beglaubigen nämlich mit *ihrem* Kreditgeld die prinzipielle Kreditwürdigkeit des Finanzmittels, das die fremde Regierung in den Rang des bei ihr gesetzlich geltenden Zahlungsmittels erhoben hat. Sie verschaffen einander damit allerhand Freiheiten für den zweifachen Gebrauch ihrer Gelder: als unerschöpfliches Instrument staatlicher Kreditfinanzierung auf der einen Seite, als Weltgeld und Mittel der Aneignung des abstrakten Reichtums anderer Nationen auf der anderen Seite. Daraus folgt allerdings, daß eine Nation mit ihrem Welthandelserfolg, mit einer positiven Bilanz aus dem internationalen Transfer nationalen Reichtums, nunmehr *diesen Kredit* rechtfertigen muß: Um *ihrem* Kreditgeld den *internationalen* Kredit zu erhalten, muß sie für *dessen* pünktliche Bedienung eintreten, also mit Außenhandelserfolgen quasi ungeschehen machen, was sie sich an Kreditschöpfung geleistet hat und dank der Kreditierung ihres Kreditgeldes auch leisten können.

24) Ganz praktisch dementieren die Nationen in ihrem Außenhandel die alberne Definition der Volkswirtschaftslehre, Geld sei „alles, was wie Geld funktioniert“. Daß Geld nichts als ein konventionelles Zeichen wäre, für die Waren nämlich, die sich mit seiner Hilfe leichter gegeneinander austauschen ließen, widerlegen sie handfest mit ihrer Gier nach dem auswärts zu verdienenden Geld, das genau dafür aber mehr sein muß als bloßes „konventionelles“, gesetzlich verordnetes Tauschmittel. *Den Reichtum* der andern Nation will man ergattern; nicht den an hübschen Dingen, sondern in der abstrakten Gestalt, auf die das konventionelle Geldzeichen als seinen eigentlichen ökonomischen Inhalt bloß hindeutet: die als ökonomisches Ding vorhandene quantifizierte Verfügungsmacht des Eigentums.

Deswegen hat sogar im Zeitalter der raffiniertesten Finanzprodukte das Gold als Inbegriff, als *die* materielle Existenz des abstrakten Reichtums höchstpersönlich, immer noch nicht ausgedient: In ihm verfügen die Nationen über abstrakten Reichtum in einer besonders soliden, nämlich der Willkür staatlicher Kreditschöpfung entzogenen, freilich eben deswegen auch nicht mit Verzinsungsgarantien ausgestatteten Form.

In ihrer Wertschätzung des Goldes als Geld-„Materie“ bewahren sich die kapitalistischen Nationen übrigens eine gewisse Ahnung von der ökonomischen Natur des Geldes, von der sie ansonsten weiter gar nichts wissen wollen – wozu auch?! –, daß da nämlich ein ausgewähltes Produkt menschlicher Arbeit deren kapitalistische Bestimmung, im Maße ihrer Verausgabung Eigentum zu schaffen, nicht bloß repräsentiert, sondern praktisch in sich enthält. Daß das Edelmetall mit der hohen Ordnungszahl *diese* ökonomische „Eigenschaft“ „enthält“, ist freilich nur aufgrund der gewaltsamen staatlichen Setzung wahr, daß vor allem Nutzen das Eigentum, vor dem Gebrauchswert der Güter ihr Tauschwert als Ware kommt und Gold hauptsächlich den gesellschaftlichen Gebrauchswert haben soll, den Tauschwert als solchen zu „verkörpern“. An diesem Fetischismus, der einer Sache die „Eigenschaft“ beilegt, ihrem Inhaber private Verfügungsmacht zu verleihen, sind die Goldbarren unschuldig.

Dieser Sachzwang wird, kraft Beschluß der Welthandelspartner, vom kapitalistischen Kreditgewerbe exekutiert. Mit der „Ermittlung“ der passenden Wechselkurse zwischen den nationalen Kreditgeldern unterwirft es diese einem dauernden Test auf ihre relative Weltgeld-Gleichheit;²⁵⁾ und über die täglichen Fluktuationen hat es längst gründlich zwischen vielen international völlig unbrauchbaren Lokalgeldern und wenigen wirklichen Weltgeldern geschieden und bei den letzteren die interessante Unterscheidung zwischen „starken“ und „schwachen“ Währungen zustandegebracht. „Stabil“ sind demnach Gelder, die aufgrund bedeutender nationaler Erfolge in der Konkurrenz um die Aneignung von Weltgeld allgemeine Anerkennung als gültige „Verkörperung“ des abstrakten Reichtums genießen, nämlich von den anderen Nationen als „Reservewährung“, von den privaten Geldbesitzern als „Wertaufbewahrungsmittel“ benutzt werden; sie lassen sich deswegen gut als Kreditmittel verwenden, ohne daß ihre Aufblähung ihren Wert untergräbt. „Weiches“ Geld hingegen finanziert unproduktive staatliche Schulden, denen die Rechtfertigung durch nationale Handelserfolge fehlt; seine Wertschätzung als Objekt internationaler Bereicherung ist spekulativer Natur und bleibt vom Kredit besserer Währungen abhängig.²⁶⁾

Für die Nationen in ihrer Konkurrenz um die Aneignung des weltweit produzierten kapitalistischen Reichtums ist daher der Besitz einer „soliden“ Währung der entscheidende *Ausweis* des angestrebten Erfolgs, zugleich *Kriterium* ihrer Konkurrenz und deren entscheidendes *Mittel*. Denn in einem „guten“ Geld verfügen sie über die solidesten spekulativen Ansprüche auf den zukünftigen Wertertrag der kapitalistisch kommandierten und nutzbar gemachten *Arbeit der ganzen Welt*, die überhaupt zu

25) Näheres zu diesem Thema steht in dem Aufsatz „Weltmarkt und Geldmarkt. Die Währung und ihr Wert“ in GEGENSTANDPUNKT 4-94.

26) Stabilität einer Währung ist also nicht dasselbe wie ihre hohe Bewertung, Instabilität nicht dasselbe wie ein niedriger Wechselkurs; nicht einmal eine mehr aufwärts oder mehr abwärts gerichtete Kursentwicklung fällt eindeutig zusammen mit „Stärke“ oder „Schwäche“. Entscheidend ist, ob eine umfangreiche, dauerhafte Benutzung des fraglichen Geldes durch die internationale Geschäftswelt, Staatsbanken inklusive, eine solche Nachfrage danach begründet, daß spekulative Nachfrageschwankungen nicht weiter ins Gewicht fallen – also auch gar nicht erst veranstaltet werden –; oder ob es der Spielball einer „bloßen“ Spekulation ist, der der zuständige Staat mangels fester Bilanzen keine verlässlichen Vorgaben machen kann, sondern mit kostspieligen und deswegen ebenso fragwürdigen wie flüchtigen Anreizen zur Geldanlage begegnen muß. Ob die Wechselkurse einer Währung, die auf die eine oder andere Weise zustandekommen, (zu) hoch oder (zu) niedrig ausfallen, ist eine andere Frage, die je nach dem Verwendungszweck des Geldes gegensätzlich beantwortet zu werden pflegt – Exporteure kalkulieren anders als Importeure, und Geldanleger je nach dem, wo sie die Spekulation hinlaufen sehen.

Wenn sich „starke“ von „schwachen“ Währungen gründlich genug geschieden haben, dann stehen die einzelnen Posten in den überall nach den gleichen Regeln aufgestellten außenwirtschaftlichen Bilanzen der Nationen für durchaus unterschiedliche ökonomische Tatbestände. Insbesondere gilt das für die Kapitalbilanz: Ein negativer Saldo kann in dem einen Fall einen Siegeszug des nationalen Geldes als Geschäftsmittel, Reservewährung und Objekt privater Vermögensanlage signalisieren; im andern Fall steht er für eine „Kapitalflucht“, die den Staat mit der Notwendigkeit konfrontiert, mit Devisen, die er nicht hat, Unmengen an eigenem wertlosem Kreditgeld aufzukaufen. Welcher Fall vorliegt, zeigt sich freilich erst am Ergebnis, das selten eindeutig ausfällt und nie unveränderlich ist.

haben sind. Um den Besitz bzw. den Erwerb einer stabilen Währung tobt deswegen zwischen den führenden Welthandelsnationen ein Konkurrenzkampf eigener Art.

e) *Der Staat konkurriert um seinen Erfolg als Kapitalstandort mit dem Mittel der billigen nationalen Arbeit.*

Wenn der Staat sich um die Stabilität seines Geldes sorgt, nimmt er zu seiner nationalen Ökonomie von vornherein den Standpunkt des internationalen Leistungsvergleichs ein. Er kalkuliert mit Lohnarbeit und Kapital in seinem Land nicht als einer national begrenzten Geldmaschinerie, die von auswärtigen Geschäftschancen und Geldanlegern aus dem Ausland zusätzlich profitiert, sondern als bloßem Teil: als Bestandteil des globalen Kapitalismus. Sein Anspruch auf ihm verfügbare Weltgelderträge und eine nationale Bilanz, die seine Kreditgeldschöpfung rechtfertigt, ist im internationalisierten Geschäftsleben verankert; einzulösen ist er dadurch, daß Kapitalisten aus aller Welt sein nationales Geld als Geschäftsmittel und solide Verkörperung ihres Eigentums schätzen und benutzen – und eben damit zum wertbeständigen Kreditmittel machen.

Natürlich schließt dieses Programm, den Reichtum der Nation aus deren Weltmarkterfolgen herzuleiten, das Risiko ein, am Weltmarkt zu scheitern. Selbst für den Fall derartiger Mißerfolge sehen die zeitgenössischen Staatsgewalten jedoch keinen Rückzug aus dem Weltgeschäft vor, auf eine nationale Überlebens- und Durchsetzungsstrategie etwa, mit der die souveräne Gewalt ihre Hoheit über die gesellschaftliche Arbeit geltend machen und einen in anderer Weise staatsnützlichen Arbeitsdienst erzwingen würde.²⁷⁾ Vielmehr bekräftigen Nationen, die es mit ihren Konkurrenzbemühungen nur zu einem sehr beschränkten und ihre Ambitionen beschränkenden Anteil am weltweiten Reichtum bringen, ebenso wie die das Weltgeschäft maßgeblich bestimmenden Wirtschaftsmächte mit bemerkenswerter Einseitigkeit nur

27) Zum Repertoire klassenstaatlicher Politik gehört eine solche Alternative allemal; im Fall eines echten nationalen Notstands gibt es für bürgerliche Politiker letztlich gar keine andere „Lösung“ als die gewaltsame Mobilisierung des Volkes für einen Staatsdienst, der dann freilich auch über bloße Geldbeschaffung hinausgeht, vielmehr – je nach der Größe der Nation und ihrer imperialistischen Ambitionen – auf eine gewaltsame Korrektur der internationalen Kräfteverhältnisse zielt, von denen die global geltenden Geschäftsbedingungen am Ende ja doch abhängen. Als konsequenteste, allerdings letztlich erfolglose Vertreter dieser Alternative sind die Faschisten, vor allem die deutschen Nationalsozialisten in die Geschichte eingegangen: Sie haben auch nicht den Kapitalismus abgeschafft, sondern mit nicht-ökonomischen, nämlich kriegerischen Mitteln den Umsturz der weltpolitischen Machtverhältnisse betrieben, unter denen an einen (Wieder-)Aufstieg ihrer Nation allein mit den Waffen der kapitalistischen Konkurrenz und des staatlichen Kredits nicht zu denken war. Anstelle „der Märkte“ haben sie „das Schlachtfeld“ als die entscheidende imperialistische Bewährungsprobe ihrer Nation definiert und ihrem Volk zur passenden Ermunterung statt einem Rassismus des harten Geldes eine Ideologie der völkischen Kampfestugenden geboten, die auch weltwirtschaftlich wieder alles ins Lot bringen würden. Inaktuell ist dieses für regierende wie regierte Patrioten allemal überzeugende Angebot derzeit bloß deswegen, weil die Kontrolle über die weltweiten Gewaltverhältnisse heute mit dem relativ größten Nutzen aus der Weltwirtschaft im wesentlichen bei den wichtigsten Staaten zusammenfällt: Die Nationen, die sich eine Revision der imperialistischen Ordnung überhaupt realistischerweise vornehmen könnten, hätten dadurch am wenigsten zu gewinnen und eher zu verlieren.

immer von neuem die Verbindlichkeit der Erfordernisse und die Alleingültigkeit der Kriterien des freien kapitalistischen Wettbewerbs für ihre Wirtschaftspolitik. Entschieden und in aller Souveränität bekennen sie sich zur Abhängigkeit ihres nationalen Reichtums von der Konkurrenz der Kapitalisten, der sie *als Standort* dienen wollen.

Gewiß, Kapitalstandorte in dem allgemeinen Sinn, daß kapitalistische Produktion und Zirkulation allemal unter der Obhut einer souveränen Obrigkeit, als deren politische Ökonomie, auf dem durch sie okkupierten Territorium, mit den dort verfügbaren Mitteln und zu den dort geltenden Konditionen stattfinden, sind die Nationen immer und machen davon weiter kein Aufhebens – *das* ist in der freien Staatenwelt von heute normal. Wenn davon soviel hergemacht, die Tauglichkeit der Nation als Kapital-Standort zur Schicksalsfrage erhoben wird, dann geht es folglich nicht um diese Trivialität, sondern um eine polemische Stellung der Nation nach außen und ihre entsprechende Formierung im Innern: um ihre entschiedene Ausrichtung an dem alleinigen Ziel, Weltmarktanteile zu erobern. Diesen Erfolgsanspruch machen die Staaten, die sich so entschieden als Standort definieren, gegen ihr einheimisches Gewerbe geltend: Es hat sich als Mittel zur Eroberung von Weltmarktanteilen zu bewähren, gegen andere Nationen und auf deren Kosten.²⁸⁾ Für sich genommen,

28) Daß alle Staaten in dieser Hinsicht das Gleiche machen; daß es heutzutage jeder Nation um nichts anderes zu gehen hat: das ist nach dem Endsieg der Marktwirtschaft auf dem Globus normal geworden. Ebenso normal sind daher allerdings auch die Unterschiede zwischen den Nationen, die sich aus den Voraussetzungen und Mitteln ergeben, mit denen sie zum weltweiten Wettbewerb auflaufen.

Die BRD z.B. hat in der Konkurrenz um Weltmarktanteile viel zu verteidigen. Frühere Exporterfolge haben der Nation die Ausweitung ihres Kredits zu einem maßgeblichen Bestandteil des internationalen Finanzgeschäfts beschert und ihre Währung zum weltweit benutzten Finanzierungsinstrument und Wertaufbewahrungsmittel gemacht. Nun bedürfen der aufgeblähte Nationalkredit und der enorme Umfang des Gebrauchs der deutschen Währung als Kreditmittel ihrer Rechtfertigung durch weltwirtschaftliche Erfolge, die aus den sich weiter vermehrenden Schulden eine wirkliche Kapitalakkumulation machen und so für die weitere Haltbarkeit des deutschen Weltgeldes sorgen; dies um so mehr, als die Subsumtion der ehemaligen DDR unter das anspruchsvolle Ziel der Bewährung in der Weltmarktkonkurrenz zu weit mehr Defiziten in den öffentlichen Haushalten als zu bilanzwirksamen Beiträgen aus gelungenen Geschäften geführt hat.

Es gibt andere Nationen – die sog. „kleinen Tiger“ gehören dazu und der neue „große“, die VR China, auf seine Art auch –, deren gesamter nationaler Kapitalismus überhaupt nur in einigen erfolgreichen Weltmarktgeschäften besteht, die sich auf ihrem Territorium angesiedelt bzw. mit viel staatlicher Nachhilfe von dort aus aufgetan haben. Diese Staaten verfolgen das Entwicklungsideal, ihre mehr punktuellen Erfolge auf dem Weltmarkt so auszubauen, daß ein wachsendes Geschäftsleben allmählich die gesamte Gesellschaft kapitalistisch benutzen und durchorganisieren würde. Mittlerweile sind sie praktisch damit befaßt, gegeneinander die bei ihnen beheimateten Inseln kapitalistischer Akkumulation wenigstens zu behaupten.

Die Staaten des ehemaligen Ostblocks schließlich – um diesen Sonderfall noch zu erwähnen – haben sich vollständig der Konkurrenz um Weltmarktanteile als neuer Grundlage ihrer nationalen Ökonomie unterworfen und bekennen sich in ihren dringlichen Gesuchen um kapitalistische Erschließung von auswärts sogar ausdrücklich zu ihrer Unfähigkeit, in dieser Konkurrenz aus eigener Kraft Fuß zu fassen, geschweige denn erfolgreich zu bestehen. Deswegen ist ihr Aufbruch zu einer neuen nationalen Geschäftsgrundlage fürs erste auch nur zu einem gewaltigen Abbruchunternehmen geraten, das unter der strengen Maßgabe, auf der die auswärtigen Kreditgeber unnachsichtig bestehen: die

bloß als irgendwie zählbarer Bestandteil des nationalen Geschäftslebens, taugt es noch gar nichts; ein Beitrag zum Reichtum des Vaterlands ist es ausschließlich mit seinen Siegen über die auswärtige Konkurrenz. Nur in der Art erfolgreiche Unternehmungen – und da ist es gleich, ob im Land eingehauste Firmen sich unter den entsprechenden Erfolgsdruck setzen und ihn bestehen oder ob die ohnehin siegreichen Weltfirmen sich am nationalen Standort niederlassen – zählen als Bestandteile der nationalen Konkurrenzmaschinerie und können daher auch Anspruch auf öffentliche Förderung erheben; alles andere wird mangels globaler Durchsetzungskraft als Belastung der nationalen Bilanzen und unter die Posten gerechnet, um die die nationale Ökonomie – als wäre sie insgesamt nichts anderes als ein großer kapitalistischer Mischkonzern – sich „gesundschrumpfen“ muß.²⁹⁾ Denn nur in ihren weltrekordmäßigen Abteilungen taugt die moderne Standortökonomie ihrer Staatsmacht als Instrument für die Inbeschlagnahme größerer, bedeutender, im Vergleich der Nationen konkurrenzentscheidender Anteile an international zu verdienendem Weltgeld und damit als Mittel für eine „starke“ Währung.

Unter diesem Gesichtspunkt wird die Nation, rücksichtslos instrumentell, als Ansammlung von Geschäftsbedingungen inspiziert und umgemodelt; mit der klaren Zielsetzung, den Unternehmern erstens insgesamt und überhaupt und zweitens speziell beim Preis der Arbeit günstigere Konditionen als diejenigen zu bieten, die sie selbst mit ihrer staatlich beglaubigten Privatmacht über den Faktor Arbeit ohnehin herstellen. Das in den Stichworten „Globalisierung“ und „Standort-Wettbewerb“ zusammengefaßte Staatsprogramm zielt allerdings noch auf mehr als bloß den zeitgemäßen Kampf um ein stabiles Geld.

gesamte Nationalökonomie von der erfolgreichen Einmischung in die globale Konkurrenz her neu zu konstruieren, immer nicht weit genug geht. Die Zerstörung ihrer auf realsozialistische Art arbeitsteilig durchorganisierten Volkswirtschaft ist immerhin gelungen; die Aussichten auf Ersatz durch eine flächendeckende kapitalistische Produktion stehen nicht besser als die Entwicklungsperspektiven der sog. „Schwellenländer“.

So unterschiedlich sehen sie aus: die „Probleme“, die die Nationen bewältigen müssen, wenn sie sich in der endlich global gewordenen Standort-Konkurrenz zu behaupten suchen – und für deren „Lösung“ sie letztlich alle auf ein und dasselbe Mittel setzen: daß bei ihnen die effektivste Arbeit am billigsten zu haben wäre.

- 29) Ohne Zweifel ist dieser Standpunkt nicht weniger borniert als jeder früher einmal gepflegte Protektionismus. Oft genug ignoriert er den schlichten Zusammenhang, daß manche Geschäftszweige nur deswegen weltweit unschlagbar rentabel zu machen sind, weil daneben auf weniger weltrekordmäßige Weise, aber auch mit kapitalistisch ertragreich angewandter Arbeit Geld verdient, Gelegenheit zum Geldverdienen geboten, Kredit in Kapital verwandelt wird. Deswegen werden auch manche kühnen Konzepte zur Reduzierung eines flächendeckenden Kapitalismus auf seine weltweit erfolgreich operierenden Geschäftsabteilungen nicht automatisch gleich zur unbestritten geltenden Staatsräson. Mit ihrer „Sparpolitik“ kriegen die reformfreudigen, ja „revolutionär“ gestimmten Standort-Politiker aber durchaus einiges an „Verschlankung“ ihrer Volkswirtschaften hin – und können sich durch die parallelen Entwicklungen beim Anstieg der nationalen Arbeitslosenziffern, zusätzlich oder stattdessen der armseligsten Verlegenheitsjobs, und der wichtigsten nationalen Aktienkurse in ihrem Erfolgskurs bestätigt sehen.

3.

Unter der Parole „Globalisierung“ führen die Staaten derzeit einen Konkurrenzkampf um die Abwicklung einer weltweiten Krise des kapitalistischen Wachstums. Daß sie diesen Konkurrenzkampf im eigenen Land als „Beschäftigungspolitik“ durchführen, sagt alles über „Beschäftigung“ und das staatliche Interesse daran.

a) Die kapitalistischen Nationen beklagen seit längerem „Beschäftigungsprobleme“. Auch Staaten, die sich zu den Führungsmächten der Weltwirtschaft zählen, leiden unter einer Arbeitslosenziffer, die das früher einmal für allenfalls erträglich gehaltene Maß deutlich überschreitet und immerzu nicht sinken will.

Das Problem, das sie damit haben, ist zunächst eines ihrer Haushaltskassen: Statt regelmäßig die berichtigte Hälfte ihres Einkommens an die Finanzämter und Sozialversicherungen abzuliefern, fordern immer mehr einkommenslose und -schwache Bürger Rechte auf Betreuung und Lebensunterhalt ein, die in besseren Zeiten und eigentlich nicht zum Zwecke ihrer massenhaften Inanspruchnahme gewährt worden waren. Sozialpolitisch läßt sich diese Anspruchshaltung zwar allemal bewältigen; es bleibt jedoch der Einnahmeausfall bei den staatlichen Kassen. Die daraus folgenden Gefahren für die Stabilität des nationalen Geldes führen unausweichlich auf das viel gravierendere eigentliche, nämlich nationalökonomische Problem: Die Mehrung des abstrakten Reichtums, der kapitalistische Geschäftsgang, von dem der Staat lebt, läßt zu wünschen übrig.

Daß alle wichtigen Weltwirtschaftsmächte an solchen Mangelerscheinungen laborieren, ist Anzeichen genug für eine *weltweite Krise* des ökonomischen Wachstums: Es wird insgesamt weniger Geld verdient, als Geschäftswelt und Staaten an Ansprüchen auf zusätzlichen abstrakten Reichtum akkumuliert haben und für ihre jeweiligen Bilanzen – die Privateigentümer für ihre spekulativen Gewinne, die Staaten für ihre Währungsstabilität – benötigen. Den verantwortlichen Wirtschaftspolitikern stellt sich die „Lage“ jedoch etwas anders dar, nämlich von vornherein als *verschärfte Konkurrenz*: Sie registrieren selbstkritisch, daß die Beschäftigung, also das Geschäft in ihrem Zuständigkeitsbereich stagniert oder sogar abnimmt, während andernorts zwar auch nicht besser, aber überhaupt noch Geld verdient wird; auf Märkten, deren „Globalisierung“ sie doch eigentlich – dies die wahre und definitive Bedeutung des Stichworts – zur Einnahmequelle der eigenen Nation prädestiniert.

b) Die Lösung, auf die sich die Standort-Verwaltungen in aller Welt geeinigt haben, ist von bemerkenswerter Einseitigkeit: Der Kampf um größere Anteile der eigenen Nation am Weltgeschäft ist mit einer Kostenentlastung aller lohnenden Geschäfte im allgemeinen, mit der Senkung des national üblichen Preises der Arbeit im besonderen zu führen. Eine von Staats wegen durchgesetzte schäbigere Bezahlung der Arbeitskräfte – einen Großteil dieser Summe verwaltet der moderne Sozialstaat ja sowieso längst selber – ist das Mittel der Wahl, um die Folgen des unbefriedigenden Geschäftsgangs auf andere Nationen abzuwälzen.

Die immer gültige Forderung nach rentabler Arbeit ist damit auf die eine Seite verkürzt: Weniger Lohn soll die Arbeit rentabel machen – als wären in der kapitalistischen Rechnung nicht die Kosten ins Verhältnis zu der Wirkung gesetzt, die der

Gebrauch der Arbeit auf die Unternehmensbilanzen hat; und als wäre nicht die Produktivität der bezahlten Arbeit die entscheidende Waffe im Kampf um sinkende Lohnstückkosten. Dieser „Aspekt“ fällt im Krisenbewältigungsprogramm der Standort-Reformer jedoch ganz in das zu lösende Problem: Die weitere Erhöhung des Wirkungsgrads der angewandten Arbeit ist für den Konkurrenzkampf der Kapitalisten zwar nach wie vor unerlässlich; mit ihr – und ihren Folgen für die Beschäftigungslage – ist daher fest zu rechnen und auch alles von Staats wegen Mögliche dafür zu tun, eben um der national zu erobernden Weltmarktanteile willen; zu „mehr Beschäftigung“ freilich führt die Vollstreckung dieses erzkapitalistischen Sachzwangs absehbarerweise nicht; der Erfolg, *Anteile* am Weltmarkt zu erobern, relativiert sich kräftig, wenn sich das *Gesamtwachstum* verringert. Mehr Kapitaleinsatz mag sogar den Gewinn des einzelnen Unternehmens vergrößern; für den Reichtum der Nation, also das Gewinnemachen insgesamt lohnt er sich nicht: Davon gehen die „Globalisierungs“-Strategen aus, wenn sie das Heil für ihren Standort durch mehr Geschäft in der puren Senkung des Preises der Arbeit suchen, und gestehen damit ein, daß es um die Möglichkeiten lohnender Kapitalanlage überhaupt schlecht bestellt ist. In der Sorge um sein Geld registriert der Staat die *Unproduktivität weiterer Kapitalakkumulation*, die Unfähigkeit seiner Geschäftswelt also, insgesamt rentabel weiterzuwirtschaften; und er selber verallgemeinert die Geschäftskrise, deren Wirkungen er konstatiert, indem er als letzte Quelle und Garantinstanz des nationalen Kredits aus Sorge um dessen kapitalistische Qualität restriktiv damit umgeht. Offenbar hat sich also der Widerspruch in der kapitalistischen Ausbeutung der Quelle allen Eigentums – immer *weniger* Lohnarbeit soll durch immer größere *Ausbeutungsraten* eine immer gewaltigere *Masse* von Ansprüchen auf wachsendes Geldvermögen bedienen – (wieder einmal) zur allgemeinen Zwangslage eines *schrumpfenden nationalen Reichtums bei steigenden Rentabilitätsansprüchen* an die noch angewandte Arbeit ausgewachsen. Und das soll, weil sonst kein Mittel verfährt, die Verbilligung der Arbeit ungeschehen machen.

c) Daß die Senkung des nationalen Preises der Arbeit das leisten, den zur Krise gediehenen Widerspruch kapitalistischer Geldvermehrung auflösen könnte, ist zweifellos eine absurde Rechnung. So billig kann die ohnehin längst verbilligte nationale Arbeitskraft gar nicht werden, daß mit den dadurch verbesserten Gewinnspannen auch gleich die Masse des national verdienten Geldes wieder in der gewünschten Größenordnung wachsen würde und die Krise des Geschäfts für dessen Fortführung ohne Folgen bleibt. Diese Konkurrenzstrategie zur Abwälzung der Nachteile des kapitalistischen Fortschritts auf andere Standorte verdoppelt vielmehr nur im internationalen Vergleich die Praxis der um den Gewinn konkurrierenden Kapitalisten: an den eigenen Leuten sparen, die der andern als „Markt“ in dem banalen Sinn der Abschöpfung von Kaufkraft beanspruchen. Tatsächlich begrenzt so jede Nation durch ihren Fanatismus der *Gewinnproduktion* die Massenkaufkraft, auf die die jeweils anderen zur *Realisierung ihrer Gewinne* setzen.

Aus diesem Widerspruch folgt jedoch keineswegs der Abbruch des Versuchs. Die Manager der nationalstaatlichen Krisenkonkurrenz folgern daraus zwei ganz andere Konsequenzen: daß sie mit ihrer Politik gegen den Lohn so bald nicht aufhören dürfen, und daß niemand sich „falsche Hoffnungen“ auf eine für die Betroffenen positiv

spürbare Besserung der nationalen Lage machen darf. Sie organisieren also zur Massenarbeitslosigkeit, die die kapitalistischen Unternehmer im Zuge ihrer Konkurrenz um Weltmarktanteile erzeugen, die dazugehörige allgemeine Verarmung der nationalen Arbeitskraft, der noch beschäftigten wie der überflüssig gemachten; und sie offerieren ihren Bürgern zur alternativlosen Verelendungsperspektive das einzige Versprechen: daß die Nation nur so im globalen Standortwettbewerb eine Chance hat.

Als passiv wahlberechtigte Demokraten bemühen sie sich darüberhinaus um eine krisenideologische Ermunterung ihres aktiv wahlberechtigten Volkes. Es fällt ihnen dazu bloß nicht viel ein. Die Erinnerung an die legendären Trümmerfrauen der Nachkriegszeit paßt schlecht, wenn das Kapital gerade mit seinen Rentabilitätsansprüchen massenhaft Arbeitskraft brachlegt. „Die Ärmel hochzukrempeln“ ist aus demselben Grund keine zündende Parole. „Den Gürtel enger zu schnallen“ paßt zwar besser zu einer Politik, die mehr Armut zum nationalen Konkurrenzmittel macht; den nationalen Ertrag und einen besiegten Konkurrenten möchte ein opferbereites Volk dann aber schon gezeigt kriegen – und bekommt in den EU-Staaten stattdessen Europa ans Herz gelegt, ausgerechnet! Daneben wird es, und auch das nur unter allerhand Vorbehalten, auf Zuwanderer aus noch elendigeren Weltgegenden verwiesen, die zwar einiges an patriotischem Rechtsbewußtsein zu spüren kriegen, aber auch nicht gerade für nationale Aufbruchstimmung sorgen. Die existiert daher fürs Erste bloß als methodische Ermahnung der Politiker an ihr Volk, es sollte sie sich gefälligst zulegen – und als oppositionelle Beschwerde im Namen des Volkes, die Führung täte nichts dafür... Daß sie ihre Bürger mit falschen Versprechungen betrügen würden: das immerhin kann man den amtierenden Anwälten des globalen Kapitalismus nicht vorwerfen.